Kampf für die 35-Stunden-Woche! Seite 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 25 vom 25. Juni 1982 16. Jahrgang 1 DM



„Nazis raus aus dieser Stadt — Wir haben den Faschismus satt.“ Mit dieser und ähnlichen Parolen demonstrierten am Sonntag etwa 2000 Antifaschisten gegen ein Treffen von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS in Bad Hersfeld. Zu der Demonstration hatte der DGB aufgerufen. Der DGB-Kreisvorsitzende Julius Klausmann forderte bei der Abschlußkundgebung nicht nur ein Verbot solcher „Kameradschaftstreffen“, sondern auch ein generelles Verbot aller neonazistischen Organisationen.

Massenprotest der AEG-Beschäftigten

Für Erhalt aller Arbeitsplätze, gegen Zerschlagung von AEG

WESTBERLIN. — Tausende oder gar Zehntausende Beschäftigte von AEG-Telefunken beteiligen sich in diesen Tagen an Protestaktionen gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei AEG und gegen die geplante Zerschlagung und Ausschlachtung des Konzerns durch die Banken. In Westberlin fand am Dienstag (22. Juni) eine gemeinsame Betriebsversammlung aller AEG-Betriebe mit anschließender Demonstration statt. In Tübingen führte ebenfalls am Dienstag die Belegschaft der AEG-Tochter Zanker eine öffentliche Betriebsversammlung vor dem Rathaus durch.

Auch in anderen Städten gehen in dieser letzten Juni-Woche AEG-Belegschaften auf die Straße, um für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren. Anlaß der Aktion in Westberlin, zu der die Berliner IG Metall aufgerufen und mobilisiert hat, war die am gleichen Tag in Westberlin stattfindende Aktionärsversammlung der AEG-Telefunken, auf der es um das neue „Sanierungskonzept“ des AEG-Vorstands, das sogenannte Konzept AEG '83 ging.

Dieses Konzept läuft darauf hinaus, daß der AEG-Konzern in seine profitablen und seine verlustträchtigen Teile aufgespalten wird. Gleichzeitig soll der Staat mehrere Milliarden lockermachen, um die Abtragung der riesigen Finanzschulden des Elektrokonzerns an die Banken zu gewährleisten.

Bei der ganzen Operation würde eine neue gewaltige Welle von Stillegungen und Massenentlassungen auf die AEG-Beschäftigten zurollen. Die Großaktionäre und Gläubigerbanken hingegen, die bereits seit Jahren durch enorme Zinserträge aus der Misere des Elektroriesen profitierten, könnten sich zusätzlich auch noch an der Ausschlachtung des Konzerns bereichern (dazu ausführlicher Bericht auf Seite 4).

In den vergangenen drei Jahren wurden bei AEG bereits 30000 Arbeitsplätze vernichtet. Die IGM-Führung und die Betriebsratsspitze haben diesen beispiellosen Rationalisierungsterror toleriert, weil dadurch angeblich die verbleibenden rund 120000 Arbeitsplätze gesichert würden. Jetzt ist diese Illusion geplatzt wie eine Seifenblase.

Es ist fünf vor zwölf in bezug auf die Verhinderung der verbrecherischen Pläne der AEG-Konzernherren. Die IG Metall ist dringend gefordert, bei den Aktionen dieser Woche nicht stehen zu bleiben, sondern weitergehende Kampfmaßnahmen im gesamten Konzern einzuleiten bzw. zu koordinieren. Spontane Kampfaktionen der Belegschaften, wie etwa die Betriebsbesetzung Anfang dieses Jahres beim ehemaligen AEG-Telefunken-Betrieb Videocolor in Ulm, müssen von der IGM vorbehaltlos unterstützt werden.

Die KPD tut alles in ihren Möglichkeiten liegende, um in diesem Sinne den Aufbau einer machtvollen Kampffront der AEG-Beschäftigten zu unterstützen. Unsere Partei unterstützt in diesem Zusammenhang auch eine jetzt begonnene Kampagne der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), die den Aufbau einer Kampffront der AEG-Belegschaften fördern soll. So wurde in dieser Woche ein zentrales Flugblatt der RGO in einer Auflage von rund 12000 Stück vor den 37 wichtigsten deutschen Betrieben des AEG-Konzerns verteilt.

In diesem Flugblatt werden folgende Forderungen gestellt:

Erhalt von AEG-Telefunken in seiner jetzigen Form! Keine Aufteilung des Konzerns! Keine weiteren Verkäufe und Kooperationen! Zins- und Forderungsverzicht der Banken! Arbeitsplatzgarantie bei Staatsbeteiligung!

Klausurtagung des IGM-Vorstands

35-Stunden-Woche auf die Tagesordnung!

FRANKFURT. — Am vergangenen Wochenende wurde ein wichtiges Signal in Richtung Kampf für die 35-Stunden-Woche gestellt. Der Vorstand der IG Metall hat auf einer Klausurtagung beschlossen, daß nicht die Tarifrente, sondern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den kommenden Jahren entscheidendes tarifpolitisches Ziel der Gewerkschaft sein soll.

Gewiß ist auch die Herabsetzung des Rentenalters ein dringliches gewerkschaftliches Ziel. Jedoch kann sie auf keinen Fall eine Alternative für die eigentliche Verkürzung der Arbeitszeit, d. h. für die Verkürzung der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit sein, die sowohl im Hinblick auf die immer schärferen Belastungen am Arbeitsplatz, als auch bezüglich der Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit brennend notwendig ist.

Die rechten DGB-Führer wollen die 35-Stunden-Woche ad acta legen, um den harten Zusammenstoß zu umgehen, der sich unvermeidlich mit dem Unternehmerlager ergibt, wenn diese Forderung jetzt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ende 1983 laufen in den meisten wichtigen Branchen die Tarifverträge aus, mit denen die 40-Stunden-Woche festgeschrieben worden war.

Obwohl die Entscheidung des IGM-Vorstands noch keine konkrete Weichenstellung beinhaltet — dies soll erst auf einer weiteren Klausurtagung im kommenden Herbst erfolgen — bedeutet sie doch eine große Stärkung aller Kräfte im ganzen DGB, die den Kampf für die 35-Stunden-Woche aufnehmen wollen.

Jetzt ist es unbedingt wichtig, sowohl in der IG Metall als auch in allen anderen Einzelgewerkschaften nachzusetzen und den Druck noch zu verstärken, damit die 35-Stunden-Woche definitiv als Kampfziel auf die Tagesordnung gesetzt wird! (siehe auch S. 5)

Diese Woche

FDP wackelt
Nachdem die FDP die letzte auf Landesebene noch bestehende Koalition mit der SPD aufgekündigt hat und in Hessen nunmehr mit der CDU zusammengehen will, sind die Überlebenschancen für das Bonner Regierungsbündnis schlechter denn je. Seite 2.

AEG am Ende?
Mit einem neuen Modell soll der AEG-Konzern radikal umgebaut werden: Eine große Zahl von Arbeitsplätzen würde dabei auf der Strecke bleiben. Seite 4.

Oktoberfest-Attentat
Die bayrische Justiz will einen endgültigen Schlußstrich unter das Massaker vom Oktoberfest ziehen: Die Ermittlungen wurden jetzt eingestellt. Seite 7.

Hamburger Wahl
Wie kam es zu den hohen Verlusten für die SPD in Hamburg? Seite 9.

Libanon
Berichte über die israelische Aggression, ihre Ziele und Hintergründe auf den Seiten 10 und 11.

Georgi Dimitroff
Zum 100. Mal jährte sich der Geburtstag Georgi Dimitroffs, der einer der herausragenden Führer der internationalen kommunistischen Bewegung war. Seite 13.

Lieferboykott an UdSSR ausgedehnt

Reagan spielt die Multi-Karte

Die von den USA nicht gewünschte Erdgaspipeline von Sibirien nach Westeuropa soll durch die Ausdehnung des Lieferboykotts auf die Tochterfirma der US-Multis verhindert werden. Diese Maßnahme widerspricht den veröffentlichten Ergebnissen von Versailles und steht in ihrer Art einzig da.

Mit diesem rüden, diktatorischen Stil hat Reagan nicht nur unterstrichen, wie er gedenkt, das Kommando der westlichen Allianz zu führen. Er hat auch nicht nur einen Schritt unternommen, der völkerrechtlich unzulässig ist. Er hat auch das westeuropäische und japanische Großkapital gegen sich aufgebracht.

Interessenvertreter der Großkapitalisten unseres Landes, wie der adlige Wirtschaftsminister, sahen sich genötigt, zu höchst erstaunlichen antiamerikanischen Tönen zu greifen, man war in Bonn „empört“, betroffen“ und was es sonst noch an diplomatischem Wortschatz gibt.

Die Kapitalisten bringen jetzt, wie stets wenn es um ihre Interessen geht, das Argument der durch diese Maßnahme gefährdeten Arbeitsplätze hervor. Daran stimmt natürlich soviel, daß sie im Falle eines Scheiterns dieses Geschäfts, wie stets, versuchen werden, die Arbeiter die Zeche bezahlen zu lassen. Denn da sie im entscheidenden Augenblick gegenüber dem „Großen Bruder“, den sie alle so sehr lieben, einmal mehr den Schwanz einziehen werden, das kann man heute schon voraussagen.

Kampfkraft und Entschlossenheit der PLO sind ungebrochen

Entscheidungsschlacht in West-Beirut?

Während die israelischen Truppen den Ring um West-Beirut zu schließen versuchen und die palästinensischen Stellungen, trotz des vereinbarten Waffenstillstandes, fast pausenlos unter Beschuß halten, handelt Begin mit US-Präsident Reagan schon über den „Frieden“, der dem Libanon diktiert werden soll.

Danach sollen die syrischen Truppen das Land verlassen. Die PLO soll soweit sie nicht überhaupt vernichtet wird, vertrieben werden. Und 300000 palästinensische Flüchtlinge im Libanon sollen nach Jordanien umgesiedelt werden. Eine „internationale Streitmacht“ soll den „freien und unabhängigen“ Libanon garantieren. Die EG hat flugs angekündigt, daß sie diese Ziele Anfang nächster Woche in einer neuen Nahost-Erklärung unterstützen wird. Aus Bonn verlautet, vor allem von Griechenland beantragte Sanktionen gegen Israel würden nicht beschlossen. Die USA hatten ihre Unterstützung für diesen „Friedens“plan von vornherein erklärt. Jetzt heißt es, die Gespräche Reagans mit Begin seien „grob“ gewesen. Das mag zutreffen: Denn trotz all ihren Terrors und ihrer großen Übermacht sind die israelischen Truppen längst nicht am Ziel.

Am Wochenende trotzten einige palästinensische Flüchtlingslager im Süden des Libanon immer noch der tagelangen Belagerung. Auch ein Lager südlich Beiruts konnten die Aggressoren nicht erobern. PLO-Kämpfer haben die Straßen nach West-Beirut vermint und bereiten sich auf die entscheidende Schlacht um die libanesische Hauptstadt vor. Sollten die israelischen Aggressoren versuchen, West-Beirut zu erobern, müssen sie mit heftigem Widerstand und hohen eigenen Verlusten rechnen.



Israelische Invasionstruppen im Libanon

Kommentar der Woche

Die Friedensbewegung gewinnt immer neue Sympathisanten. Schon Ronald Reagan hatte ja bei seiner Rede im Bundestag durchblicken lassen, er hätte sich gar zu gerne an die Spitze der großen Bonner Demonstration gesetzt — wenn deren Zielsetzung nur ein wenig „realistischer" gewesen wäre. Letzte Woche nun mochte auch der getreue Helmut Schmidt nicht hinter seinem Präsidenten zurückstehen: Vor der UNO schwärmte der Kanzler von der „großen und menschlichen Kraft" der Friedensbewegung.

Die Schnelldenker in der SPD-Spitze haben solche Umarmungsversuche derweil schon zu einer politischen Konzeption ausgebaut. Horst Ehmke etwa schwebt eine — wie er es nannte — „Arbeitsteilung" zwischen der Bonner Regierungspartei und der Friedensbewegung vor. Und das SPD-Organ „Vorwärts" fragte bereits mit hoffnungsvollem Unterton: „Läuft Bonn der Friedensbewegung den Rang ab?"

„Läuft Bonn der Friedensbewegung den Rang ab?"

Das wäre wahrlich eine feine Arbeitsteilung: Die Dialog-Experten der Sozialdemokratie werden an die innere Front geschickt, um mit der Bewegung eine „Strategiediskussion" zu führen — über atomwaffenfreie Zonen, über nukleare und konventionelle Rüstungen oder auch über eine alternative Verteidigungspolitik. Alles mit dem Ziel, wie es der „Vorwärts" mit dankenswerter Offenheit formulierte, „der Friedensbewegung einen Teil ihrer Motivation und Antriebskraft unter den Füßen wegzuziehen."

Und die andere Seite dieser Arbeitsteilung sieht dann so aus, daß die Machtträger in Bonn hinter der Nebelwand der Strategiediskussion mit der Friedensbewegung nicht nur die Aufstellung neuer Atomraketen ungehemmt weiter vorantreiben, sondern ganz unmittelbar schon auf Kriegskurs gehen. Wenn man die Fragen von Krieg und Frieden nur einmal aus den Regionen abstrakter Erörterungen auf den Boden der Tatsachen herunterholt, kann man doch eines nicht übersehen: Der Krieg hat längst begonnen.

Der britische Imperialismus räumt mittels seiner Kriegsflotte im Südatlantik auf — mit der Unterstützung Bonns. Während Reagan und Schmidt Artigkeiten über die Friedensbewegung absondern, geht ihr Partner Begin zur blutigen Endlösung der Palästinenserfrage über — mit wohlwollender Duldung der gesamten NATO. Jeder dieser Kriege dient den imperialistischen Raubinteressen des gesamten westlichen Blocks. Und jeder dieser Kriege birgt die Gefahr in sich, daß sich aus ihm eine militärische Konfrontation mit dem anderen, von der Sowjetunion beherrschten, Block entwickelt. Und das wäre dann tatsächlich der Beginn eines großen weltumfassenden Krieges zwischen den Systemen der beiden Supermächte, in dem Deutschland das zentrale Schlachtfeld sein würde.

So liegen also die Dinge tatsächlich. Und für die Friedensbewegung ergeben sich daraus nur zwei Alternativen. Entweder sie läßt sich auf die oben erwähnte Arbeitsteilung ein. Dann ist ihr weiteres Schicksal vorprogrammiert. Sie wird in der Umarmung durch die falschen Friedensfreunde zu Tode erdrückt werden, so wie es der Bewegung in den sechziger Jahren bereits ergangen ist. Oder sie stellt sich der Herausforderung der Tatsachen. Und das würde bedeuten, ihre Aktivitäten vom Boden des Klassenkampfes aus zu entfalten.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine solche Position besteht in der Klarheit darüber, daß die Gefahr eines globalen Krieges eben nicht in der Aufstockung der Waffenarsenale oder in ähnlichen Dingen wurzelt, sondern in den räuberischen Interessen derjenigen, die bereit sind, diese Arsenale bedenkenlos für die Erweiterung ihrer Machtpositionen einzusetzen. Die Imperialisten, die heute einen Begin die Städte des Libanons ausradieren lassen, werden — wenn der Kampf um die Weltherrschaft voll entbrannt ist — nicht davor zurückschrecken, Mitteleuropa in eine atomare Wüste zu verwandeln.

Und nur wenn sich die Friedensbewegung diesen Kräften frontal entgegenstellt, kann sie der Gefahr begegnen, daß Bonn ihr den „Rang abläuft".

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Hessischer Landesparteitag der FDP

„Augen zu und CDU"

Der hessische Landesparteitag der FDP demonstrierte am „Tag der deutschen Einheit" wie ihn die Reaktionäre nennen, keineswegs Einheitlichkeit. Mit 169 zu 129 Stimmen entschieden sich die Delegierten für eine künftige Koalition mit der CDU Alfred Dreggers. Damit ist das eingetreten, was seit langem erwartet wurde: das letzte Regierungsbündnis von SPD und FDP auf Landesebene ist aufgelöst, der Bonner Koalition fehlt jeglicher Unterbau.



Partner in Hessen: Gries (FDP), Dregger (CDU) ...

Für Hessen erscheint diese Entscheidung als Vorentscheidung bei der Wahl. Denn dort hat die SPD, wie überall, beträchtliche Einbrüche in ihrem Wählerpotential unter der Arbeiterschaft zu erwarten. Außerdem hat sie sich das Problem „Startbahn West" geschaffen, wo sich schon Hunderttausende zum aktiven Widerstand gegen die Politik der Landesregierung zusammenfanden — um so mehr werden sich an der Wahlurne finden.

Die CDU triumphiert natürlich. Alfred Dregger sieht sich endlich am Ziel seiner langgehegten Wünsche, in Wiesbaden als Chef einzuziehen. Ohne Zweifel verspricht er sich zusätzliche Stimmen davon, daß die bisherigen Regierungsparteien sowohl entzweit als auch weitgehend handlungsunfähig sind.

Wie es mit den Chancen einer grünen, grün-alternativen oder wie auch immer Wahlbeteiligung aussieht, soll hier nicht weiter erörtert werden — die Möglichkeit des Einzugs in den Landtag besteht zweifellos.

Für die FDP aber kann dieser Schritt nur dann eine Maßnahme zum Überleben sein, wenn ihn die CDU-Wähler honorieren, ähnlich wie es bei der Bundestagswahl 80 viele Sozialdemokraten taten. Denn: daß dies keinesfalls ein politisch begründeter Schritt ist im Sinne eines liberalen Parteiprogramms, das durchschaut ohnehin fast jeder. Trotz gegenteiliger Beteuerungen eines Innenminister Gries oder gar eines Graf-Lambsdorff-Verschnitts wie Wirtschaftsminister Hoffie es ist. Die einzige Begründung für diese plötzliche Änderung ist die Angst um die Pfründe, die diese Leute haben, die Angst davor, auch hier aus dem Parlament herauszufliegen.

Denn: wenn man einmal unterstellt, solche Männer wie die genannten und ihre 167 Jasager hätten tatsächlich die Absicht, ein, wie auch immer geartetes — man kann ja, da nicht vorhanden, nichts Genaueres dazu sagen — liberales Programm umzusetzen, dann würde sich doch sofort die Frage erheben: etwa mit Alfred Dregger? Von dem fast jeder weiß, daß er zum Kern des rechten CDU-Flügels gehört? Der auf der hessischen Provinzbühne gerne die Rolle Ronald Reagans übernehmen möchte? Das kann keiner dieser Leute ernsthaft selbst glauben, aber wohl auch wenigen weismachen. Die Umfallerpartei bewährt sich einmal mehr. Denn das ist kein Selbstmordkurs, wie mancher Kommentator meint. Dahinter steckt die Absicht der Reichen in diesem Land, die engste Beziehungen zur immer willigen FDP-Führung haben, die Sozialdemokratie jetzt aus der Regierung zu drängen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Wenn es die FDP zu viele Stimmen kostet — man wird ihr zu helfen wissen, oder zumindest den wichtigen Leuten dieser Partei.

Die SPD in Hessen ist in ärgster Bedrängnis — was Holger Börner zu gönnen ist, obwohl er kaum auf den Bau zurück muß. Nach rechts findet sie keine Partner mehr, die werden ihr von den Mächtigen des Landes einfach entzogen. Nach links will zumindest die führende Parteirechte keinesfalls auch nur einen einzigen Schritt tun, weil das den Herren im Hintergrund natürlich nur noch näher legen würde, jetzt schnellstens auf die SPD an der Regierung zu verzichten. Und auch weil die SPD-Spitzen auf Orts- und Landesebene ihre Finger zu tief „im Geschäft" haben.

Für die Bonner Koalition ergibt sich daraus direkt die Überlebensfrage. Die Forderungen des kürzlich veröffentlichten Sozialprogramms der Unternehmerverbände kann die SPD nicht durchsetzen, denn das ginge an den Kern ihrer Wählerschichten unter der Industriearbeiterschaft. Lohnfortzahlung, Arbeitslosenversicherung, Renten — das sind Kernpunkte sozialdemokratischer Politik. Die FDP in Bonn dagegen schwenkt immer eindeutiger auf eben das Unternehmerprogramm ein, das sich genau gegen diese Kernpunkte richtet, unterscheidet sich darin nicht von der CDU.

Die FDP wird, trotz aller verlogenen Beteuerungen in der Öffentlichkeit, ihre wirtschaftspolitischen Forderungen bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen über den nächsten Bundeshaushalt mit aller Macht durchzusetzen versuchen. Ob es überhaupt zu einer Verabschiedung kommt, wird davon abhängen, wie weit die SPD-Troika um Schmidt, Brandt und Wehner bereit ist, die eigene Identität zu verkaufen, um auf dem Posten zu bleiben. Denn: ein irgendwie geartetes sozialdemokratisches Konzept bei dieser Haushaltsdebatte durchzusetzen, erscheint nach Lage der Dinge unmöglich. Unter Schmidts Kanzlerschaft wird also mit der Operation 83 ein konservatives Wirtschaftsprogramm mit sozialdemokratischer Tünche umgesetzt werden.

Man erinnert sich: „Stoppt Strauß" hieß es im letzten Bundestagswahlkampf. „Wählt Schmidt" setzte die SPD als Alternative dem entgegen. Heute zeigt es sich deutlicher denn je, daß eben Strauß stoppen nicht hieß, Schmidt wählen.

So kann sich heute der CDU-Vorsitzende Kohl hinstellen und die „historische Wende" proklamieren, die sich abzeichne. Was diese Wende bedeutet, das kann man in Westberlin sehen, wenn aus Anlaß des Reagan-Besuchs faktisch eine Art Belagerungszustand verhängt wird. Das kann man an Straußens wirtschaftspolitischen Äußerungen ablesen, die ihm wohl in der Siemens-Konzernzentrale geschrieben worden sind.

Die Entscheidung der hessischen FDP für eine Koalition mit der CDU mag das Ende der parlamentarischen Anwesenheit der FDP in Hessen bedeuten oder auch nicht oder gar eine Parteispaltung: sie bedeutet auf jeden Fall das Signal für eine heute vom Kapital gewünschte Wachablösung im Sinne einer offeneren reaktionären Politik.




... bald auch in Bonn?

Bundeshaushalt '83

Koalitionsgespräche in der Sackgasse

BONN. — Bislang haben sich die Spitzen der Bonner Koalitionsparteien nicht über die Eckwerte für den nächsten Haushalt einigen können. Ein Koalitionsgespräch am vergangenen Mittwoch ist ergebnislos abgebrochen worden.

Zunächst schien es so, als würde es zumindest über die von Finanzminister Lahnstein vorgelegten Werte für das Volumen des '83er Haushalts (253 Milliarden Mark) und die Nettokreditaufnahme (30 Milliarden) keine Differenzen zwischen beiden Parteien geben; die FDP-Minister im Kabinett jedenfalls hatten diesen Werten zugestimmt. Doch inzwischen hat die Genscher-Partei den Umfang des Haushalts mit Zustimmung der SPD auf 251 Milliarden heruntergedrückt. Gegenüber dem ursprünglichen Ansatz müssen also zwei Milliarden eingespart werden — und das sicher nicht bei den Rüstungsausgaben.

Zudem beschloß das Präsidium der FDP vor dem Koalitionsgespräch in der letzten Woche überraschend, keiner Nettokreditaufnahme über 26 Milliarden zuzustimmen. Es soll also bei den Ausgaben noch mehr gestrichen werden; und die FDP-Spitzen haben auch gleich den Bereich für neue Rotstiftaktionen vorgegeben: „weitere Leistungskürzungen". Einigkeit bestand zwischen beiden Koalitionsparteien bislang schon darüber, daß bei den Rentenversicherungsbeiträgen für Arbeitslose drastisch gekürzt werden soll.

Die Forderungen der FDP laufen auf einen weiteren Sozialabbau hinaus. Genschers Leute haben deutlichgemacht, daß sie es nicht hinnehmen werden, daß die fehlenden Milliarden auch nur zum Teil durch „Belastungen" der Reichen aufgebracht werden. Selbst die von der SPD jetzt wieder ins Gespräch gebrachte Kürzung der Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen wollen sie nicht durchgehen lassen.

Die harte Haltung der FDP in der Haushaltsfrage nährt vor dem Hintergrund der Aufkündigung der sozialliberalen Koalition in Hessen wieder Spekulationen darüber, ob Genscher das Bonner Regierungsbündnis noch in diesem Sommer platzen lassen will. Der angeblich „mangelnde Sparwillen" der SPD ist ja schon vor Monaten von FDP-Politikern als möglicher Grund für die Aufkündigung der Koalition in Bonn genannt worden.

HBV will RGO-Betriebsrat loswerden

Willi Rohr muß HBV-Mitglied bleiben!

Gesamte HBV-Betriebsgruppe protestiert gegen Ausschlußverfahren

Willi Rohr ist Lagerarbeiter in dem Großhandelsbetrieb Dogmoch in Ludwigshafen. Und er ist Gewerkschafter, aktiver Gewerkschafter. Daß es bei Dogmoch eine Betriebsgruppe der HBV gibt, ist nicht zuletzt seinem Einsatz zu verdanken. Weil er sich jederzeit für die Interessen der Belegschaft einsetzt, wurde er in den Betriebsrat gewählt, den es dort erst seit Januar 1982 gibt und für den er mitgekämpft hat.

Die HBV-Verwaltungsstelle Ludwigshafen aber will ihn aus der Gewerkschaft ausschließen.

Konrad Stock, HBV-Sekretär in Ludwigshafen, begründet dieses Bestreben damit, daß der Kollege Willi Rohr einem „radikalen Verein" angehöre. Und radikal zu sein, vereinbart sich nicht mit Stocks Verständnis von Gewerkschaftsarbeit.

Der „radikale Verein", dem Willi Rohr angehört, ist die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO). Und Typen wie Konrad Stock, die in den Gewerkschaften bis heute — im Gegensatz zu den tatsächlich aktiven Arbeitervertretern aus den Betrieben — meist das Sagen haben, sind der lebendige Beweis für die Notwendigkeit der RGO-Arbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften.

Die Kollegen von Dogmoch, die gesamte HBV-Gruppe im Betrieb lassen keinen Zweifel daran, welche Art von Gewerkschaftspolitik sie bevorzugen. Der letzte Anlaß, dies deutlichzumachen, war der Schandabschluß in der vor kurzem beendeten Tarifrunde, den die HBV-Bonzen mit den Unternehmern ausgehandelt haben: 3,5 Prozent!

200 Kolleginnen und Kollegen arbeiten bei Dogmoch, 130 Arbeiter und 70 Angestellte. Vor einem Jahr noch gab es ganze zwei Gewerkschaftsmitglieder. Nicht ein Mann wie Konrad Stock, sondern einer wie Willi Rohr hat sich dafür stark gemacht, das zu ändern, so daß es heute eine HBV-Betriebsgruppe von über 70 Mitgliedern gibt.

75 Unterschriften finden sich unter einer Betriebsgruppenresolution an die Bezirksverwaltung Vorderpfalz, in der es heißt: „Wir protestieren gegen den klammheimlichen Abschluß von 3,5 Prozent. Dieser Abschluß ist ein Hohn, besonders angesichts des sowieso niedrigen Lohnniveaus im Großhandel. Der Abschluß entspricht keineswegs unserem Willen. Außerdem protestieren wir, daß wir weder informiert noch gefragt wurden."

Die fehlende Information oder gar Befragung der Betriebsgruppen vor wichtigen Entscheidungen ist Gewohnheit bei den Bonzen. So wurde der gewählte Betriebsgruppenvorstand bei Dogmoch auch nicht über den beabsichtigten Ausschluß Willi Rohrs informiert, sondern nur bestimmte Betriebsräte.

Eine solche Politik ist gewerkschaftsschädigend. Anläßlich des Lohnraubabschlusses stellt der Betriebsgruppenvorstand fest: „... steht wegen des Abschlusses von 3,5 Prozent eine kleinere Austrittswelle bevor. Wir bemühen uns zwar intensiv um die betreffenden Kollegen (auch der Kollege Rohr bemüht sich darum), doch wird so mancher Austritt nicht zu verhindern sein."

So widerlegen die Tatsachen die Hetze der Bonzen. So zeigt sich, wo die Feinde einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik stehen: Nicht in den Reihen der „Radikalen", sondern in den Reihen der „Sozialpartner".

Willi Rohr selbst hat zu dem Tarifabschluß und seinen Folgen Stellung bezogen. In einem Kommentar für den „Widerhaken", die Betriebszeitung der KPD bei Dogmoch. Er schreibt darin abschließend:

„Viele spielen jetzt nach diesem Absch(l)uß mit dem Gedanken, aus der Gewerkschaft auszutreten. Verständlich. Die 20 Mark Beitrag kann gerade jetzt jeder gut gebrauchen. Aber, Kolleginnen und Kollegen, das wäre gerade der verkehrte Weg. Diese Gewerkschaften müssen die unseren werden, und deshalb dürfen wir nicht austreten, sondern müssen dafür sorgen, daß die Ausmauschler aus der Gewerkschaft verschwinden. Gerade heute brauchen wir Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften, die kompromißlos für unsere Angelegenheiten eintreten. Ansonsten machen uns die Unternehmer in den kommenden Jahren ein.

Mein Tip: Mitglied der RGO werden. Die hat das Ziel, die Gewerkschaften wieder zu dem zu machen, was sie sein sollen: Kampforganisationen der Arbeiter und Angestellten."

Daß ausgerechnet ein solch guter Gewerkschafter wie Willi Rohr aus der HBV ausgeschlossen werden soll, das nehmen seine Kolleginnen und Kollegen nicht so einfach hin. Ihren Protest brachten sie unter anderem in der folgenden Resolution zum Ausdruck:

„Die anwesenden Mitglieder des Betriebsgruppenvorstandes und der Betriebsgruppe protestieren gegen den geplanten Ausschluß des Kollegen Willi Rohr aus der Gewerkschaft HBV. Wir kennen den Kollegen Willi als aktiven Gewerkschafter, der maßgeblich am Aufbau der Betriebsgruppe und des Betriebsrates beteiligt war. Hier von gewerkschaftsschädigendem Verhalten zu sprechen, ist ein unglaublicher Hammer. Uns interessiert es nicht im geringsten, was für einer Partei oder Organisation (außer faschistischen oder neofaschistischen) jemand angehört, solange er sich aktiv für gewerkschaftliche Ziele einsetzt. Wir fordern die Gewerkschaft HBV auf, den Ausschluß nicht durchzuführen."

Die Resolution trägt die Unterschriften aller 22 Mitglieder, die auf der Betriebsgruppensitzung am 13. Mai anwesend waren.

Bisher liegt keine offizielle Reaktion der HBV vor. Noch ist der Ausschluß Willi Rohrs nicht vollzogen. Er darf es nie werden!

Willi Rohr muß HBV-Mitglied bleiben!

„Widerhaken", Zeitung der KPD für Dogmoch

In Lumpen und Loden

Unternehmer nagt am Hungertuch

Widerhaken
Zeitung der KPD für Dogmoch
IN LUMPEN UND LODEN
SCHAND-ABSCHLUSS

Genügend Zündstoff gab es auf unserer ersten Betriebsversammlung. Schade, daß nicht alles auf den Tisch kam. Die Geschäftsführung kam zu gut weg. Hier wäre es notwendig gewesen, daß sich mehr Kritik aus der Belegschaft konzentriert hätte.

Allerdings ist es auch verständlich, daß nach dem schändlichen Tarifabschluß, sich ein Großteil der Kritik gegen den Sekretär der HBV richtete.

Nichts Neues, dafür der Rest aber äußerst dünn, kam von der Geschäftsführung. Sie fungierte lediglich als „Beisitzer". Ihren Beitrag hätte sie sich sparen können.

Daß „die Gewinne nicht stimmen" weiß man schon so lange, wie es Kapitalisten gibt. Den Hals nicht voll genug kriegen und möglichst nichts davon abgeben müssen, das ist ihr Problem. Wie wir zu was kommen, ist allerdings unser Problem.

Und hier wurde in einigen Beiträgen die richtige Richtung gewiesen: Der Auftrag an den Betriebsrat, unsere berechtigten Forderungen mit mehr Engagement weiterzutreiben, wurde durch Beifall klar gegeben. Ebenso klar wurde herausgestellt, daß dies eben nicht gehen kann, wenn man davon ausgeht, daß der Unternehmer unser „Partner" ist.

Der dritte wichtige Punkt war die klare Absage an die Linie der Gewerkschaft, vor den Unternehmern zu kapitulieren bzw. mit ihnen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und die Mitglieder weitgehendst von der gewerkschaftlichen Demokratie auszuschalten. Denn diese Politik führt zur Resignation breiter Teile der Mitglieder.

Der Sekretär der HBV meinte, daß wir gerade heute starke einheitliche Gewerkschaften brauchen. Das stimmt soweit. Aber nicht irgendeine Einheit, nur um der Einheit willen, wird gebraucht, sondern eine Einheit im Kampf ganz allein um unsere Interessen. Keine Einheit mit Bonzen und Ausmauschlern.

IGM-Führung pennt — Metaller werden selbst aktiv

Beratung über Maßnahmen gegen Entlassungswelle in Hamburg

In Hamburg wird abgebaut. Massenentlassungen sind angesagt. Widerstand in den Betrieben ist gefordert. Aber die Gewerkschaftsführung reagiert nicht, der Unmut, die Kampfbereitschaft der Basis wird nicht zur Aktion geführt. Nicht einmal zur Einberufung einer Konferenz sah sich die IGM-Ortsverwaltung in der Lage, sie verlegte eine Arbeitstagung auf den 25. September — nach bzw. mitten in der Urlaubszeit, in der die Kapitalisten besonders gern entlassen.

Jetzt wurden die Metaller, die kämpferischen Gewerkschafter, selbst aktiv. Sie beriefen eine Diskussionsversammlung ein, um über die drohenden Entlassungen und vor allem über Möglichkeiten des Widerstandes zu sprechen. Die Einladung dazu lief über die „Aktiven Metaller" von HDW, mitinitiiert wurde die Sache von der RGO.

Daß sich hier etwas tut, ist dringend nötig. Das zeigt ein Blick auf die geplanten Entlassungen in den folgenden Betrieben: HDW 480; PIT 400 (Stillegung); Still 366 (Teilstillegung); Karl Schmidt 400; Blohm + Voss 200; Orthmann & Herbst 26; SGH-Finkenwerder 350 (Stillegung); MBB 750; Philips 120; Siemens 200; Thyssen 80; HSW 80.

Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. An die 400 Kolleginnen und Kollegen kamen am 9. Juni ins Hamburg-Haus Eimsbüttel.

Das Beispiel für erfolgreichen Kampf gab passenderweise ein Kollege von Rockwell/Golde aus Frankfurt, die — mit großer Unterstützung von außen — den Betrieb solange besetzt hielten, bis alle Entlassungen vom Tisch waren. Die Versammlung sprach sich insgesamt gegen den oft eingeschlagenen Gewerkschaftskurs des „Kampfes um einen guten Sozialplan" aus. Und ein Vertrauensmann von Orthmann & Herbst erklärte: „Was die Kollegen von Rockwell können, können wir auch!" Bei O&H wurde an einem Morgen das Werkstor zugekettet, um die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, vor welcher Situation sie bald stehen können.

Bei Still fand am 9.6. eine fünfstündige Betriebsversammlung mit mehr als 1000 Teilnehmern statt, auf der gegen die drohende Schließung einer Drehereiabteilung protestiert wurde. Noch nie, so berichtete ein Belegschaftssprecher, haben so viele Kollegen, die sonst nichts sagen, dabei das Wort ergriffen.

Diese Versammlung war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie kann Anstoß dafür sein, die Gewerkschaft zum Handeln zu zwingen, sie zeigte, daß man nicht auf die Bonzen warten muß, wenn sie sich nicht rühren. Und empörenderweise rühren sie sich immer noch nicht. Zu der Versammlung mochten sie sich nicht äußern, auch nicht zu den Forderungen nach organisiertem Widerstand, nach Kampfformen wie Betriebsbesetzungen. Der oppositionelle Kampf fängt also erst an.



Werkstor von Rockwell-Golde in Frankfurt während der Besetzung des Betriebes durch die Arbeiter. Die Kollegen konnten durch ihren konsequenten Kampf die angekündigten Massenentlassungen voll zurückschlagen.

Baum will die Beamten schröpfen

Protestaktionen gegen „Sonderopfer"

Innenminister Gerhard Baum bleibt dabei, daß die Gehälter der Beamten erst drei Monate später als die der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, also am 1. August dieses Jahres, um 3,6 Prozent erhöht werden sollen. Dagegen rührt sich in der Beamtenschaft der berechtigte Protest. Das „Sonderopfer" muß vom Tisch!

Wie sagte doch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach Anfang Juni: Die Diskussion über die Verschiebung der Besoldungserhöhung habe bei den Beamten (im DGB sind 850000 Beamte organisiert) zu „erheblicher Unruhe" geführt. Und wenn diese „in Aktion umschlägt", dann trage Baum „die volle Verantwortung". Die Gewerkschaft hat aber die Verantwortung dafür, für dieses Umschlagen zu sorgen, denn ohne Kampfaktionen wird sich an dieser räuberischen Maßnahme nichts ändern!

Mitte Juni versammelten sich dann auf dem Frankfurter Paulsplatz mehrere hundert Beamte zum Protest gegen Baums Vorhaben und gegen den Sozialabbau insgesamt. Aufgerufen hatten die Deutsche Postgewerkschaft, die ÖTV und die GEW. „Wir lassen uns nicht abkoppeln — wir sind ein Teil der Arbeitnehmerschaft!" stand auf einem Tranparent. „Solidarität ist nötiger denn je", wurde festgestellt, und: „Was heute jetzt die Beamten betrifft, gilt morgen für alle Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes und übermorgen für alle Beschäftigten!"

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 48, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „NeueZeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

IGM-Vertrauenskörper gründete Aktionskomitee

Bei Zanker formiert sich der Widerstand

TÜBINGEN. — Auf die Ankündigung der AEG-Konzernspitze, daß die Waschmaschinenfabrik Zanker in Tübingen stillgelegt werden soll, reagierte die Belegschaft spontan mit einem eintägigen Proteststreik (vgl. vorletzter RM). Jetzt formiert sich ein organisierter und langfristig angelegter Widerstand in der Belegschaft. Nach Beratungen mit dem Sprecher des ehemaligen Videocolor-Streikkomitees Udo Tischer aus Ulm wählten die IG-Metall-Vertrauensleute bei Zanker ein „Aktionskomitee Kampf um jeden Arbeitsplatz".

Zanker in Tübingen ist ein Tochterunternehmen des AEG-Konzerns. Es werden hier Waschmaschinen und Wäschepflegegeräte hergestellt. Am 3. Juni hatte die AEG-Konzernleitung der Belegschaft völlig überraschend die Absicht eröffnet, das ganze Werk mit seinen 1000 Beschäfitgten stufenweise bis Ende nächsten Jahres stillzulegen. Die Belegschaft reagierte mit massiven spontanen Proteststreiks und mit einer sehr kämpferischen Demonstration am 4. Juni, die in eine Kundgebung auf dem Tübinger Marktplatz mündete.

Inzwischen zeichnet sich bei Zanker ein langfristiger, planmäßiger Widerstand gegen die Stillegung, ein konsequenter Kampf der Belegschaft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze ab. Am 8. Juni gründeten die IGM-Vertrauensleute bei Zanker im Anschluß an ganztägige Beratungen mit Udo Tischer aus Ulm, dem Sprecher des ehemaligen Videocolor-Streikkomitees, das **„Aktionskomitee Kampf um jeden Arbeitsplatz"**. Dieses Komitee soll in den nächsten Monaten Kampfmaßnahmen der Belegschaft bis hin zum unbefristeten Streik und zur Besetzung des Werkes anleiten.

Zur „flankierenden Unterstützung" des Kampfes der Belegschaft im Betrieb hat sich außerhalb des Werkes am 15. Juni eine **„Bürgerinitiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Tübingen"** gegründet (als weiterer Schlag gegen den Bestand an Arbeitsplätzen in Tübingen droht die Stillegung des Bauknecht-Werkes in Tübingen/Kilchberg).

Der Plan zur Gründung dieser Bürgerinitiative war am 10. Juni im Omnibus auf der Rückfahrt von der Bonner Anti-Reagan-Demonstration von Tübinger Demonstrationsteilnehmern gefaßt worden. 180 bis 200 Menschen waren dem Aufruf der „Bonn-Fahrer" gefolgt und hatten sich zur Gründungsversammlung eingefunden, darunter auch honorige Vertreter von SPD und FDP. Neben Vertrauensleuten und Betriebsräten aus verschiedenen Tübinger Betrieben waren auch die Spitzenvertreter verschiedener örtlicher DGB-Gewerkschaften anwesend.

Es wurde beschlossen, daß die Bürgerinitiative eng mit dem betrieblichen Aktionskomitee der Belegschaft zusammenarbeiten soll. Im fünfköpfigen Koordinationsausschuß der Bürgerinitiative arbeiten auch Vertreter des Aktionskomitees mit. Die Aufgabe der Bürgerinitiative besteht darin, die Bevölkerung der ganzen Stadt zur aktiven Solidarität mit den Zanker-Kollegen zu mobilisieren.

Die erste Aufgabe wird es sein, zu verhindern, daß die Widerstandsfront in den kommenden Wochen im „Sommerloch" versandet. Denn Mitte Juli beginnen bei Zanker die dreiwöchigen Betriebsferien, die von den meisten ausländischen Arbeitern (die mehr als die Hälfte der Belegschaft ausmachen) zu einem Heimaturlaub genutzt werden.

Zuvor soll jedoch noch eine spektakuläre Aktion stattfinden: Am Dienstag dieser Woche (d.h. noch vor dem Erscheinen dieser Ausgabe des RM) soll auf dem Tübinger Marktplatz eine öffentliche Belegschaftsversammlung durchgeführt werden!

Indessen tut sich auch innerhalb des Betriebs und an den Arbeitsplätzen noch einiges. So wurden alle zur Auslieferung bestimmten Waschmaschinen in der letzten Woche mit Plakaten beklebt, auf denen es heißt: **„Zanker soll leben. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz."** Auch Wände, Fenster, Zäune und Maschinen im Werk wurden mit hunderten dieser Plakate geschmückt.

Die bisherige Haltung des Betriebsrates unterscheidet sich positiv von dem, was man in ähnlichen Fällen erlebt hat: Eindeutig erklärt der Zanker-Betriebsrat, man lehne es kategorisch ab, mit der Geschäftsleitung über einen Sozialplan zu verhandeln, da der Kampf um die Verteidigung aller Arbeitsplätze geführt werden müsse.

Was die IG Metall betrifft, so nahm die Vertreterin der Stuttgarte IGM-Bezirksleitung Sybille Stamm an den Aktivitäten und Beratungen der Belegschaft und der Vertrauensleute teil. Auch an der Gründung des Aktionskomitees. Es scheint so, als würde die Stuttgarter Bezirksleitung der IGM in diesem Fall wieder eine ähnliche, verhältnismäßig positive Haltung einnehmen, wie es bei Videocolor in Ulm der Fall war, wo sie den Streik und die Betriebsbesetzung zu einem gewissen Grad unterstützt hatte.

Der zentralen IGM-Führung in Frankfurt allerdings wird man auf keinen Fall die gute Absicht unterstellen dürfen, den Kampf der Zanker-Belegschaft zur Verhinderung der Stillegungspläne in irgendeiner Form fördern oder unterstützen zu wollen.

Zunehmend erhalten die Zanker-Kollegen Solidaritätsbekundungen aus anderen Betrieben und auch aus verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien und zwar weit über Tübingen hinaus. Als Beispiel dafür veröffentlichen wir nebenstehend Grußadressen, die von der Belegschaftsversammlung sowie vom Vertrauenskörper des Bosch-Werkes in Reutlingen/Rommelsbach an die Zanker-Belegschaft geschickt wurden. Aus Reutlinger Metallbetrieben wird auch für die Teilnahme an der öffentlichen Belegschaftsversammlung am Dienstag auf dem Tübinger Marktplatz mobilisiert.



Wer wird denn gleich in die Luft gehen? Tübinger Flugsportler aus Solidarität mit der um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Zanker-Belegschaft! Das 30 Meter lange Schleppnetz, das die einmotorige Maschine im Schlepptau führt, wurde von einem Abteilungsleiter von Zanker zusammen mit seiner Frau in zehnstündiger mühseliger Arbeit beschriftet. Für den Piloten ist diese Form der Solidarität nicht ganz ungefährlich. Er muß das Anhängsel durchstartend im Tiefflug aufnehmen.

Resolutionen der Belegschaft von Bosch Reutlingen/Rommelsbach

„Ihr seid nicht allein"

Der IGM-Vertrauenskörper in der Firma Bosch/Reutlingen und Rommelsbach hat mit Bestürzung von der vorgesehenen Schließung und der damit verbundenen Vernichtung von 1000 Arbeitsplätzen bei Zanker in Tübingen durch den AEG-Konzern erfahren.

Das ist kein Einzelfall, sondern Bestandteil einer Strategie der AEG und anderer Konzerne, zur systematischen Arbeitsplatzvernichtung.

Erst kassieren sie vom Staat Millionensummen, angeblich zur Arbeitsplatzerhaltung, aber damit finanzieren sie dann ihre Rationalisierungsinvestitionen, in deren Folge ganze Werke geschlossen werden.

Wir wundern uns nur über die Naivität (oder Heuchelei) jener Politiker, die sich heute in Worten über die Werksschließung bei Zanker empören, aber in ihren politischen Sonntagsreden die kapitalistische Wirtschaft mitsamt Rationalisierung als Segen für die Menschheit bezeichnen.

Wer Fälle wie bei Zanker ernsthaft verhindern will, der muß auch die Ursachen dafür beseitigen und das ist die allein auf Profit orientierte Wirtschaft.

Kolleginnen und Kollegen von Zanker, Ihr seid nicht allein. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, damit eine große Solidaritätsbewegung für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Zanker wächst.

Mit solidarischen Grüßen



An die Kolleginnen und Kollegen vo Zanker/Tübingen!

Auf unserer heutigen Betriebsversammlung haben wir die Arbeitsplatzvernichtung durch die Unternehmer diskutiert und kritisiert.

Dabei haben wir auch die geplante Stillegung von Zanker in Tübingen angesprochen.

Wir protestieren gegen dieses Vorhaben und wenden uns mit aller Schärfe gegen die Verantwortlichen von AEG, die um des Profits willen Arbeitsplätze und damit die Existenz von Menschen vernichten.

Geradezu ein Skandal ist es, daß dazu auch noch Steuergelder verwandt werden, die ja auch von uns Arbeitern und Angestellten aufgebracht worden sind.

Nach Bruderhaus Reutlingen, Dual, Kreidler, Videocolor jetzt auch Zanker. Doch dabei wird es nicht bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir wissen um die Schwierigkeiten und die Auseinandersetzungen, die Euch im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze erwarten. Unsere Solidarität und unserer Unterstützung könnt Ihr sicher sein.

Mit solidarischen Grüßen...

Schickt Solidaritätserklärungen!

Um die Kollegen von Zanker in ihrer Kampfentschlossenheit zu bestärken, ist es gut, ihnen Solidaritätserklärungen zu schicken. Sie sind zu richten an folgende Adresse:

Betriebsrat und Aktionskomitee der Firma AEG-Zanker, Beim Kupferhammer 5, 7400 Tübingen

Das neue „Sanierungskonzept" der AEG-Konzernherren

Operation gelungen, Patient tot...

FRANKFURT. — Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender von AEG-Telefunken, behauptet, sein neues Sanierungskonzept sichere den Bestand des im Krisenstrudel schlingernden Elektroriesen, ja, es bringe ihn sogar auf die Bahn einer erfolgreichen Zukunft. Tatsache aber ist: Dürrs Konzept läuft auf die Zerlegung und Ausschlachtung des Konzerns hinaus. Wieder einmal wären es die Großaktionäre und Banken, die dabei ihr Schäfchen ins Trockene brächten, während die Belegschaften die Zeche zu bezahlen hätten.

„Das Konzept AEG '83 verlangt von allen Beteiligten außergewöhnliche Maßnahmen und Opfer." Mit diesen Worten liegt Heinz Dürr, unter dessen Führung in zwei bis drei Jahren Zehntausende von AEG-Arbeitsplätzen vernichtet und zugleich ein brutaler Abbau an betrieblichen Sozialleistungen betrieben wurde, sicher nicht völlig daneben. Nur wäre zu konkretisieren:

Die außergewöhnlichen Maßnahmen nutzen speziell jenem gewissen Kreis „der Beteiligten", der aus der Misere von AEG sein lukratives Geschäft macht, indem er den Konzern ausschlachtet und zugleich noch dicke Zinsgewinne aus dem kranken Riesen saugt.

Das sind natürlich nicht die mehr als 120000 Arbeiter und Angestellten der Konzernbelegschaft (davon knapp 100000 im Inland). Es sind einige Großaktionäre, nicht zuletzt aber die Finanzhaie der Banken, vor allem der Deutschen Bank sowie der Dresdner Bank.

Den Arbeitern und Angestellten in den Produktionsstätten und Büros von AEG-Telefunken bleibt es dann vorbehalten, die ganz gewöhnlichen Opfer zu tragen, wie sie bei den „außergewöhnlichen Maßnahmen" der Kapitalisten so üblich sind: Massenentlassungen, Abbau außertariflicher Lohnbestandteile, noch schärfere Arbeitshetze...

Und so sieht Dürrs „Konzept AEG '83" in den wichtigsten einzelnen Punkten aus:

1. AEG-Telefunken wird aus einem einheitlichen Konzern in zwei Firmen aufgeteilt: In die „AEG-Technik", zu der die Unternehmensbereiche Anlagentechnik, Kommunikationstechnik, Serienprodukte und Olympia gehören sollen, sowie in die „AEG-Konsum", die im wesentlichen den heutigen Hausgerätebereich umfassen würde.

2. Der Unternehmensbereich Unterhaltungselektronik (das heißt sämtliche Telefunkenwerke, insgesamt mit über 10000 Beschäftigten) soll abgestoßen werden. Das läuft darauf hinaus, daß insbesondere in diesem Bereich, wo ein besonders heftiger Kampf um Marktanteile zwischen den Konzernen tobt, die Belegschaften ein ähnliches Schicksal befürchten müßten, wie die Kollegen im inzwischen stillgelegten Videocolor-Werk in Ulm. Auch Videocolor war ehemals ein Telefunken-Werk, das an einen anderen Konzern „abgestoßen" wurde.

3. Der britische Elektrokonzern General Electric Company (GEC) soll mit mindestens 40 Prozent, maximal 49 Prozent als Kooperationspartner bei der neugebildeten „AEG-Technik" einsteigen. Die „AEG-Technik" wäre ein Unternehmen mit guten Profitaussichten, weil sie speziell jene Bereiche von AEG-Telefunken umfassen würde, die auch heute mit hohen Gewinnen arbeiten und gute Marktpositionen haben. Die Verbindung mit der GEC jedoch würde auch für die Belegschaften der „AEG-Technik" große Unsicherheiten mit sich bringen, denn beide Partner haben etwa das gleiche Produktionsprogramm und außerdem sind sie in der Konzerngröße ebenfalls ungefähr gleich. Werksschließungen und Entlassungsfeldzüge stünden damit auch in deisem Bereich an.

4. Die bestehende AEG-Telefunken AG soll in eine „AEG-Telefunken-Finanzholding" (ATF) umgewandelt werden. Diese soll unter anderem die hohen Betriebsrentenansprüche von AEG-Telefunken übernehmen. Das würde z.B. bedeuten, daß die Anpassung der Betriebsrenten „auf ewig und drei Tage" (Gesamtbetriebsratsvorsitzender Rubke) gestoppt würde (der Gesamtbetriebsrat von AEG hat übrigens schon im vergangenen Jahr einmal einer Kürzung der Betriebsrenten um bis zu 60 Prozent zugestimmt).

5. Die Bundesregierung soll für das neue „Sanierungskonzept" mit einer Bürgschaft von rund einer Milliarde Mark einspringen. Außerdem werden auch jene Bundesländer, in denen sich AEG-Werke konzentrieren, mit massiven Finanzhilfen (insgesamt 400 Millionen Mark) zur Kasse gebeten (das betrifft die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen; außerdem natürlich Westberlin). Es kommt hinzu, daß AEG erklärtermaßen die zu erwartenden Gewinne der neuen „AEG-Technik" mit dem steuerlichen Verustvortrag der jetzigen AEG-Telefunken verrechnen will. Mit den dabei eingesparten Steuern sollen die Milliardenschulden des Konzerns an die Banken zurückgezahlt werden. Dies würde bedeuten, daß der Staat (also der Steuerzahler) um weitere drei Milliarden geschröpft werden soll!

Für die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften ist dieses „Sanierungskonzept" nicht annehmbar. Vor allem deshalb, weil eine Sicherung der Arbeitsplätze überhaupt nicht gegeben wäre. Vielmehr würde eine neue, noch schlimmere Entlassungs- und Rationalisierungswelle über die Belegschaft hinwegrollen, wei in den vergangenen drei Jahren, als fast 30000 Beschäftigte bei AEG-Telefunken „abgebaut" wurden. Die angekündigten Stillegungen bei Zanker in Tübingen und bei Küppersbusch in Gelsenkirchen geben da bereits einen Vorgeschmack!

Erfreulicherweise hat der Gesamtbetriebsrat, der bisher stets die sogenannten Sanierungsschritte des AEG-Vorstands in treu sozialpartnerschaftlichem Geist stützte, sich jetzt zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem neuen Konzept durchringen können. In der Betriebsräteversammlung auf Konzernebene wurde eine Resolution mit großer Mehrheit angenommen, die der Gesamtbetriebsrat auffordert, ein alternatives Sanierungskonzept auszuarbeiten, dessen Zielsetzung die Sicherung der Arbeitsplätze bei AEG-Telefunken sein soll.

Die AEG-Belegschaften müssen jetzt unbedingt zu gemeinsamen und koordinierten Kampfaktionen gegen das „Konzept AEG '83" kommen, wobei die IG Metall eigentlich unbedingt entsprechende Schritte zu unternehmen hätte. Denn wo sonst wenn nicht hier ist die gewerkschaftliche Organisation gefordert?!

Der Kampf muß dabei folgende Stoßrichtung haben:

Gegen die Aufteilung des Konzerns; **gegen** weitere Verkäufe und Kooperationen; **keine** Stillegungen und Massenentlassungen mehr, **Rücknahme** aller entsprechenden Absichten und Pläne (wie z.B. die Stillegung von Zanker in Tübingen und die Entlassung bei Küppersbusch in Gelsenkirchen); **für** einen Zins- und Forderungsverzicht der Banken gegenüber der AEG; **für** knallharte Arbeitsplatzgarantien als Bedingung bei staatlichen Finanzhilfen.

Jetzt in Betrieb und Gewerkschaft den Kampf vorbereiten

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Der Tarifvertrag, der die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden festgeschrieben hat, läuft zum Jahresende 1983 in den meisten wichtigen Industriezweigen aus. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich steht auf der Tagesordnung! Zur Jahreswende 1978/79 hatten die Stahlwerker für dieses Ziel ihren unvergessenen sechswöchigen Streik geführt. Sie scheiterten am Verrat der Gewerkschaftsführung. Andererseits machte dieser Kampf deutlich, daß der Widerstand der Kapitalisten gegen diese Forderung äußerst erbittert ist. Nichtsdestoweniger ist ihre Durchsetzung heute mehr als je zuvor eine brennende Notwendigkeit.

Welcher Arbeiter, welcher kleinere Angestellte könnte nicht ein Lied davon singen: In den vergangenen Jahren haben die Unternehmer die Arbeitsanforderungen immer mehr in die Höhe getrieben. Arbeitshetze, Streß, nervliche und gesundheitliche Belastungen haben oft ein unerträgliches Ausmaß angenommen.

Diese Entwicklung drückt sich in erschreckenden Statistiken aus. Mehr als die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik und Westberlin müssen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Viele sterben, bevor sie das gesetzliche Rentenalter erreicht haben.

In aberwitzigem Kontrast dazu ein anderes Bild: Menschen drängen sich auf Arbeitsämtern; ohne Aussicht auf Arbeit. Nahezu zwei Millionen registrierte Arbeitslose im Sommer 1982. Mindestens 2,5 Millionen Menschen umfaßt das Arbeitslosenheer, zählt man diejenigen mit, die von Stingls Statistik nicht mehr erfaßt werden oder die noch nie in ihr aufgetaucht sind.

Warum preßt der Unternehmer seine Belegschaft zu immer höherer Leistung? Damit er möglichst viele Beschäftigte „freisetzen" kann, wie es im zynischen Kapitalistenjargon heißt. Warum müssen immer mehr Beschäftigte entlassen werden? Damit der Profit stimmt. Und der stimmt nur insofern, als er steigt und den der Konkurrenz übertrifft. Dies geht nur über die Senkung der Lohnkosten. Aus weniger Arbeitskräften mehr herausholen. So lautet die Zauberformel.

Die Unternehmer nennen das Rentabilität. Um die Rentabilität zu gewährleisten, muß rationalisiert werden. Genau diese kapitalistische Rentabilität erzeugt unvermeidlich sowohl die Krise der kapitalistischen Wirtschaft als auch das ständige Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit, bei gleichzeitiger Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben.

Veranlassen die schlimmen sozialen Auswirkungen ihres Rentabilitätsprinzips die Unternehmer womöglich dazu, sich zu besinnen und sich von diesem Prinzip abzuwenden? Im Gegenteil! Mit der Verschärfung der Krise verschärft sich die Konkurrenz. Die Unternehmer kurbeln den Rationalisierungsterror noch mehr an. Denn Profit ist das Lebenselexier des Kapitals. Nur um Profit zu machen, wird im Kapitalismus investiert. Nur um des Profites Willen werden Arbeitskräfte eingestellt oder auch entlassen, läßt man die Schlote rauchen oder auch erkalten.



Einen der härtesten Arbeitskämpfe der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik führten die Stahlarbeiter mit ihrem sechswöchigen Streik im Winter 1978/79. Es ging um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Jetzt gilt es, den Kampf, den sie begonnen haben, weiterzuführen.

Unter kapitalistischen Bedingungen erscheint die technologische Entwicklung für den Lohnabhängigen daher zunehmend wie ein bedrohlicher Moloch. Die Mikroelektronik, eigentlich ein großartiger Fortschritt, der den Menschen von Arbeitszwängen befreit, verwandelt sich in der Hand der Kapitalisten zum „Job-Killer". Ihr Siegeszug, der gerade erst begonnen hat, wird von einer Arbeitsplatzvernichtung und einem Rationalisierungsterror von bisher noch nicht dagewesenem Ausmaß begleitet.

Das Heer der Arbeitslosen droht infolge dieser Entwicklung bei uns in den kommenden Jahren um mehrere Millionen anzuwachsen, es sei denn unseren Gewerkschaften gelingt es, durch machtvolle und konsequente Massenkämpfe die Kapitalisten und die Regierung zu zwingen, den technischen Fortschritt wenigstens teilweise statt in Profit in sozialen Fortschritt umzumünzen. Ein ganz entscheidender Faktor in dieser Hinsicht wäre die massive Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Notwendig sind heute alle Arten von Arbeitszeitverkürzungen. Neben der Verkürzung der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit (d.h. einer Arbeitszeitverkürzung im eigentlichen Sinn) machen die eingangs umrissenen steigenden Belastungen am Arbeitsplatz auch die Herabsetzung des Rentenalters und die Ausdehnung des Jahresurlaubs dringend erforderlich.

Die Verkürzung der Tages- bzw. Wochenarbeitszeit in Form der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich allerdings muß heute ganz klar im Vordergrund stehen. Denn nur dadurch können die drohenden unmenschlichen sozialen Folgen der Rationalisierung sowohl auf unsere Arbeitsbedingungen (gesundheitlicher Verschleiß) als auch und vor allem auf die Beschäftigungslage spürbar eingedämmt bzw. abgemildert werden.

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist heute historisch überfällig. Sie steht auf der Tagesordnung. Neben der Aufgabe, eine weitere Senkung unserer Reallöhne zu verhindern, ist sie das wichtigste tarifpolitische Ziel der Gewerkschaften in der nächsten Zeit.

Die Unternehmer und ihre Helfershelfer aus der Politik jedoch werden alles tun, um jeden Schritt in diese Richtung abzublocken. Ihr Widerstand wird äußerst hart sein. Denn der Krisenkurs des Kapitals läuft genau in die entgegengesetzte Richtung. Nicht zufällig hat sich (um mit den Worten des IG-Druck-Vorsitzenden Mahlein zu sprechen) „seit dem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit Mitte der 70er Jahre das Tempo der Arbeitszeitverkürzung nahezu halbiert".

Von daher muß davon ausgegangen werden (und dies zeigt sich heute bereits sehr deutlich), daß die auf Sozialpartnerscahft eingeschworene DGB-Führung diesen Kampf um jeden Preis vermeiden will. Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ernsthaft anzutreten, bedeutet für unsere Gewerkschaften schließlich nichts anderes, als auf einen klassenkämpferischen Kurs zu gehen!

Nichts wäre naiver, als abzuwarten, daß von den Breit, Loderer, Hauenschild und wie sie auch sonst noch heißen, die Initiativen für diesen Kampf ergriffen werden, obwohl dies ja eigentlich der Beschlußlage im DGB und seinen Einzelgewerkschaften entsprechen würde!

Jetzt ist die Zeit herangerückt, wo jeder Tag genutzt werden muß um seitens der oppositionellen, klassenkämpferischen Kräfte sowohl im Betrieb als auch in der Gewerkschaft diesen Kampf vorzubereiten. Wir müssen erreichen, daß unsere Gewerkschaften ihn auf die Tagesordnung setzen, unabhängig davon, was die rechten DGB-Führer wollen oder nicht wollen mögen.

Resolution des Vertrauenskörpers der IG Metall bei Opel/Bochum

„Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich"

Am 23. Mai 1982 verabschiedete die Vollversammlung der IG-Metall-Vertrauensleute der Opel-Werke in Bochum einstimmig eine Resolution zum Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Im folgenden veröffentlichen wir sie im vollen Wortlaut.

„Die Vertauensleutevollkonferenz möge beschließen:

Die Ortsverwaltung der Bezirk und der Vorstand der IG Metall sollen unverzüglich umfassende Vorbereitungen für den Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ab 1984 treffen. Bei diesem gesellschaftspolitisch wichtigen Ziel muß eine enge Koordination mit dem DGB und den DGB-Einzelgewerkschaften stattfinden.

Begründung: Die Gewerkschaftstage der IG Metall 1977 und 1980 sowie der jüngste DGB-Bundeskongreß haben in den tarif- und beschäftigungspolitischen Entschließungen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausdrücklich herausgehoben gegenüber anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Wir sind für jede Form der Arbeitszeitverkürzung, die den körperlichen und gesundheitlichen Verschleiß der Arbeitskraft verringern hilft. Das gilt auch für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Herabsetzung der Lebensarbeitszeit. Hier muß eine politische Initiative gemeinsam mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften gestartet werden, die auf eine gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters dringt. Deshalb sprechen wir uns entschieden dagegen aus, daß die Tarifrente gegen die 35-Stunden-Woche gestellt wird.

Die 35-Stunden-Woche gilt unbestreitbar als die beschäftigungswirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung und würde rein rechnerisch ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze freimachen, wobei der volle Personalausgleich und festgelegte Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern gefordert werden muß. In einer Zeit, in der die Massenarbeitslosigkeit mittlerweile einen Stand von fast 2 Millionen registrierten Arbeitslosen und einer hohen Zahl nicht-registrierter Arbeitsloser erreicht hat, muß eine wirksame Beschäftigungspolitik für die Gewerkschaften absoluter Vorrang sein.

Der Stahlarbeiterstreik 78/79 um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, wie hart der Kampf werden wird; deshalb muß sofort mit den Vorbereitungen der gesamten IG Metall auf allen Ebenen angefangen werden. Nichts darf dem entgegengestellt werden! Nichts darf das behindern!"

Aktionskreis 35-Stunden-Woche gegründet

Auf dem Kongreß gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe darüber) setzten sich eine ganze Reihe von Kollegen dafür ein, schon jetzt die Vorbereitungen für den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich anzupacken.

Hans Reppel, oppositioneller Betriebsrat bei Opel in Bochum, berichtete über die Pläne der IGM-Führung, noch in diesem Sommer die Weichen für die Forderung nach einer Tarifrente zu stellen, und er verwies auf die Gefahr, daß damit das Thema 35-Stunden-Woche für die nächsten Jahre aus dem gewerkschaftlichen Forderungskatalog gestrichen werden soll.

Um das zu verhindern, hatten die Vertrauensleute von Opel/Bochum bereits im Mai einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich absoluter Vorrang eingeräumt wird (siehe den Wortlaut auf dieser Seite).

Von Hans Reppel ging dann auch am Rande des Kongresses die begrüßenswerte Initiative aus, einen „Aktionskreis 35-Stunden-Woche" zu gründen. Zahlreiche Teilnehmer des Kongresses aus der gesamten Bundesrepublik trugen sich in die Interessentenliste ein. Die Aussichten, daß sich hieraus — ähnlich wie bei der Initiative Soziale Sicherheit, auf deren Initiative hin dieser Kongreß zustandegekommen war — eine bundesweite Bewegung für die 35-Stunden-Woche entwickelt, sind also recht gut.

In einem Papier, das den Kongreßteilnehmern vorlag, das aber leider nicht mehr diskutiert wurde, wird in groben Zügen die Richtung dieses Aktionskreises angedeutet:

„Ohne Entwicklung sozialer Gegenmacht gegen die rollende Offensive der Reaktion in unserem Land, ohne entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf wird der soziale Widerstand keine Erfolgsaussichten haben. Deshalb geht es im Kampf gegen Sozialabbau auch darum, eine kämpferische Gewerkschaftspolitik zu fördern und eine Abkehr vom sozialpartnerschaftlichen Kurs des Stillhaltens zu unterstützen. Genau das kann eine betriebliche und gewerkschaftliche Kampagne für die 35-Stunden-Woche leisten. (...) Betriebliche Resolutionen und entsprechende Anträge an die örtlichen Vertreterversammlungen können erste Ziele örtlicher Aktionskreise sein. Darüber hinaus geht es darum, für die betriebliche Diskussion geeignetes Material auszuarbeiten, überbetrieblichen Informations- und Erfahrungsaustausch zu organisieren und konkrete Schritte der Öffentlichkeitsarbeit für die 35-Stunden-Woche vorzubereiten."

Erfreulich schnell wurde jetzt das erste Treffen dieses Aktionskreises einberufen. Es findet am Sonntag den 4. Juli ab 10 Uhr statt. Ort: Sozialistisches Bildungszentrum, Haardgrenzweg 77, 4353 Oer-Erkenschwick. Übernachtungsmöglichkeiten vom 3. auf den 4. Juli sind gegeben. Anmeldung ist erforderlich bei:

Initiative Soziale Sicherheit, Hohenstaufenallee 1, 4650 Gelsenkirchen, Tel.: (0209) 15401

DGB-Vorsitzender für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht

So nicht, Herr Breit!

In ihrer Ausgabe vom 11. Juni 1982 veröffentlichte die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" ein Interview mit dem neuen DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. Unter anderem fragt die Zeitung, ob der neue DGB-Chef auch eine Arbeitszeitverkürzung *„mit Lohnverzicht oder Verzicht auf Lohnzuwachs"* für akzeptabel halte. Die Antwort von Breit:

„Ja, auch. Die Gewerkschaften haben noch nie behauptet, daß man eine verdiente Mark zweimal ausgeben könnte."

Mit anderen Worten: „Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist ein wirtschaftliches Unding". Das ist doch im Klartext übersetzt die Antwort des Herrn Breit auf die Frage in der „Zeit". Schließlich kann man ja eine verdiente Mark nicht zweimal ausgeben! Oder?

Das ist nackter Unternehmerstandpunkt! Das ist die unverschämte Logik der Kapitalisten, die jede Forderung der Lohnabhängigen nach Verbesserung ihrer Löhne oder Arbeitsbedingungen als „wirtschaftlich untragbar" verteufeln.

Wie kann ein Gewerkschaftsfunktionär, der aus den schwerverdienten Beitragsgroschen der Mitglieder ein kapitalistisches Bonzengehalt in sechsstelliger Höhe bezieht, den Kollegen eigentlich unverhüllt einen Lohnverzicht zumuten wollen? Welch ungeheuerliche Frechheit!

Eines ist völlig klar: Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht bzw. ohne vollen Lohnausgleich zu fordern, das ist gleichbedeutend mit dem Abwiegeln jeder realen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung. Denn welcher Arbeiter und welcher untere Angestellte kann heute sagen: „Ich bin in der Lage, einen Lohnverzicht zu verkraften"?!

Man kann annehmen, daß sich der gewiefte DGB-Bonze Breit über diesen Zusammenhang durchaus klar ist —, ungeachtet seines hohen Einkommens, das sich in einer völlig anderen Dimension bewegt als das Einkommen eines „gewöhnlichen Sterblichen"...



Immer neue Steigerungen staatlichen Terrors werden aus Westberlin gemeldet. Eine davon dokumentiert dieses Foto: Gegen 10.30 Uhr am 11. Juni hatten sich am Nollendorfplatz fast 5000 Menschen eingefunden. Gegen die Ansammlung schritt die Polizei zunächst nicht ein. Dann aber zeigte sie, was sie bei ihren zahlreichen Bürgerkriegsplanspielen, sicher auch beim Abgucken von Polizeipraktiken in gewissen anderen Ländern, gelernt hat. Beamte in Kampfanzügen zogen um den ganzen Platz herum NATO-Draht und verwandelten ihn quasi in ein Internierungslager. Damit provozierte die Polizei natürlich auch ganz bewußt Ausbruchsversuche und Straßenschlachten.

Asylrecht am Ende

BONN. — Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat berät zur Zeit immer noch über die geplante Neufassung des Asylrechts, das auf jeden Fall zu einer weiteren Entrechtung und Verschlechterung der sozialen Lage der Asylsuchenden führen soll. Dieses Ziel verfolgen alle in den genannten Gremien vertretenen Parteien. Dennoch gibt es Differenzen in Bezug auf die geeigneten Maßnahmen.

Besonders die CDU/CSU-regierten Länder, aber auch das SPD/FDP regierte Bundesland Hessen sowie das sozialdemokratische Bremen haben dafür gesorgt, daß der Vermittlungsausschuß angerufen wurde, denn ihnen war der vom Bundestag vorgelegte Entwurf nicht scharf genug.

Die Forderungen dieser Länder konzentrierten sich auf drei Punkte:

Die Ausländerbehörden, die Ausländerpolizei der Länder soll die Kompetenz erhalten, „offensichtlich unbegründete" Anträge — diese Wertung nimmt sie dann selbst vor — abschlägig zu bescheiden und die Ausweisung der Asylsuchenden zu verfügen. Eine Weiterleitung jedes Antrages an das Bundesamt zur Anerkennung Asylsuchender in Zirndorf soll nicht mehr zwingend vorgeschrieben sein. Es wird einkalkuliert, daß mit Einführung einer solchen Bestimmung die Anzahl der im Schnellverfahren wieder abgeschobenen Asylbewerber sprunghaft ansteigen würde.

Kommt ein Streitfall vor das Verwaltungsgericht, so soll nur noch ein Einzelrichter statt einer mit drei Richtern besetzten Kammer über die Klagen der Asylbewerber urteilen. Und gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts soll keine Beschwerde mehr vorgesehen sein.

Begleitet bzw. ergänzt werden diese Ansinnen der Bundesländer durch eine Reihe weiterer Forderungen. So geht schon seit längerem der Streit darum, wann die „Aufnahmefähigkeit" einzelner Länder „erschöpft" sei. Baden-Württemberg ist bereits aus dem bisher gültigen Verteilungsverfahren ausgeschert.

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages hat Anfang Juni gefordert, in das Asylrecht müsse die allgemeingültige Verpflichtung für Asylsuchende aufgenommen werden, sich bis zum Abschluß des Asylverfahrens in Gemeinschaftsunterkünften aufzuhalten, die der Bund im Benehmen mit den Ländern zu bestimmen habe. Die endgültige Entscheidung über das Schicksal der Bewerber sei generell innerhalb eines Jahres zu treffen — was unter den genannten Bedingungen keineswegs eine Erleichterung für die Bewerber ist, sondern eine Verkürzung des Verfahrens auf Kosten der Rechtsstaatlichkeit, die sowieso in diesem Zusammenhang aufgegeben wird. Was hier betrieben wird, das ist nichts anderes als das Bemühen, dem Recht auf politisches Asyl, einem Grundmerkmal jeder demokratischen Verfassung, endgültig den Todesstoß zu versetzen.

Die geforderten Sammellager, die man treffender als Asylantenghettos bezeichnen kann, existieren bereits in verschiedenen Gegenden. Der Trend geht dahin, sie im gesamten Bundesgebiet vorzuschreiben und womöglich noch überall durchzusetzen, daß den Asylsuchenden keinerlei Geldmittel mehr zur Verfügung gestellt werden, sondern sie nur noch „Naturalleistungen" erhalten, also morgens, mittags und abends etwas zu essen. Das vervollkommnet die Isolierung dieser Menschen. Diese Ghettopolitik trägt auch zu einer Steigerung der Spannungen zwischen ihnen und der westdeutschen Bevölkerung, die Tag für Tag mit gezielten aufhetzenden Meldungen über die Asylanten, die angeblich auf ihre Kosten leben würden, versorgt wird. Diese Politik ermuntert zu Gewalttaten, wie wir sie bereits durch neofaschistische Gruppen erleben mußten.

Hinzugefügt werden muß, daß die bundesweite Praxis, Asylbewerber aus der Türkei fast generell den Henkern von Ankara in die Hände zu liefern, bereits zu einem erheblichen Rückgang der Bewerbungen aus diesem Land geführt hat. Hier wird der antidemokratische, verbrecherische Charakter der Unterhöhlung des Asylrechts besonders deutlich. Und wie sehr die Asylanten Bestandteil eines politischen Spiels sind, das die Herrschenden bei uns betreiben, wird auch daran deutlich, daß die Zahl der Asylbewerber etwa aus der Türkei inzwischen um ein vielfaches von der aus dem Ostblock, besonders aus Polen, übertroffen wird. Diese werden in keinem Fall abgewiesen, selbst wenn sie ganz eindeutig allein aus wirtschaftlichen Gründen hierherkommen; schließlich wirbt man nach dem Osten hin aufdringlich damit, „wie gut es uns hier geht". Die Asylanten aus dem Osten werden als Munition der antikommunistischen Hetze mißbraucht. Und die Bevölkerung der Bundesrepublik wird aus Bonn und den Hauptstädten der Bundesländer über die wahren Hintergründe der Asylpolitik unaufhörlich belogen.

Man darf die Frage des Asylrechts nicht unterschätzen. Nicht allein aus der moralischen Motivation heraus, daß wir als Deutsche — nach den Erfahrungen der Hitler-Diktatur — besonders aufgerufen sind, auf die Unantastbarkeit dieses Rechts bei uns zu wachen. Die Maßnahmen, die hier getroffen wurden und werden, sind schließlich Bestandteil der reaktionären Formierung im Innern.

Die Asylanten spielen eine Hauptrolle beim Bemühen aller reaktionären Kräfte, die Ausländerfeindlichkeit unter der deutschen Bevölkerung zu schüren. Es muß Besorgnis erregen, daß dies auch in Kreisen, die sich ansonsten gegen die Ausländerfeindlichkeit aussprechen, etwa innerhalb der Gewerkschaften, in völlig unzulässiger Weise behandelt wird. So nach dem Motto: Die leidigen Asylverfahren müssen abgekürzt werden, erst dann kann man wirklich was gegen Ausländerfeindlichkeit machen. Viel zu sehr haben sich auch verantwortliche Kreise in den Gewerkschaften mit der unerhörten Behandlung türkischer und kurdischer Regimegegner abgefunden, weil ja auch die SPD als Regierungspartei das ganz offiziell so will.

Hier und überall muß Gegendruck gemacht werden. Das Bemühen, das politische Asylrecht endgültig zu begraben, darf nicht widerstandslos hingenommen werden.

CDU will AL ausschalten

Alliierte zum Eingreifen aufgefordert

WESTBERLIN. — Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Senat von Westberlin, Jürgen Wohlrabe, will die Westalliierten — die die Oberhoheit in der Stadt innehaben — zu Maßnahmen gegen die Alternative Liste bewegen. Er strebt ein Verbot der AL und damit ihre Ausschaltung von der Arbeit im Senat an.

Auf die AL konzentriert sich seit dem Einzug ihrer Vertreter in das Parlament die Hetze vor allem der CDU. Der SPD und FDP ist sie natürlich ebenso ein Dorn im Auge. Abgeordnete in einem Parlament, die sich nicht zu 100 Prozent an die Mauscheleien, Absprachen, Betrügereien halten, die bei den alteingesessenen bürgerlichen Parteien gang und gäbe sind — das ist man in der Bundesrepublik und in Westberlin nicht gewöhnt. Und das will man auch nicht hinnehmen.

Neuester Anlaß zur Hetze und zu direkten Maßnahmen gegen die AL ist die Anti-Reagan-Demonstration am 11.6., die von der AL angemeldet wurde und die trotz Verbot stattfand. Über den Polizeiterror und die Verhaftungen haben wir im letzten „Roten Morgen" bereits berichtet, ebenso darüber, daß zu einer Sondersitzung des Innenausschusses, die in aller Schnelle einberufen und auf der über neue staatliche Unterdrükkungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Demonstrationen beraten wurde, die AL nicht eingeladen und somit schon damit begonnen wurde, sie von der Parlamentsarbeit auszuschließen.

In einem Interview mit der „BILD"-Zeitung sagte Jürgen Wohlrabe vom CDU-Fraktionsvorstand dieser Tage, wie er sich weitere Maßnahmen zur Ausschaltung der AL vorstellt:

„Jetzt sind die Alliierten aufgerufen, festzustellen, ob die Alternative Liste für das verfassungsmäßige System Berlins noch tragbar ist. Die Alliierten sollten prüfen, ob eine Partei, die mit zum Terror gegen unbescholtene Mitbürger aufruft und ein Urteil des höchsten Berliner Gerichts mißachtet, sich nicht außerhalb unserer Grundordnung stellt." Und wenn das Urteil im Sinne der CDU ausfällt — „Dann müßten sie die AL verbieten — schon aus Gleichheit zur NPD. Die Alternativen wären dann für eine parlamentarische Arbeit disqualifiziert."

Ist es nicht ein Hohelied auf unser parlamentarisches System, auf Demokratie und Freiheit, das dieser CDU-Mann hier singt? Man versucht eine Organisation, die einen im Parlament stört, mit allen Mitteln als undemokratisch hinzustellen und an den Rand des Terrorismus, im Falle der AL auch über den Rand hinaus, zu rücken, eine Pogromstimmung zu schaffen — die bereits zu dem bekannten Brandanschlag auf das AL-Büro führte — und sie dann verbieten zu lassen. Diese massive Hetze soll natürlich auch dazu dienen, die Abgeordneten der AL einzuschüchtern und zum Einlenken zu bewegen. Dem dient ja auch die offen feindselige Stimmung, die ihnen bei Auftritten im Senat entgegenschlägt.

Ihre Stellung zu den Vorfällen am 11. Juni, ihre Haltung zu den sogenannten Autonomen und zu Kräften innerhalb der „Sponti-Szene", denen es bei Demonstrationen weniger um einen positiven politischen Nutzen als um „Militanz" um jeden Preis geht, und anderem will die AL im Rahmen einer bereits begonnenen inneren Auseinandersetzung bestimmen. Gegen die Angriffe, die von Seiten der Reaktion auf die AL geführt werden, ist auf jeden Fall Solidarität angesagt, ebenso, wie es gilt, den Widerstand gegen den hemmungslos reaktionären Senatskurs zu verstärken.

Mordanschlag auf türkischen Arbeiter

FRANKFURT. — Mit massiven Protesten gegen die Ausländerfeindlichkeit, die auch durch die offizielle Politik gefördert wird, reagierten Demokraten und Antifaschisten in Frankfurt auf den Mordanschlag, der am Abend des 14. Juni auf einen 32jährigen türkischen Arbeiter verübt wurde.

Der Kollege Naki G. wurde von einem etwa 25jährigen Deutschen mit einem Springmesser niedergestochen und lebensgefährlich verletzt. Die 8,5 Zentimeter lange Klinge der Tatwaffe streifte die Lunge des Arbeiters und durchstach das Rippenfell.

Die Kripo hat nach eigenen Angaben bisher keine Hinweise auf den Täter und die Hintergründe der Tat. Mit dieser Erklärung geben sich die Freunde des Niedergestochenen aber nicht zufrieden. Für sie steht der Anschlag eindeutig in Zusammenhang mit Angriffen und Diskriminierungen gegen ausländische Mitbürger, die sich auch in Frankfurt in letzter Zeit häufen. In Bornheim haben Deutsche und Ausländer aus der Türkei, Griechenland und Jugoslawien mit einer Unterschriftensammlung dagegen protestiert und die Kripo aufgefordert, alles zu tun, um die Tat aufzuklären. Sie wollen ihre Bemühungen verstärken, die Solidarität innerhalb der Bevölkerung zu fördern und den Versuchen, sie über die diskriminierende Hetze und Maßnahmen zu spalten, entgegenzuwirken.

Ein Sprecher der örtlichen Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit wies auf die entscheidenden Zusammenhänge hin:

„Die Verschärfung der Ausweisungspraxis und die Reduzierung der Familienzusammenführung sind Abwehrmaßnahmen der Politiker, die in der Bevölkerung den Eindruck fördern oder verstärken, daß Ausländer bedrohlich seien." Wo die Frage nach den „Grenzen der Belastbarkeit der bundesdeutschen Gesellschaft" gestellt würde, brauche man sich angesichts solchen Vokabulars nicht über gezielte Aktionen gegen Ausländer zu wundern.

SS-Treffen in Hersfeld

BAD HERSFELD. — Die Kameradschaftsverbände ehemaliger aktiver Faschisten verschiedenster Organisationen, Kriegervereine usw. versuchen heutzutage, sich als Friedensfreunde hinzustellen, da sie als ehemalige Soldaten am besten wüßten, was Krieg bedeute — und was der Propagandareden mehr sind. Hinter dieser Fassade wird eifrig der Revanchismus gepflegt. Mit offizieller Unterstützung; schließlich ist zum Beispiel ein Verband wie die HIAG (Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) als „gemeinnützig" anerkannt.

Am letzten Wochenende hielt in Bad Hersfeld der Kameradschaftsverband der Soldaten des 1. Panzercorps der ehemaligen Waffen-SS sein 15. Treffen ab. Diesmal gab sich der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Otto Weber dazu her, mit seiner Anwesenheit und einer Rede das Nazi-Treffen aufzuwerten, sinnvollerweise umgeben von passenden Raumschmuck: An den Wänden der Stadthalle hingen Wappenschilde der berüchtigten SS-Division „Hitler-Jugend", der „Leibstandarte Adolf Hitler" und anderes. Für die SS-Leute sprach ihm der ehemalige SS-Sturmbannführer Albert Stennweder aus Hamburg seinen Dank aus, daß er „den Mut hatte, vor uns zu sprechen". Leider gehört heutzutage ja nicht viel Mut dazu, nur Unverfrorenheit und Menschenverachtung. Auch Hersfelds Bürgermeister Boehmer zeigte sich erfreut.

Vor der Stadthalle allerdings protestierten etwa 1000 antifaschistische Bürger gegen das Treffen. Ihre Meinung dazu, die so ganz im Gegensatz zu der der Politiker aller Regierungsparteien steht, taten sie auf Transparenten und in Sprechchören kund: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!" Und: „Nazis raus aus unserer Stadt!"

Kündigung zurückgezogen

HAMBURG. — Horst Brey, Zimmermann, RGO-Mitglied und Ersatzbetriebsrat auf HDW/Hamburg, wird nicht entlassen. Nach seiner Verhaftung durch die Behörden der DDR wegen angeblichen Verstoßes gegen das Transitabkommen (der RM berichtete) hatten die Kapitalisten versucht, die Gunst der Stunde zu nutzen und den unbequemen Arbeiter zu entlassen. Bevor es in seiner Abwesenheit dazu kommen konnte, war Horst glücklicherweise wieder zurück — einen Tag, bevor der Betriebsrat seine Haltung zu dem Kündigungsantrag festzulegen hatten. Die Kündigung ist jetzt vom Tisch.

Wenn Kollegen aus der Türkei zum Kriegsdienst müssen:

Rechtsanspruch auf Sonderurlaub

NÜRNBERG. — Arbeiter aus der Türkei, die zum Kriegsdienst in ihrer Heimat gezogen werden sollen, können durch Bezahlung von 20000 Mark ihre Kriegsdienstzeit von 18 Monaten auf zwei Monate verkürzen. Trotz der gewaltigen Höhe dieser Summe bringen viele Kollegen sie auf, vor allem, um ihren Arbeitsplatz in der Bundesrepublik nicht zu verlieren.

Aber auch bei dieser kurzen Abwesenheit kommt es immer wieder zu Kündigungen durch westdeutsche Kapitalisten. Und in deren Folge zu Arbeitsgerichtsprozessen.

Hier fällte Anfang Juni das Landesarbeitsgericht in Nürnberg eine wichtige Entscheidung (Aktenzeichen: 3 Sa 73/81). Während vor kurzem das Landesarbeitsgericht Hamm entschied, daß ausländische Arbeiter aus Nicht-EG-Staaten auch bei verkürztem Kriegsdienst kein Anrecht auf Sonderurlaub hätten (Revision wurde zugelassen), sprach dieses Gericht den ausländischen Kollegen einen Rechtsanspruch auf Sonderurlaub in solchen Fällen zu. Es begründete bers". Revision wurde nicht zugelassen.

Deutsche Kollegen haben bekanntlich grundsätzlich Kündigungsschutz während der Ableistung des Kriegsdienstes.

Presse im Dienst des Militarismus

HANNOVER. — Bei der „Neuen Zeitungs-Verlags-GmbH" in Hannover, die die „Neue Hannoversche Presse" (NHP) herausgibt, gibt es Krach. Wegen Kritik an der Behandlung von Manuskripten innerhalb der Lokalredaktion, die Redakteur und Betriebsrat Michael Jürdens im Stadtmagazin „Schädelspalter" übte, wurde er fristlos entlassen und erhielt Hausverbot. Der Betriebsrat wurde nicht gehört, sondern lediglich informiert. Die IG Druck und Papier hat inzwischen in Vertretung der Interessen des gemaßregelten Klage auf Zurücknahme der Entlassung eingereicht.

Der Hintergrund dieser Geschichte war ein Bericht, den Jürdens zusammen mit einem Kollegen über die Demonstration gegen die Kriegselektronik-Messe IDEE geschrieben hatte. Darin wurden vor Abdruck verschiedene Passagen grundlegend verändert. Die gravierendste Änderung, so Jürdens, bezog sich auf das nicht erwiesene Werfen von Molotowcocktails durch Demonstranten. Im ursprünglichen Manuskript wurde der Ausspruch des Polizeisprechers wörtlich widergegeben: „... es können auch Stinkbomben oder andere Rauchkörper gewesen sein." Der bearbeitende Redakteur aber, offenbar den Gegnern der Kriegstechnik nicht wohlgesonnen, flocht ohne Begründung das Wörtchen „darunter" ein („... es können darunter auch Stinkbomben (...) gewesen sein"). Daraufhin bat der Autor am folgenden Tag, von der weiteren Berichterstattung entbunden zu werden. Im „Schädelspalter" machte er dann den Vorschlag, der Ressortleiter solle doch in Zukunft eine genaue Vorstellung formulieren und sich dann einen Schreiber dafür suchen. Sonst solle er hinterher die Finger vom Text lassen.

Das ist nun mehr als berechtigt. Vor allem hat der zustänige Mann seine Zeitung wahrheitswidrig zur Hetze gegen Antimilitaristen mißbraucht, bekanntlich im bundesdeutschen Pressewald kein Einzelfall.

Kapitalistische Justiz:

Profit geht über Gesundheit

WESTBERLIN. — Endgültig eingestellt wurde dieser Tage das Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Arzneimittelfirma Schering im Zusammenhang mit dem Hormonpräparat Duogynon. Es war angestrengt worden von einem Vertreter der Interessengemeinschaft Duogynon-geschädigter Kinder. Der Anlaß: Das Präparat, das bei Ausbleiben der Regelblutung und auch als Schwangerschaftstest eingesetzt wurde, führte bei noch ungeborenen Kindern zu Mißbildungen.

Einzige Reaktion der Firma, als immer mehr Hinweise auf die Wirkungen ihres Medikaments kamen und schließlich der Rechtsstreit begann: Man benannte das Präparat einfach um und ließ es unter dem Namen Cumorit auf dem Markt. Inzwischen, behauptet Schering, sei es *in der Bundesrepublik* nicht mehr im Handel, auch nicht unter wiederum anderem Namen.

Bereits im Jahre 1981 waren die Ermittlungen eingestellt worden, mit einer geradezu unvorstellbar zynischen Begründung: Falls tatsächlich das genannte Präparat für die Mißbildungen verantwortlich sei — das zog die Staatsanwaltschaft beim Westberliner Landgericht in Zweifel, obwohl dies durch lange Beobachtungen und statistische Darstellungen klar feststeht; einen gültigen Beweis, so die Behörde, könnten nur klinische Versuche an Menschen geben, die aber ja verboten seien —, dann sei dennoch der Vorwurf der Körperverletzung gegen die für die Verbreitung des Medikaments Verantwortlichen aus „rechtlichen" Gründen nicht haltbar. Denn schließlich seien die Mißbildungen bereits **vor** der Geburt verursacht worden, die entsprechenden Strafvorschriften schützten menschliches Lesen jedoch erst **nach** der Geburt ...

Dieser unmenschliche Gedankengang, der das spätestens seit den ersten bekannten Anhaltspunkten für die Schädlichkeit des Duogynon absolut verbrecherische Verhalten der Firmenchefs, denen ihr Profit über die Gesundheit ihrer Opfer geht, unbestraft läßt, wurde jetzt durch die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht ausdrücklich als gültig und rechtsverbindlich bestätigt. Weitere Rechtsmittel stehen dagegen nicht mehr zur Verfügung.

Damit sie nicht gegen Reagan demonstrieren:

Reiseverbot für türkische Antifaschisten

HAMBURG. — Die türkischen Patrioten und Antifaschisten, die sich in mehreren Städten der Bundesrepublik wegen der fortgesetzten Massaker in ihrer Heimat im Hungerstreik befinden, hatten in einem Flugblatt erklärt, auch an der Massendemonstration teilnehmen zu wollen, die in Bonn aus Anlaß des Besuchs Ronald Reagans stattfand. Nicht allen war dies möglich: Die Hamburger Ausländerbehörde verbot nach Angaben des Hungerstreikkomitees elf von ihnen, am 9. und 10. Juni die Stadt zu verlassen.

Entsprechende Bescheide erhielten die Betroffenen zum Teil erst am 9. Juni zugestellt. Zwei von ihnen legten Widerspruch ein, wodurch normalerweise eine aufschiebende Wirkung erzielt wird. Da jedoch einer der Antragsteller nach Auskunft der Polizei einmal an einer „gewalttätigen Demonstration" vor dem türkischen Generalkonsulat teilgenommen habe, sei, so das entscheidende Gericht, die Dringlichkeit gegeben, die eine aufschiebende Wirkung des Widerspruchs außer Kraft setze.

Nach den Bestimmungen des reaktionären Ausländergesetzes ist diese empörende Maßnahme völlig „legal", ist den ausländischen Arbeitern und Mitbürgern doch neben vielen anderen Grundrechten auch das auf Versammlungsfreiheit in unserem Lande verwehrt.

Ermittlungen wegen Oktoberfest-Anschlag eingestellt

Die Morde von München bleiben ungesühnt



Die Bomben der Nazis zerrissen am 26.9.1980 unschuldige Menschen. Soll sich das wiederholen? Die Bundesbehörden tun nichts dagegen!

KARLSRUHE. — Generalbundesanwalt Rebmann hat seine schon immer erkennbare Absicht wahrgemacht und die Ermittlungen wegen des Oktoberfest-Attentats vom September 1980 einstellen lassen.

Zu diesem Vorgang heißt es in einer typischen Agenturmeldung lapidar: „Die Ermittlungen nach möglichen Hintermännern des Attentats, bei dem 13 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden waren, sind 20 Monate lang ergebnislos geblieben. Die Bundesanwaltschaft ist daher der Auffassung, daß der bei dem Anschlag getötete Rechtsextremist Gundolf Köhler die Tat allein begangen hat."

So läuft das. Man tut so, als ob man ermittelt, geht aber in Wirklichkeit keinem einzigen Anhaltspunkt nach, der die Wahrheit ans Licht bringen könnte. Für Rebmann stand die „Alleintäterschaft" schließlich von Anfang an fest, und er scheute sich nicht, diese „Auffassung" auch sehr bald zu äußern. Nichts wurde beispielsweise getan, um die Rolle der Wehrsportgruppe Hoffmann, der Köhler angehörte, aufzuklären.

Wenn man diese sogenannten Ermittlungen über einen längeren Zeitraum ergebnislos hingezogen hat, tut man kund, daß man nichts gefunden habe — und **daher** müsse man die Ermittlungen nun eben ganz einstellen.

Das hat mit Wahrheitsfindung nichts zu tun. Und schon gar nichts mit dem Bemühen, dem organisierten faschistischen Treiben ein Ende zu setzen. Wir haben immer betont, daß ein Vorgehen wie das Rebmanns und seiner Behörde die militanten Neonazis ermutigt. Die Fortsetzung derartiger Umtriebe auch nach dem Oktoberfest-Attentat bestätigen dies. Es gibt auch Nazi-Terroristen, die gar kein Hehl daraus machen, daß das Oktoberfest-Attentat für sie vorbildlich war. Solches berichtet zum Beispiel der „Stern"-Redakteur Gerhard Kromschröder, der sich unerkannt in Neonazi-Organisationen umsah, wobei er Aktivisten aller möglicher, auch inzwischen verbotener, Organisationen antraf, etwa der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBD). Ein Mitglied des „Werwolfs" sagte gegenüber Kromschröder: „Wir schaffen das neue Reich, egal, was es kostet — auch nächstes Jahr ist wieder Oktoberfest."

Und schließlich sollte nicht vergessen sein, daß sich hier nicht allein blindwütige Terroristen ausleben, was ja an sich schon schlimm genug wäre. Das Oktoberfest-Attentat war Bestandteil eines politischen Spiels, das der „Rote Morgen" gleich nach dem Anschlag mit der Überschrift offenlegte: „Die Faschisten wollten Strauß an die Macht bomben". Schon vorbereitet war alles, dieses Blutbad irgendwelchen „linken" Gruppen in die Schuhe zu schieben, um den Boden zu bereiten für eine Verschärfung politischer Unterdrückungsmaßnahmen und vor allem, um noch rechtzeitig vor den Bundestagswahlen den Ruf nach dem „starken Mann" lauter werden zu lassen, als der sich dann Strauß angeboten hätte. Daß Köhler dann starb und nicht zu verheimlichen war, daß der neue starke Mann ein jahrelanger Förderer der Hoffmann-Truppe gewesen war, war eine Panne, die bestimmte Kreise sicher ungeheuer geärgert hat.

Es gilt, den Kampf gegen den Neofaschismus in jedem beliebigen Gewand, unter jedem beliebigen Organisationsnamen zu verstärken. Aus Rebmanns Mund hat der Staat seine Bereitschaft erklärt, auch die grausamsten Untaten nicht zum Anlaß wirksamer Schritte nehmen zu wollen.

Germersheim:

Der NPD-Parteitag soll verhindert werden

Am 26. und 27. Juni wollen die Faschisten der NPD in Germersheim bei Ludwigshafen ihren rheinland-pfälzischen Landesparteitag durchführen. Ein breites Aktionsbündnis antifaschistischer Kräfte, das unter anderem auch vom DGB und der KPD getragen wird, hat sich zum Ziel gesetzt, dies zu verhindern.

Protest gegen das Treffen hat sogar die Stadt selbst erhoben. Sie hat Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht, weil sie nach Auskunft eines Sprechers über den Zweck der Hallenanmietung getäuscht worden sei. Austragungsort des Faschistentreffens soll die Stadthalle sein. Eine Reaktion auf die Klage ist bisher nicht bekannt.

Für den DGB hat der Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach in einem Schreiben an die im Landtag vertretenen Parteien sowie die Landtags- und Bundestagsabgeordneten die Verhinderung des Parteitages gefordert. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

„Ich erwarte daher, daß die Vertreter der Parteien, die sich bei jeder Gelegenheit zu unserer Verfassung bekennen und dem Grundgesetz verpflichtet fühlen, sich öffentlich gegen diesen Parteitag der NPD auszusprechen und dafür zu sorgen, daß dieser Parteitag nicht stattfinden kann.

Ich meine, die Erfahrungen unserer Geschichte und das Ansehen unseres Volkes im Ausland verpflichten Sie als Parteienvertreter, Landtags- und Bundestagsabgeordnete dazu; genauso wie sich der DGB immer gegen den aufkommenden Neofaschismus in der Bundesrepublik gewehrt hat und dies auch weiterhin tun wird."

Daß Julius Lehlbach hier das volle Engagement des DGB verspricht, ist sehr zu begrüßen, sind hier doch im allgemeinen noch viele Mängel festzustellen. Wir von der KPD werden jedenfalls alles tun, um überall darauf hinzuwirken, daß dieses Versprechen eingelöst wird. Was den Appell an die Parteienvertreter angeht, ist dieser mehr als berechtigt; die angesprochenen Funktionäre werden einmal mehr zeigen können, wo sie wirklich stehen und wie ernst ihre dauernden Bekenntnisse für Demokratie wirklich gemeint sind. Bisher haben sie sich in übergroßer Mehrheit für diesen Appell noch nicht interessiert.

Und so ist es gut, daß die Antifaschisten in Germersheim und in Rheinland-Pfalz entschlossen sind, selber gemeinsam den Faschisten entgegenzutreten. Am 26. und 27. sind Demonstrationen angesetzt, Abmarsch ist jeweils um 11 Uhr auf dem Festplatz in Germersheim Am 26. treffen sich Antifaschisten bereits um 9 Uhr, um durch eine Absperrung der Halle möglichst vielen Faschisten den Zutritt zu verwehren. Alle Nazi-Gegner sind aufgerufen, sich an den Aktionen zu beteiligen.



Faschistische Propagandisten sind nahezu ungehindert aktiv

120 faschistische Gruppen in Niedersachsen

Freie Bahn für Neonazis

HANNOVER. — Die niedersächsische CDU-Landesregierung und speziell ihr Innenminister Egbert Möcklinghoff hatten schon immer eine ausgesprochen unbeschwerte Art bei der Beschäftigung mit dem Neofaschismus. Bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichtes 1981 legte besagter Minister erneut Zeugnis davon ab.

Sowohl Rechts- als auch Linksextremisten — die empörende Gleichsetzung von Faschisten und Antifaschisten verwundert schon nicht mehr und ist hier auch nicht unser Thema — versuchten, so heißt es in dem Bericht, verstärkt in Jugendbewegungen und alternativen Organisationen Fuß zu fassen. Ein Teil der in Niedersachsen festgestellten 120 neonazistischen Organisationen (darüber hinaus gebe es noch 60 Einzelpersonen) bereite sich auf die bevorstehende Entlassung des Terroristenführers Michael Kühnen (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) vor, der zur Zeit noch eine vierjährige Haftstrafe in Celle verbüßt, aber noch in diesem Sommer freigelassen werden soll. Seine Anhänger rechnen nach Möcklinghoffs eigenen Angaben mit einer verstärkten Aktivität, sobald Kühnen wieder unter ihnen ist.

120 faschistische Organisationen also kennt Möcklinghoff in Niedersachsen, und dazu noch weitere 60 Aktivisten. Und? Und nichts. Er kennt sie halt. Wie gut doch sein Verfassungsschutz arbeitet, daß er ihn mit ihnen bekanntgemacht hat. Da kann sich dann ja ein herzliches Verhältnis entwickeln ... Oder wie soll man das verstehen? Er weiß, daß sie nur auf die Rückkehr ihres kriminellen Führers warten, der die Fortsetzung seiner Tätigkeit im Geiste des Nationalsozialismus aus der Haft heraus öffentlich ankündigte, und er ermöglicht ihnen dieses Wiedertreffen!

So freiheitlich und tolerant ist dieser Staat.

Ein weiteres Zeugnis davon, daß antifaschistischer Widerstand scheitern muß, wenn er sich nur gegen die Neonazis und nicht gegen ihre Hintermänner, Dulder und Förderer richtet.

Neue Zeitung der KPD:

„Knurrhahn“ — Stadtzeitung für Kiel

Mit der Ausgabe Juni/Juli 1982 erschien vor ein paar Tagen in Kiel eine neue Stadtzeitung der KPD: Der „Knurrhahn“. Für die küstenfremden und fischereiunkundigen Leser des „Roten morgens“ sei hier die Erläuterung des Namens zitiert, die die Kieler Genossen selbst geben:

„Mancher Kieler Petrijünger hat beim Gang auf Aal sicher schon mal einen Knurrhahn am Haken gehabt. Diesen stacheligen, schwer genießbaren Seeteufel, der nur Ärger macht, den Haken nicht wieder freigibt und ein widerborstiges Knurren von sich gibt, wenn man versucht, ihn aus seinem Element zu ziehen. (...) Widerborstig, stachelig, ungenießbar für die Herrschenden, über jede Schweinerei laut knurrend — das will unsere Zeitung sein.“

Aber, so heben die Genossen hervor, sie soll nicht nur die zahlreichen Mißstände in Kiel aufdecken, sondern auch Hintergründe aufdecken, Ursachen analysieren, Verantwortliche benennen, Alternativen aufzeigen... Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus. Insofern hat der „Knurrhahn“ seine Existenzberechtigung, auch wenn es in Kiel bereits verschiedene Stadtzeitungen gibt:

„Der ‚Knurrhahn‘ braucht nicht zwischen verschiedenen Machtkonstellationen im Rathaus oder Landtag zu lavieren, er will auch nicht der ‚tote Briefkasten‘ der in Kiel recht zahlreichen Initiativen jeglicher politischer Schattierung sein oder das Sprachrohr der sogenannten linken Szene.

Die KPD vertritt nach wie vor die Ansicht, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und daher der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat die Grundlage und Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus ist.“

Wir wünschen den Kieler Genossen mit ihrer Zeitung viel Erfolg.

Daß die Kieler mit der zitierten richtigen Feststellung eine vernünftige und sicher notwendige Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Gruppen in verschiedenen Gebieten nicht ausschließen, zeigt sich schon in der Zeitung selbst. Es findet sich dort eine von mehreren Organisationen und Initiativen verfaßte Erklärung, die auch von der Kieler Ortsgruppe der KPD mitgetragen wird, und die wir aus aktuellem Anlaß hier veröffentlichen. Sie beschäftigt sich mit der „Kieler Woche“, die in diesem Jahr zum 100. Mal stattfand. Bei der Eröffnung wurde Bundespräsident und Alt-Nazi Carstens auch von lautstarken Pfiffen empfangen ...

Gegen die Kriegsschiffsschau! Nie wieder Krieg!

„100 Jahre Kieler Woche“ sind für uns Kieler Gruppen, Initiativen und Organisationen eine ungeheure Provokation, gegen die wir gemeinsam demonstrieren. Wie begann vor 100 Jahren die Kieler Woche?

Der Marine-Regatta-Verein veranstaltete für seine hochgestellten militärischen bzw. adeligen Mitglieder Regatten auf der Kieler Förde. Ab 1890 ist Kaiser Wilhelm bis 1914 jedes Jahr dabei. Mit ihm kommt sein Lieblingskind — die Kriegsflotte. Die deutsche, die russische, die britische. Man heuchelte Frieden und Verständigung — ganz wie heute — um dann nur kurze Zeit nach der Kieler Woche übereinander herzufallen. Die Nachricht vom Attentat von Sarajewo, dem Anlaß des Ersten Weltkrieges, erreichte Kaiser Wilhelm auf einer Regattabegleitfahrt. Der in dem Jahr zu Gast weilende britische Kreuzer war der erste, der wenig später auf eine deutsche Mine lief.

Für die Nazi-Faschisten war die Kieler Woche erst recht Anlaß zur Propaganda („Stärkung der Lebensgemeinschaft“), um das deutsche Volk und die Welt einzulullen und zugleich auf den Krieg vorzubereiten. Selbstverständlich gehörte die Flottenschau fest dazu!

In den ersten Kieler Wochen nach dem Zweiten Weltkrieg lautete dann tatsächlich einige Male das Motto „Kiel — Werkstatt des Friedens“. Doch kaum war die BRD in der NATO, stellten sich zur Kieler Woche auch die Kriegsschiffe wieder ein. Die USA zerbombten Vietnam, Chiles Pinochet wütete gegen das eigene Volk, der Krieg Großbritanniens gegen Argentinien um das Erdöl und die britische Kolonialistenehre — egal — in Kiel geben sich die Flotten ein Stelldichein „für Frieden und Völkerverständigung“, die Bundesmarine und die Stadt Kiel als Gastgeber. Die in Kiel stationierten Kriegsschiffe Lütjens, Mölders und Deutschland patrouillierten vor Puerto Rico, Haiti, Guantanamo Bay, im Indischen Ozean und im Mittelmeer. Diese Sorte Völkerverständigung ist die reine Heuchelei! Hier demonstrieren NATO wie Bundesmarine ihre militärische Stärke, werben heuchlerisch mit dem „Reiz“ ihrer technisch hochgerüsteten Schiffe um Jugendliche und ewig Gestrige. Dieselben, die hier Cruise missile und Pershing II stationieren wollen, die Westdeutschland zum Schlachtfeld ausbauen, gegen deren Wirken sich der Massenprotest in Bonn richtete. Wir protestieren gegen die psychologische Kriegsvorbereitung unter dem Deckmantel von Flottenshow und Volksfest!

Wir protestieren dagegen, daß die BRD auf diese Weise offen die gegen die Völker gerichteten Machenschaften Großbritanniens und der USA unterstützt! Wir fordern:

Kriegsschiffe raus aus Kiel!

Wir freuen uns über Sport, Spiel, Spaß und andere kulturelle Ereignisse. Aber Kultur verträgt sich nicht mit Flottenparade. Wir rufen alle, die die Dingen ebenfalls so sehen, auf, diese 100jährige Kieler Woche zum Anlaß für Proteste zu nehmen. Kommt alle zum Anpfiff der Kieler Woche am 19.6. um 19 Uhr! Unterstützt die Alternative Stadtrundfahrt! Nehmt teil, lernt Kiel von der antifaschistischen, der antimilitaristischen, der völkerfreundschaftlichen, der kämpferischen und der demokratischen Seite kennen!

Linke und alternative Segler, organisiert für die Kieler Woche eine Seglerdemo auf Schiffen vor dem Hindenburgufer!

Beteiligt euch am internationalen Friedenstreffen der KFI!

Nr. 1/82

Knurr-Hahn

Stadtzeitung der KPD für Kiel — Juni/Juli

Sterben für Amerika?

Gegen die Kriegschiffschau! Nie wieder Krieg!

---

15 Jahre **ROTER MORGEN**

Wir laden ein zum Pressefest:

11./12. September im Ruhrgebiet

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen“-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:

1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen“-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens“ aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen“ berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.
Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:
1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982

Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens“ geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**



HDW/Hamburg: Proteststreik gegen Arbeitsplatzvernichtung

Woher kommen die Stimmenverluste der SPD?

Sozialdemokratie in der Zange

Mit Schrecken sind in der Bonner SPD-Spitze die Ergebnisse der Hamburger Wahl aufgenommen worden, die Stimmenverluste von fast 9 Prozent brachten und die CDU nach Westberlin nun auch in der traditionellen SPD-Hochburg Hamburg zur stärksten Partei machten. Inzwischen liegen Statistiken vor, aus denen man ein relativ genaues Bild der Wählerbewegungen in Hamburg gewinnen kann.

Danach hat die SPD sowohl an CDU und Grün-Alternative Liste (GAL) wie auch an die „Partei der Nichtwähler“ in starkem Umfang Stimmen verloren. Obwohl die Wahlbeteiligung um einen Prozentpunkt höher als bei der letzten Bürgerschaftswahl vor vier Jahren war, machten die Nichtwähler doch immer noch 22,4 Prozent der Wahlberechtigten aus — ein beachtliches Potential also, das durchaus nicht gleichmäßig auf das ganze Stadtgebiet verteilt war.

Es ergeben sich hier vielmehr mehr — je nach der Sozialstruktur der einzelnen Wohngebiete — bemerkenswerte Differenzen. In Billbrook beispielsweise, einem „klassischen“ Arbeiterviertel, war die Wahlbeteiligung mit 56,3 Prozent extrem niedrig. Ähnliches gilt für andere „arme“ Regionen der Stadt, etwa das Sanierungsgebiet St. Pauli, wo die Wahlbeteiligung auch nur bei 57 Prozent lag. Auf der anderen Seite weisen die „reichen“ Regionen, also vor allem die Villenviertel, die höchsten Raten bei der Wahlbeteiligung auf — in Nienstedten etwa lag sie bei 94 Prozent.

Diese Zahlen machen ein grundlegendes Dilemma der SPD deutlich: Sie ist im Gegensatz zur CDU nicht in der Lage, ihre Stammwähler für die Wahl zu mobilisieren. Das ist nun keine Hamburger Besonderheit gewesen, sondern Teil eines Trends, der schon seit Jahren wirkt. Tatsache ist jedoch, daß sich dieser Trend immer mehr verstärkt, daß die SPD also zunehmend die Fähigkeit verliert, gerade die Arbeiterklasse, die den Kern ihrer Stammwählerschaft ausmacht, zum Gang an die Urne zu bewegen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Als Partei, die auf Bundesebene die Regierungsgeschäfte für das Monopolkapital führt, gerät die SPD in einen für die Werktätigen immer deutlicher werdenden Widerspruch zwischen ihrem „Regierungsauftrag“ und den Interessen ihrer Basis und Anhängerschaft. Die Vertiefung der kapitalistischen Krise in den letzten Jahren hat zudem den Spielraum für die sozialdemokratische Reformpolitik, also für Zugeständnisse an die Interessen ihrer Wähler, erheblich eingeschränkt. Damit aber werden Illusionen, die sich an den früheren Reformkurs geknüpft haben, (kontinuierlich wachsender Wohlstand, „mehr Demokratie“ usw.) zunehmend abgebaut. Ein großer Teil gerade der werktätigen Wählerschaft reagiert darauf — da er auch in den anderen Parteien keine Alternative zur SPD sieht — mit Wahlenthaltung.

Aber nicht nur beim Potential ihrer Stammwähler mußte die SPD auf diese Weise empfindliche Verluste hinnehmen. Sie geriet vielmehr in eine regelrechte Zange, nämlich dadurch, daß auch aus ihrem wichtigsten Reservoir, den Jungwählern — die früher einen stetigen Zuwachs bei Wahlen garantiert hatten — massenhaft Wähler abwanderten. Von dieser Entwicklung profitierte hauptsächlich die GAL. Im Bereich der Jungwähler waren die SPD-Verluste überdurchschnittlich groß; während die GAL dort eine Wählerschaft weit über ihren Durchschnitt hinaus gewinnen konnte. In der Gruppe der 18- bis 24jährigen etwa sehen die konkreten Ergebnisse so aus: 38,7 Prozent für die SPD, 29,8 Prozent für die CDU, 26 Prozent für die GAL und 3,3 Prozent für die FDP. Bei den Wählern zwischen 25 und 34 Jahren konnte die GAL noch 25 Prozent der Stimmen holen, während ihr Anteil bei den Älteren rapide absinkt und bei den über 60jährigen nur noch 1,1 Prozent beträgt.

Auch diese Entwicklung stellt keine Besonderheit der Hamburger Wahl dar. Erwartungsgemäß konnte die GAL vor allem das jugendliche Protestpotential für sich mobilisieren — so wie es grünen und alternativen Listen bereits in vorhergegangenen Wahlen gelungen war. Dem allgemeinen Trend entspricht es auch, daß die GAL dabei die Mehrheit ihrer Stimmen im Universitätsbereich und in solchen Vierteln holen konnte, die stark von der „Szene“ geprägt sind, während ihre Ergebnisse etwa in den hafennahen Arbeitervierteln unter ihrem Landesdurchschnitt blieben.

Neben den Wohnbereichen der „Szene“ hatte die GAL ihre Hochburgen noch in einigen Problemgebieten, beispielsweise in den Stadtvierteln Moorburg und Altenwerder, deren Existenz von der geplanten Hafenerweiterung bedroht ist. In Altenwerder erlebte die SPD ihr größtes Debakel — sie kam gerade auf 7,1 Prozent der Stimmen, die FDP landete bei 0,0 Prozent; in den Rest teilten sich CDU (54,8 Prozent) und GAL (38,1 Prozent). Nicht nur in den erwähnten Problemgebieten, sondern auch in den anderen Vierteln entlang der Elbe (deren Vergiftung ein Hauptwahlthema der GAL gewesen war) gewannen die Grün-Alternativen überdurchschnittlich, bemerkenswerterweise auch in Villenvororten wie Blankenese.

Insgesamt hat die SPD etwa 12000 Stimmen an die GAL verloren. Ungefähr 35000 Stimmen gegen — wie oben beschrieben — durch Wahlenthaltung verloren. Weitere 35000 Wähler aber wanderten von der SPD zur CDU ab, nach den Statistiken waren hier die mittleren Altersgruppen besonders stark vertreten. Was die soziale Zusammensetzung dieser Strömung angeht, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie einen hohen Anteil von Arbeitern aufweist. Dafür spricht die Tatsache, daß die Strauß-Partei gerade in den SPD-Hochburgen kräftig zugelegt hat. Genauere Angaben dazu hat bislang nur das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgelegt, einer Einrichtung der CDU also, was nicht gerade für wissenschaftliche Objektivität bürgt.

Nach Angaben dieses Instituts über „Parteipräferenzen der Arbeiter“ hatte die SPD noch 1977 mit 66 zu 14 Prozentpunkten einen satten Vorsprung vor der CDU, schon drei Jahre später hatte sich diese Differenz auf 49 zu 31 Prozent verkürzt. Unabhängig davon, ob diese Zahlen nun im einzelnen richtig sind, ob tatsächlich nahezu ein Drittel der Arbeiter jetzt CDU gewählt hat, spricht doch alles dafür, daß in Hamburg in einem höheren Maße als bei früheren Wahlen proletarische SPD-Wähler zur CDU abgewandert sind.

Die Triebkraft dieser Entwicklung ist unschwer zu erkennen: es ist die Sorge um die Zukunft, insbesondere die Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes. Das bestätigen auch Umfragen, nach denen über die beiden letzten Jahre hinweg kontinuierlich über 90 Prozent der Befragten in Hamburg als größtes Problem die Arbeitslosigkeit genannt haben. Und offenbar verspricht sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Arbeiter ausgerechnet von der Strauß-Partei wenn nicht eine Lösung dieses Problems, so doch eine positive Einwirkung auf die Krisenfaktoren.

Darin drücken sich sicher zum einen die in unserem Land immer noch starken parlamentarischen Illusionen aus, nach denen man sich beim offenkundigen Scheitern der einen bürgerlichen Partei eine Besserung der Lebensbedingungen vom Regierungsantritt der anderen Partei erhofft. Man sollte jedoch nicht übersehen, daß hier auch die spezielle Demagogie der Strauß-Leute wirksam geworden ist, also beispielsweise deren Behauptung, durch „Beschneiden des sozialen Wildwuchses“ (sprich: drastischen Sozialabbau) ließe sich kontinuierliches Wachstum, damit Abbau der Arbeitslosigkeit usw. garantieren.

Die CDU hat ihre Hamburger Erfolge bereits in bezeichnender Weise ausgenutzt. Norbert Blüm, Vertreter ihres sogenannten Arbeitnehmerflügels, tönte nach der Wahl: „Die Massenflucht der Arbeiter vor der SPD ist in vollem Gange. Keine Wahl hat das so deutlich gemacht wie die in Hamburg ... Das muß vor allem dem DGB zu denken geben.“ Hier wird also das Wahlergebnis benutzt, um unverhohlen Druck auf den DGB auszuüben, der sich wie Strauß („Wir sind die stärkste Arbeiterpartei“) es ja schon lange fordert, aus der Abhängigkeit von der SPD lösen und sich der CDU und deren ultrareaktionären politischen Konzepten annähern soll.

Insgesamt stellt der Übergang von Arbeiterwählern zur CDU die Arbeiterbewegung vor nicht geringe Probleme. Es zeigt sich die Notwendigkeit, noch stärker gegen die Offensive der Strauß-Leute, hinter denen die reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals stehen, Front zu machen und dabei auch wirksam die Demagogie dieser Leute zu entlarven. Zum anderen muß durch die Entfaltung von Massenaktionen das Bewußtsein der Arbeiterklasse gestärkt werden, daß der kapitalistischen Krisenpolitik nicht durch einen Regierungswechsel in Bonn oder sonstwo, sondern nur durch den Klassenkampf begegnet werden kann.

Beides ist auf dem Boden der Sozialpartnerschaft natürlich nicht möglich. Von daher ergibt sich aus den Hamburger Wahlen (und den darin zum Ausdruck gekommenen allgemeinen Tendenzen) gerade für die oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften die Verpflichtung, ihre Anstrengungen in dem hier angedeuteten Sinne zu verstärken.

Hamburg nach der Wahl

Neuwählen bis die Mehrheit paßt?

Der von den bürgerlichen Medien nach der großen Anti-Reagan-Demonstration am häufigsten zitierte Satz war der des Kundgebungssprechers Jo Leinen, nach dem die Friedensbewegung — wenn man sie in Bonn nicht endlich ernst nähme — das ganze Land unregierbar machen würde wie Hamburg.

Ist Hamburg mit dem Patt zwischen SPD und CDU, der Niederlage des traditionellen Mehrheitsbeschaffers FDP und dem Erfolg der GAL tatsächlich unregierbar geworden? Vor starken Worten, wenn sie nicht durch Tatsachen gedeckt sind, sollte man sich hüten, nicht zuletzt deshalb, weil sie dann zwangsläufig mit Illusionen verbunden sind, die sich gefährlich auswirken können. Denn so einfach ist es ja nun wirklich nicht, dieses Land tatsächlich unregierbar zu machen. Es gehört schon mehr dazu als ein Triumph der Grünen oder Alternativen über die FDP. Und der bloße Einzug der „Bewegung“ in die Parlamente wird die Herrschenden nicht dazu zwingen, den NATO-Beschluß aufzukündigen oder das „soziale Netz“ unbeschädigt zu lassen.

Und man kann ja auch dem SPD-Organ „Vorwärts“ nicht ernsthaft widersprechen, wenn es zur Beruhigung seiner Leser die Rechnung aufmacht, daß in Hamburg immerhin 90 Prozent der Wähler für die „etablierten Parteien“ gestimmt hätten. Dennoch ist in der Hansestadt durch die Wahlen eine bislang in der BRD einmalige Situation entstanden, eine Lage zudem, die sowohl CDU wie auch SPD erheblich in die Klemme bringt. Denn Kiep oder Dohnanyi müssen sich nun ohne die ausgeschiedene FDP eine Mehrheit für eine mögliche Regierung in der Bürgerschaft, dem Hamburger Landesparlament, suchen. Die Sitze dort sind wie folgt verteilt: CDU 56, SPD 55, GAL 9.

Eine große Koalition ist von der SPD ebenso abgelehnt worden wie von der CDU. Aus guten Gründen: Die CDU sieht sich bundesweit eh auf der Siegerstraße und kurz vor dem Machtantritt in Bonn; die SPD würde sich mit einer solchen Koalition ihr bei der Anhängerschaft verbliebenes Ansehen vollends ramponieren, und sicher wäre der offene Pakt zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien auch dazu angetan, die viel beklagte „Staatsverdrossenheit“ noch weiter zu fördern.

Es bleiben also — neben einer „heimlichen Koalition“ (der stillschweigenden Duldung eines Kiep-Senats durch die SPD oder umgekehrt) — nur zwei Möglichkeiten: Neuwahlen oder eine Übereinkunft der SPD mit der GAL. Der rechte Flügel der Hamburger Sozialdemokratie hat sich in bezug auf diese beiden Möglichkeiten schon unmittelbar nach der Wahl festgelegt. Innensenator Pawelczik stellt sich das so vor: Es müsse nun eben so lange neugewählt werden, „bis die Mehrheit paßt“. So bekunden diese Leute also ihre Achtung vor dem Wählerwillen, den sie sonst immer so gerne im Munde führen. Man möchte den Pawelczyks — frei nach Brecht — vorschlagen, sie mögen doch gleich das Volk auflösen und sich ein neues wählen.

Auf den Trip mit der Neuwahl ist ebenfalls gleich nach der Wahl der sogenannte Arbeitnehmerflügel der SPD gegangen — bei dieser Fraktion handelt es sich im wesentlichen um die in Hamburg besonders stark mit dem Kapital verfilzten Elemente der Arbeiteraristokratie. DGB-Landeschef Saalfeld hat denn den Ruf nach Neuwahlen auch gleich zur offiziellen Gewerkschaftsforderung erhoben. Es liegt dabei auf der Hand, daß sich diese Kräfte deshalb so rasch auf eine „Lösung“ der durch den Wahlausgang für die bürgerlichen Parteien entstandenen Probleme festgelegt haben, um einen Trend der SPD zur anderen Möglichkeit hin — Absprachen mit der GAL — schon im Keim zu ersticken.



Abgeordnete der GAL

Mit dem Neuwahlmanöver soll vor allem eines bezweckt werden: die GAL im Parlament auszuschalten und die FDP erneut in die Bürgerschaft hineinzuhieven, wobei dieses Manöver dann durchaus in einer CDU/FDP-Koalition enden könnte.

Unsere Partei hat die GAL-Kandidatur nicht unterstützt und sich mit eigenen Kandidaten an der Wahl beteiligt (zu den Gründen dafür haben wir im RM 19/82 ausführlich Stellung genommen. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir dem hier angesprochenen Manöver der SPD-Rechten gleichgültig gegenüberstehen. Niemandem kann es egal sein, ob nun auf kaltem Wege die FDP als Koalitionspartner wieder in die Bürgerschaft und gar Kiep ins Rathaus gebracht wird oder ob ein von der Unterstützung der GAL abhängiger SPD-Senat die Regierungsgeschäfte führt.

Wobei sicher nicht nur wir von der GAL erwarten würden, daß sie sich nicht von den Integrationskünstlern auf dem linken SPD-Flügel einfangen läßt, sondern vielmehr konsequent die Forderungen und Kämpfe der Werktätigen unterstützt, vor allem in Verbindung mit den oppositionellen Kräften im DGB den Kampf gegen die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Möglichkeit der Bildung eines von der GAL tolerierten SPD-Minderheitssenats allerdings scheint wenig realistisch zu sein. Der SPD-Landesparteitag letzte Woche jedenfalls sprach sich nur allgemein für Gespräche mit allen anderen Fraktionen aus. Bei deren Scheitern sollen dann Neuwahlen angesetzt werden.

Vernichtungskrieg gegen die PLO

EG-Unterstützung für Israel

Als die israelische Luftwaffe mit der Bombardierung Beiruts begann und starke israelische Panzerverbände die Grenze zum Libanon überrollten, um ihr blutiges Werk der Vernichtung eines ganzen Volkes in Gang zu setzen, gaben sich die Herren in Washington, Bonn, London und Paris „überrascht" und „besorgt". Diese Heuchler! „Sie alle wußten, daß es geschehen würde", schreibt die US-Zeitschrift „Time". „Die einzige Frage war, wann."

Seit Dezember letzten Jahres, als Israel den Golan annektierte, lagen die Pläne zur Invasion des Libanons fertig ausgearbeitet in den Schubladen. Seit Monaten ließen die Zionisten ihre Truppen an der libanesischen Grenze aufmarschieren. Von all dem wollen die US- und die westeuropäischen Imperialisten, die den israelischen Siedlerstaat finenzieren und bis an die Zähne bewaffnet haben, nichts gewußt haben?

Unmittelbar vor dem Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk und seine Befreiungsorganisation PLO besuchte der westdeutsche Außenminister Genscher seinen israelischen Kollegen Shamir. Was er im einzelnen mit ihm besprach, wird sorgsam geheimgehalten. Daß Genscher jedoch für die BRD und für die EG den israelischen Invasionsplänen grünes Licht gab, klingt selbst noch in der offiziellen Bankett-Rede durch: „So wie die Existenz Israels sicherer wurde durch den Frieden mit Ägypten (...),so bedarf die umfassende Sicherheit Israels des umfassenden Friedens, der alle seine Nachbarvölker einbezieht. Und dabei darf das palästinensische Volk nicht fehlen." Und während Genscher noch sein Glas auf die „deutsch-israelische Freundschaft" und das „Wohl von Außenminister Shamir" erhob, kündigte dieser im Rundfunk an, welch „umfassenden Frieden" die Zionisten anvisierten: „Es gibt nur eine Lösung des Nahost-Problems, die PLO völlig zu zerstören."

1980 noch hatte die EG, und innerhalb der EG auch die BRD, wenigstens in Worten für das „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" Stellung genommen. Nicht, daß sie jemals beabsichtigte, die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihren Kampf für ein freies und unabhängiges Palästina zu unterstützen. Im Gegenteil hat sie nach ihren Kräften auf eine Lage hingearbeitet, in der Israel den Krieg zur Vernichtung der PLO überhaupt erst beginnen konnte. Sie hat den Camp-David-„Frieden" unterstützt, mit dem Ägypten aus der arabischen Front gegen den israelischen Siedlerstaat herausgebrochen wurde: Heute sichern auf Sinai u. a. Truppen aus vier EG-Ländern diesen „Frieden", der Israel freie Hand gegen Syrien, Libanon und die dort operierende PLO gab. Sie hat, trotz eines lauten Protestes, die Annexion des syrischen Golan unterstützt, die Israel fast postwendend durchführte. Auch ihre schweigende Zustimmung zur blutigen Unterdrückung des palästinensischen Widerstandes im besetzten Westjordanland im März dieses Jahres mußte Israel in seinen Kriegsplänen bestärken. Wenn die EG zeitweilig dennoch vom „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes" redete, dann einzig zu dem Zweck, ihre Öl- und sonstigen Geschäftsinteressen in den arabischen Ländern zu wahren und auszubauen.



Israelische Truppen vor Beirut

Jetzt reden die westeuropäischen Imperialisten nicht einmal mehr vom „Selbstbestimmungsrecht". Genscher ist in Israel offiziell davon abgerückt, und auch in der Erklärung der EG-Außenminister, in der sie scheinheilig die israelische Invasion verurteilen, findet sich kein Wort davon. Mit der Verweigerung von Sanktionen gegen Israel, die v. a. Griechenland beantragt hatte, ermutigten sie den Siedlerstaat direkt, seinen Vernichtungsfeldzug bis zum grausamen Ende fortzuführen. Die 140 Millionen Mark, die allein die BRD in diesem Jahr als „Hilfe" an Israel zahlt, fließen ungestört weiter.

Zwei Ziele verfolgt Israel mit der Zerschlagung der PLO und ihrer zivilen und militärischen Stützpunkte im Libanon. Erstens, die Annexion des Golan „endgültig" durchzusetzen und zugleich die Annexion des Westjordanlandes vorzubereiten. Beides muß erst gegen den Widerstand der palästinensischen Arbeiter und Bauern durchgesetzt werden, der durch die PLO organisiert wird. Zweitens, einen Teil des Libanons einzuverleiben und den „Rest"-Libanon zu befrieden. In älteren israelischen Karten findet sich der Litani-Fluß im Süden des Libanons als israelische Grenze eingezeichnet. Mit der Invasion soll der alte zionistische Traum von „Groß-Israel" einen weiteren Schritt in die Tat umgesetzt werden.

Dieser Traum ist jedoch nur durch die direkte, auch militärische Beteiligung der US- und westeuropäischen Imperialisten zu verwirklichen. Keinen Tag könnte Israel ohne die finanzielle Hilfe und die Waffenlieferungen der Imperialisten seinen Vernichtungskrieg durchhalten, geschweige denn den „Frieden", den es durchsetzen will. Folglich sehen die in Absprache mit den USA und der EG ausgearbeiteten Libanon-Pläne die Stationierung einer „internationalen Streitmacht" im verbleibenden, von allen Palästinensern „freien" Libanon vor. Daß auch die EG lebhaftes Interesse an einer Beteiligung hat, steht außer Frage. Sie wittert die Chance, nicht nur mit Hilfe des imperialistischen Brückenkopfes Israel, sondern direkt durch europäische Truppen im Nahen Osten ihre Interessen zu sichern. Wehe dem, der diesen Interessen im Wege steht: Vor keinem Völkermord schrecken die Imperialisten zurück.

65 Jahre nach dem zionistischen Groß-Israel-Plan

Begin betreibt die „Endlösung des Palästinenser-Problems"

Wie selbstverständlich spricht die imperialistische Propaganda vom „Palästinenser-Problem". Ganz so, als wäre nicht der israelische Siedlerstaat, der auf der Vertreibung und kolonialen Unterdrückung des palästinensischen Volkes beruht, sondern das palästinensische Volk, das um sein Recht auf Selbstbestimmung kämpft, das „Problem". Zu Recht haben die arabischen Staaten in der vergangenen Woche die Unterstützung der europäischen imperialistischen Mächte für Begins „Endlösung" angegriffen und an ihre historische Verantwortung für den Völkermord erinnert.

1916, als sich das osmanische Reich im Zusammenbruch befand, einigten sich Großbritannien und Frankreich im Sykes-Picot-Abkommen über die Aufteilung des Nahen Ostens. Frankreich übernahm die Kolonialherrschaft über Syrien, das auch den heutigen Libanon umfaßte. Großbritannien setzte sich als Kolonial- bzw. Mandatsmacht in Mesopotamien (dem heutigen Irak), Transjordanien und Palästina fest. Schon ein Jahr später, 1917, versprach der britische Außenminister Balfour der in Europa erstarkenden und von den Imperialisten geförderten zionistischen Bewegung die Erfüllung ihres Zieles: eine „nationale Heimstätte der Juden" in Palästina.

Bis dahin hatten rund 85000 Juden in Palästina gelebt. Nun aber strömten, angelockt durch die zionistischen Versprechungen auf ein Groß-Israel, innerhalb weniger Jahre 280000 jüdische Siedler ins Land. Anders als die verkommenen Feudalklassen, die mit der britischen Kolonialmacht kolaborierten und den zionistischen Organisationen bereitwillig palästinensisches Land verkauften, begannen die Arbeiter und Bauern Palästinas, den Widerstand zu organisieren. 1936 erhoben sie sich zu einem langdauernden Generalstreik, der 1937 in einen bewaffneten Aufstand überging. Sie kämpften erbittert und konnten erst 1939 durch die Übermacht der Feinde geschlagen werden.

Die Imperialisten verloren wenig Zeit. Aufgeschreckt durch die starken antiimperialistischen Bewegungen der unterdrückten Völker, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Ende ihrer Kolonialherrschaft ankündigten, beschlossen sie, mit der Gründung eines zionistischen Staates ihre Kontrolle über die Reichtümer des Nahen Ostens zu sichern. 1947 beschloß die UNO, die damals gänzlich durch die USA beherrscht wurde, die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat (Israel bzw. Jordanien einschließlich des früheren Transjordaniens).

Mit fast unvorstellbarem Terror nahmen die zionistischen Organisationen, in denen damals auch Begin sein blutiges Handwerk lernte, die systematische Vertreibung und Enteignung der palästinensischen Massen in Angriff. Am 22.4.1948, kurz vor der Gründung Israels, überfielen sie z. B. das palästinensische Dorf Nassriddin und machten seine gesamte Bevölkerung ohne jede Ausnahme nieder. Binnen weniger Wochen verließen rund 300000 Palästinenser vor dem zionistischen Schreckensregime ihr Land, weitere 150000 flohen während des israelisch-arabischen Krieges 1948/49 und noch einmal 175000 nach dem Abzug der geschlagenen arabischen Truppen. Auch in den folgenden Jahren setzte der neugegründete Siedlerstaat, der durch jüdische Einwanderer aus aller Welt das Menschenmaterial für die „Besiedlung" Palästinas erhielt, die Enteignung und Vertreibung der Palästinenser fort.



Beirut nach den israelischen Bombenangriffen

Noch aber hatten die Zionisten ihr Ziel, die Errichtung von Groß-Israel, das auch Jordanien und Teile Syriens und des Libanons umfassen sollte, nicht erreicht. Nach ihrem Aggressionskrieg 1967 besetzten sie Sinai, den Gaza-Streifen, den Golan und Westjordanland. Wiederum vertrieben sie 459000. 249000 davon zum zweiten Mal, und wiederum befestigten sie mit militärisch organisierten Wehrsiedlungen das neueroberte Territorium.

Das palästinensische Volk aber hatte aus seinen Niederlagen gegen Israel und auch aus der Bevormundung durch die herrschenden Klassen in den arabischen Ländern die Lehren gezogen. Schon 1965 hatte Al Fatah erste bewaffnete Aktionen gegen den Siedlerstaat durchgeführt. 1968 konnten bewaffnete Kämpfer der PLO in der Schlacht von Karameh einer großen Übermacht israelischer Truppen eine schwere Niederlage zufügen. Mit diesem Sieg über einen Feind, der bis dahin unschlagbar schien, nahm der bewaffnete Befreiungskampf des palästinensischen Volkes großen Aufschwung.

Durch gezielte „Vergeltungsschläge" gegen die arabischen Länder, von denen aus die PLO zu operieren gezwungen war, damals vor allem Jordanien, versuchten die Zionisten, den Widerstand zu brechen. König Hussein von Jordanien gab im September 1970 dem militärischen Druck Israels und dem finanziellen Druck der Imperialisten nach und zwang, nachdem seine Truppen vornehmlich in den palästinensischen Flüchtlingslagern ein Blutbad angerichtet hatten, die in der PLO zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen, ihr Operationsgebiet in den Libanon zu verlegen.

Die libanesische Bourgeoisie und Großgrundbesitzer, französich erzogen und von den USA ausgehalten, sympathisierten von jeher mit dem israelischen Kolonialstaat. 1958 hatten sie in einem blutigen Bürgerkrieg und mit Hilfe von 15000 gelandeten US-Marineinfanteristen die pan-arabische, antiimperialistische Bewegung der (vornehmlich moslemischen) Arbeiter und Bauern erstickt. 1975 entfesselten ihre Phalangisten- und Milizbanden erneut den Bürgerkrieg, um die PLO und die fortschrittlichen Organisationen der libanesischen Massen zu zerschlagen. Obwohl die Truppen der libanesischen Reaktion von Israel ausgerüstet waren und unter dem Schutz von US-Kriegsschiffen vor der Küste Libanons vorgingen, schlug ver Versuch fehl. Nach der Stationierung syrischer Truppen in Libanon konnte die PLO ihre militärische Kraft ausbauen. 1978 startete Israel die erste Invasion des Libanon. Seine Truppen trafen auf unerwartet heftigen Widerstand und konnten ihr Ziel, die dauerhafte Besetzung Süd-Libanons, nicht erreichen. Auch den UNO-Truppen, die die israelischen Invasionstruppen ablösten, gelang es nicht, bewaffnete Aktionen der PLO vom Süden des Libanons aus zu unterbinden.

Nicht die bewaffneten Aktionen der PLO lösten, wie es die zionistische Propagandamaschinerie verbreitet, die zweite israelische Libanon-Invasion aus. Selbst bürgerliche Zeitungen müssen zugeben, daß die PLO den im letzten Jahr geschlossenen Waffenstillstand eingehalten hat. Der Aufstand der palästinensischen Massen im besetzten Westjordanland im März 1982 hat den Siedlerstaat Israel stark getroffen, auch wenn er diesmal noch unterdrückt werden konnte. Mit dem Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen in den libanesischen Lagern, mit der Vernichtung der PLO will Israel dem Widerstand das Rückgrat brechen. Doch ist dieser Versuch, selbst wenn es gelingt, die PLO im Libanon militärisch zu schlagen, zum Scheitern verurteilt: Tagtäglich erwächst aus der Unterdrückung der palästinensischen Arbeiter und Bauern in Israel und den besetzten Gebieten der Widerstand gegen den Siedlerstaat.

Der Libanon soll ein israelischer Pufferstaat werden

Die Endlösung der Palästinenserfrage?

Daß die Vernichtung der PLO zentrales Kriegsziel des israelischen Überfalls auf den Libanon ist, das ist inzwischen von der Begin-Regierung öffentlich gesagt worden. Damit wurden all jene Erklärungen und Rechtfertigungen, die noch zu Beginn des Feldzugs beschworen wurden, in den Papierkorb geworfen. „Es gibt kein palästinensisches Volk" — diese israelische Propagandalüge, seit Jahren Ausgangspunkt der rassistischen zionistischen Politik, soll nun selbst wahr gemacht werden.

Denn nichts anderes würde es bedeuten, wenn Israel tatsächlich die PLO vernichten wollte. Nach einer illegalen Befragung, die das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" im besetzten Westjordanland organisierte, bekannten sich rund 98 Prozent der Palästinenser zur PLO. Die PLO zerstören hieße also, das palästinensische Volk auszuradieren, eine Parallele zur Nazi-Endlösung der Judenfrage.

Ein ganzes Volk auszurotten, dies wird Begins Heerscharen gewiß nicht gelingen. Aber die Organisation der PLO hart treffen, das kann dieser Überfall, denn deren Zentren befinden sich im Süden Libanons.

Das Ziel ist nicht neu, aber noch nie waren die Bedingungen für die israelischen Rassisten so gut wie heute.

Das Abkommen von Camp David mit Ägypten ist vollzogen, Israels Strategen haben an dieser Flanke Ruhe. Die Unruhen im Westjordanland wurden blutig unterdrückt, die Golanhöhen, als Sicherung eines solchen Aufmarsches annektiert. Die Unterstützung der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei ist sicher. Das Vorgehen war, wie israelische Zeitungen selbst schreiben, mit den USA abgesprochen, der Europäischen Gemeinschaft bekannt und von dieser gebilligt. Zusammen mit der neuen amerikanischen Wirtschaftshilfe und neuen US-Waffenlieferungen gab das eine sehr starke eigene Position.

Auf der anderen Seite ist das arabische Lager so zerstritten wie noch nie. Es ist ja nicht nur Ägypten, das auf der Seite der Allianz USA-Israel steht. Und auch nicht nur die reiche und mächtige Saud-Familie, die das von ihnen beherrschte Land — vor allem seit der iranischen Revolution — zu einem offenen Stützpunkt der USA machten. Was es schon vorher, verkappt allerdings, gewesen war.

Es ist nach wie vor auch Jordanien, dessen König schon einmal aktiv an der blutigen Unterdrückung der Palästinenser beteiligt war und der, der amerikanischen Presse zufolge, seit langen Jahren direkt auf den Lohnlisten des US-Geheimdiensts CIA steht. Alle diese Staaten und die politisch und militärisch von ihnen abhängigen Feudalen auf der arabischen Halbinsel haben es dieses Mal vermieden, auch nur in Worten mit Palästina solidarisch zu sein. Früher taten sie dies, um die eigene Bevölkerung und die dorthin geflüchteten Palästinenser zu beruhigen. Heute ist der amerikanische Druck und die eigene Angst vor Umsturz größer als der Zwang zur folgenlosen Verbeugung vor Palästina es zu sein scheint.

Schließlich kommt die Destabilisierung im Lager einiger arabischer Staaten durch die Kriegsniederlage des irakischen Hussein-Regimes hinzu, deren Folgen von den Königen und Scheichs gefürchtet werden, die Husseins Überfall auf den Iran ja bezahlt haben.

Destabilisierung aber auch in Syrien, das seine eigenen Machtansprüche auf libanesisches Gebiet nicht mehr länger aufrecht erhalten kann. Politische Annäherung an die Staaten der EG und auch an die USA bis hin nach Algerien kennzeichnen diese arabische Entwicklung.



Jüdischer Protest vor der israelischen Botschaft in Bonn

Es gibt also keine echte Unterstützung für die Palästinenser. Sie stehen auf der anderen Seite der Front so alleine wie noch nie. Der „natürliche Verbündete" aus der UdSSR gab nach dem Sturm auf Beirut einige Erklärungen heraus, mehr nicht.

Die sogenannten Freunde der Palästinenser haben sich in dieser Lage selbst entlarvt. Die UdSSR, die nichts unternahm, um irgendjemandem auf irgendeine Art zu helfen. Sondern nur ihre unnützen Kriegsschiffe als Machtdemonstration herumdampfen ließ und eine Konferenz über Nahost forderte — an der sie natürlich selbst beteiligt werden will. Syrien, das dem Blutbad zuschaute, dessen Armee Verluste in Randgefechten erlitt, und das daraufhin die großen Töne aus Damaskus einstellte.

Dafür ist die — faktische — Unterstützung für Israel um so größer — das Geld strömt und unter der Losung „Waffenstillstand" soll jetzt ein Libanon geschaffen werden, der zum Pufferstaat für israelische Machtinteressen wird. Nicht nur, daß die Zionisten seit langem auch Gebietsansprüche an den Libanon haben, die sie niemals aufgaben. Es geht ihnen um ein sicheres Vorfeld, wie auf der anderen Seite das in einen Pakt eingebundene, von den USA gegängelte Ägypten, dessen toter Sadat heute noch in Washington und Bonn betrauert wird. Und dazu war der bisherige kleine Streifen im Süden unter Kommando des von Israel bezahlten Major Haddad zu klein, zumal sogar die eigenen Ansprüche viel weiter, bis zum Litanei-Fluß mindestens, gehen. Der Rest-Libanon soll dann — nach Begins Plan — von den hierzulande „christlich" genannten faschistischen Milizen der Gemayel-Bande beherrscht werden. Dann soll auch der Vernichtungsfeldzug gegen die Palästinenser zu Ende geführt werden, während man im Westjordanland die Palästinenser und auf den Golanhöhen die Drusen durch eine strenge rassistische Politik allmählich assimilieren will — wer sich wehrt, wird dann halt ausgemerzt.

Das ist der große Plan der Zionisten zur Endlösung der Palästinenserfrage. Denn es ist klar: Solange es weltweit bekannt eine ungelöste Palästina-Frage gibt, solange wird ihr eigenes Ziel, sich als regionale Vormacht am östlichen Mittelmeer und vielleicht gar bis hin zum Golf nicht verwirklichen lassen. Das „Großisrael" als beherrschende Macht in Nahost ist von jeher das Ziel Begins und seiner rücksichtslosen zionistischen Rassisten.

Im Metris-Gefängnis in Istanbul

Türkei: politische Gefangene im Hungerstreik

Über 2300 politische Gefangene im Istanbuler Metris Gefängnis sind nach Angaben der britischen BBC Mitte Mai in den Hungerstreik getreten. Das ist nach dem Herbst letzten Jahres, als sich knapp zweitausend schon einmal an einem — teilweise erfolgreichen — Hungerstreik beteiligt hatten, bereits die zweite Aktion dieser Art in diesem Gefängnis.

Die Aktion der Gefangenen wird begleitet von einer relativ starken Solidaritätsbewegung ihrer Familien und Bekannten, die öffentliche Aktionen organisierten und einen Brief an den Staatspräsidenten abfaßten.

Die Forderungen der Gefangenen gehen alle in eine Richtung: menschliche Behandlung. Gegen die Foltermethoden, die nach wie vor Alltag in Gefängnissen der Türkei sind. Für die Möglichkeit, von Verwandten und auch Anwälten Besuch zu bekommen, was seit fast einem halben Jahr nicht mehr geschah. Für die Möglichkeit, Bücher beziehen zu können, um nicht nur stets die Propagandaschriften der Militärjunta als Lektüre zu haben. Für ärztliche Behandlung der Kranken und Folteropfer. Für die Verbesserung der Verteidigungsmöglichkeiten vor den Militärgerichten.

Alles Forderungen, die das Allermindeste sind, was einem Gefangenen, wenn er schon ungerechterweise wegen politischer Überzeugungen eingesperrt wird, zugebilligt werden kann, was aber die türkischen NATO-Generale nicht tun. Ihnen geht es nach wie vor darum, jegliche Opposition zu unterdrücken und auch einzuschüchtern.

Bezeichnenderweise hat die Evren-Junta — wenn auch unfreiwillig — das Bestehen katastrophaler Zustände in den Gefängnissen selbst eingestanden. In der zensierten Juntapresse erschienen verschiedene Artikel, in denen betont wurde, daß die bestehenden Kapazitäten der Gefängnisse einfach nicht ausreichten, um eine „normale" Behandlung zu gewährleisten. Mit anderen Worten: die Gefängnisse quellen über, voll von politischen Gefangenen, von denen die Mehrzahl nichts anderes getan hat, als eine andere polistische Meinung zu haben oder Aktivist einer Gewerkschaft oder eines Streiks gewesen zu sein.

Die Aktion der hungerstreikenden Gefangenen im Metris-Gefängnis ist also mehr als berechtigt und braucht volle Unterstützung der demokratischen Öffentlichkeit. Sie entlarvt aber auch die in Westeuropa ständig fortgesetzte Kampagne, Evren führe das Land in eine angebliche Demokratisierung. Der Alltag in der Türkei sieht anders aus. Er ist von heftigster politischer Unterdrückung der Opposition und von zunehmendem wirtschaftlichem Elend der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung gekennzeichnet. Die von Evren einberufene verfassungsgebende Versammlung, die von den EG-Regierungen — und vor allem der in Bonn — stets als Beweis für die Demokratisierung herangezogen wird, ist nicht nur eine Farce. Es ist nicht nur, daß dort ausschließlich bekannte Reaktionäre, NATO-Offiziere und Kapitalisten sitzen. Sie hat auch für das wirkliche Leben, wie es sich heutzutage in der Türkei abspielt, nahezu keinerlei Bedeutung.

Um so entschiedener gilt es darum, die Forderung zu vertreten, daß Bonn endlich aufhört, die faschistische Evren-Junta zu bezahlen. Diese Forderung ist bei den Bonner Parteien und im Apparat der Bonner Politik äußerst unbeliebt. Denn sie richtet sich gegen die NATO-Politik, die erst in jüngster Zeit wieder einmal unterstrichen hat, daß die „befriedete Türkei" für sie ein Posten von überdurchschnittlichem strategischen Interesse ist. Gerade in diesen Tagen werden auf den den USA zur Verfügung stehenden Flugplätzen in der Osttürkei große Erweiterungsarbeiten vorgenommen, um noch mehr diese Region als Drehscheibe für militärische Aufmärsche in Nahost benutzen zu können.

Evren also hat durchaus ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Türkei: den Bau von Gefängnissen und Flugplätzen sowie Stellen als Gefängnisaufseher.

Der Hungerstreik der Gefangenen von Metris zeigt nochmals in aller Deutlichkeit, daß die Lage in der Türkei nach wie vor von Folter und Verfolgung gekennzeichnet ist, die sich gegen alles richten, was dem NATO-Kurs widerspricht.



Noch am Abend der Kapitulation gab es Massenproteste

Militärregime schwer erschüttert

Galtieris unheimlich schneller Abgang

BUENOS AIRES. — Die Demonstrationen und Kundgebungen am Tage der Kapitulation der argentinischen Militärs vor der britischen Kolonialmacht waren eigentlich nichts Unerwartetes. Nur ihre Heftigkeit und Galtieris schneller Rücktritt überraschten. „El Greco", sein Nachfolger als Oberkommandierender des Heeres, ist ein im ganzen Land berüchtigter, besonders harter Faschist. Er war maßgeblich am Ausrottungsfeldzug gegen die Opposition im Bezirk Buenos Aires beteiligt.

Militärdiktatoren, die einen Krieg verlieren, haben es schwer, das mußten vor Jahren schon die faschistischen NATO-Obristen in Griechenland erfahren. Die argentinische Junta, die versuchte, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung durch die Besetzung der Malvinen-Inseln zu kanalisieren, hat nun neben den politischen Gefangenen und Ermordeten, neben der sozialen Unzufriedenheit in den Augen der breitesten Massen auch noch nationale Schande zu verantworten.

Denn daß der berechtigte Wunsch des Volkes nach einer Angliederung der Inseln an Argentinien lebendig war, das sah man an der erstaunlichen Reaktion auf diesen Schritt der Junta: breiteste Zustimmung. Nun haben die britischen Imperialisten diesen Wunsch des argentinischen Volkes mit Füßen getreten. Und die selbsternannten nationalen „Retter" im Generalstab nahmen diesen Tritt hin. „Ihr könnt nichts außer Argentinier töten" war denn auch logischerweise eine der Parolen am Abend der Massendemonstration nach der Kapitulation.

Ob es nun tausend oder zweitausend Soldaten waren, die das reaktionäre Abenteuer ihrer Generale mit dem Leben bezahlen mußten — jeder einzelne war zuviel, geht auf Kosten nicht nur des britischen Imperialismus sondern auch der faschistischen Junta. Dieser Junta bleibt jetzt nur der Weg des weiteren Ausverkaufs des Landes und der noch härteren Unterdrückung des Volkes oder des Rücktritts. Sonst wird sie hinweggefegt, wie es auch den Athener Obristen passierte — hoffentlich finden die Argentinier die Kraft dazu!

Daß die Empörung groß ist, ist auch das Ergebnis ganz konkreter, nahezu absurder Vorgänge: daß die Junta-Chefs nicht einmal genau wissen, wieviele Soldaten sie eigentlich ins Gefecht geschickt haben, noch wieviele gefangen wurden, daß ihre lügnerische Berichterstattung in der Öffentlichkeit zunehmend durchschaut wurde und trotzdem fortgesetzt und manches andere mehr in dieser Preisklasse.

Am empörendsten aber sind Meldungen, nach denen Offiziere der argentinischen Armee Soldaten, die kapitulieren wollten, erschossen haben. Diese Verbrecher, für die das Leben Tausender nur ein Spielzeug war, dürfen nicht ungestraft davonkommen. Und wenn sie jetzt sogar wagen, das Volk zu neuen Opfern aufzurufen, um die Kriegslasten „gemeinsam zu tragen", so müssen als erste diejenigen die Rechnung bezahlen, die sie verursacht haben: die faschistischen Juntagenerale und ihre Offiziersmafia. Die Zeichen jedenfalls stehen auf Sturm am Rio de la Plata.

Solidarität mit dem palästinensischen Volk!

Als Antwort auf die zionistische Aggression im Libanon und den Bombenterror gegen die palästinensischen Flüchtlinge führten die Kommunistischen Studenten Karlsruhe einen Informationsstand durch, an dem sie die Kommilitonen zur Spende für die PLO aufriefen. Geld für Medikamente, Versorgungsgüter und zur Organisierung des Widerstands.

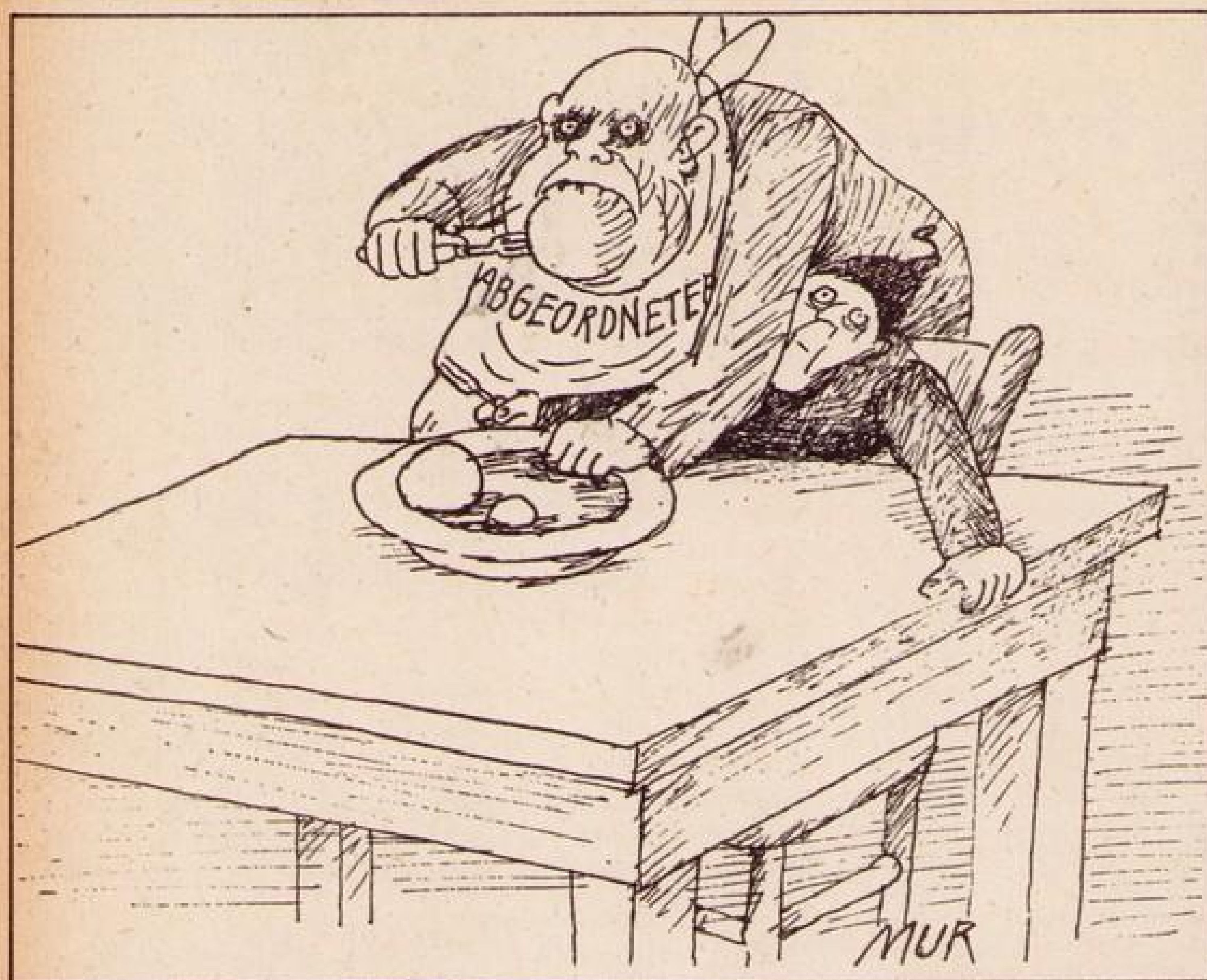
Rund 60 Studenten spendeten insgesamt 82 Mark. Wir haben das Geld an den Palästinensischen Studentenverein weitergeleitet. (Nebenbei haben wir noch sechs Zeitungen der neuen Ausgabe von „Zwischenruf links" verkauft).

Rotfront!
Kommunistische Studenten/Stützpunkt Karlsruhe

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Keine Diät bei den Diäten

NRW-Landtag erhöht Diäten

„Nicht mehr angemessen"

Die Tarifrunde in diesem Jahr ist im wesentlichen gelaufen. Unternehmer und Bonner Politiker haben gleichermaßen viele lobende Worte für das „maßvolle Verhalten der Gewerkschaften" gefunden. Bekanntlich war das von ihnen gesetzte — und von den DGB-Bonzen gegen die Basis durchgesetzte — Maß ja eine erneute kräftige Senkung des Reallohns für die Werktätigen.

Nun aber ist erneut Bewegung in die Sache gekommen. Nicht bei einer Industriegewerkschaft allerdings, sondern im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dessen Präsident John van Nes Ziegler zeigte sich äußerst besorgt über die kritische Lage bei den Einkommen seiner Abgeordneten. Ihre Bezüge seien, so meinte er, längst „nicht mehr angemessen". Man bedenke die anhaltende Teuerung und die Tatsache, daß die NRW-Parlamentarier mit Diäten und Pauschalen auf einen Satz von nur etwa 7500 Mark pro Monat kommen. Und damit kann ja wahrlich niemand leben.

Weil nun Herr van Nes Ziegler als echter sozialdemokratischer Spitzenpolitiker ein Mann der Tat ist — vor allem wenn es um die Belange unterprivilegierter Bevölkerungsschichten geht — blieb er bei klagenden Worten nicht stehen, sondern schritt sogleich zur Aktion: Mit nur wenigen Gegenstimmen genehmigten sich die Landtagsfraktionen von SPD und CDU auf seinen Vorschlag hin eine Aufbesserung ihrer Bezüge von rund 7 Prozent. Es wird künftig eine Grunddiät von 5750 Mark (statt bislang 5500 Mark) geben; die Unkonstenpauschale wird von jetzt 1600 Mark auf 1800 Mark (12,5 Prozent) angehoben und die Pauschale für Mehraufwendungen wird gleich um 14 Prozent angehoben.

Diese längst überfällige Korrektur stieß merkkwürdigerweise nicht nur auf den üblichen Neid anderer Schichten der werktätigen Bevölkerung, sondern auch auf massive Kritik von Seiten der FDP. Nun könnte man ja vielleicht die Verbitterung eines Postboten oder eines Busfahrers noch verstehen, der vor kurzem mit dem von der ÖTV-Spitze ausgehandelten Abschluß von 3,15 Prozent empfindliche Lohneinbußen hinnehmen mußte und der nun sieht, wie Leute, die das Vielfache seines eigenen Einkommens haben, sich selbst durch ein einfaches Handaufheben eine siebenprozentige Erhöhung ihrer Bezüge gewähren. Aber ein Busfahrer oder ein Postbote hat eben auch nicht den notwendigen Blick für das Höhere. Er wird wohl kaum begreifen, was Landtagspräsident van Nes Ziegler sagte: daß nämlich Abgeordnete nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einen „Vollzeitjob" ausüben und von ihnen deshalb angesichts der überall gestiegenen Kosten kein „Opfer" abverlangt werden könne. Wenn ein Abgeordneter seine Tätigkeit als Vollzeitjob ausübt und folglich seinen Nebenerwerb in gewissem Maße einschränken muß, dann kann man von einem solchen Menschen doch nicht auch noch Opfer verlangen wie von jedem gewöhnlichen Werktätigen.

Was aber soll man davon halten, daß eine staatstragende Kraft wie die FDP in Nordrhein-Westfalen gegen die jetzt beschlossenen Diätenerhöhungen wütete und sie „unzeitgemäß, instinktlos und bürgerfern" nannte? Wie soll man verstehen, daß die FDP die Mehrbelastung des Steuerzahlers durch diese Diätenerhöhung einen „unschönen Fremdkörper in der gegenwärtigen Haushaltslandschaft" bezeichnete und darauf hinwies, daß gegenwärtig überall der Rotstift angesetzt werde, während die erhöhten Bezüge für die Abgeordneten im nächsten Jahr ein 1,4-Millionen-Loch in den Haushalt reißen werden?

Vielleicht hat diese eigenartige Reaktion der Genscher-Partei ja einen ganz einfachen Grund: Im Landtag von NRW nämlich ist sie nicht mehr vertreten. Nun gibt es aber auch noch andere diätenfreundliche Landesparlamente. In Bayern beispielsweise haben es die Abgeordneten geschafft, ihre Grunddiät auf 6750 Mark pro Monat hochzutreiben und auch bei den Pauschalen liegen sie weit vor ihren Kollegen in NRW. Beschlossen wurden diese Rekordsätze übrigens in trauter Einigkeit von den Fraktionen der CSU, der SPD — und der FDP.

Fußball-Weltmeisterschaft begann mit Paukenschlägen

„Wir geben unseren Hochmut nicht auf . . ."

Eigentlich sollten hier, von der Redaktion so geplant, „WM-Splitter" stehen. Dies und das, was in einer kommunistischen Zeitung über das größte Sportereignis, das diese Welt kennt, zu sagen ist. Allein: erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Falls beim Vorneweg-Endspiel-Kandidaten Deutscher Fußball Bund überhaupt jemand gedacht hat. Für Algerien war das jedenfalls eine geeignete Feier des zwanzigsten Jahrestags der nationalen Unabhängigkeit. det wird, das ist nur bezeichnend für diese Fußballverbände, deren würdige Verkörperung ein Hermann Neuberger in der BRD ist.

Typisch auch dies: Ja nicht dran rühren. Nicht zur Sprache bringen, daß es auch die Frage gibt, welche Substanz, welches Können denn nun wirklich in solchen Mannschaften steckt. In Spanien, das gehofft hatte, mit Heimvorteil aus der verdienten Zweitklassigkeit zu kommen. Oder in der bundesrepublikanischen Kickerelite,



Transparent in Gijon

Honduras, Kuweit und Kamerun hätten auch gut feiern können. Zwei Sätze des Westdeutschen Bundestrainers: „Wenn ich mit meinen Spielern über Algerien reden wollte, dann würden die mich doch auslachen." Und: „Wenn wir gegen die nicht gewinnen, fahre ich am Donnerstag heim." In Wien, so war zu hören, gab es eine Straßensammlung für eine Fahrkarte Gijon - Dudweiler, einfache Fahrt.

Daß außerhalb von Europa (und, was den Fußball anbetrifft, aufgrund vieler „leidvoller" Erfahrungen, nach Südamerika) auch Menschen leben, das nimmt man hierzulande nicht so gerne zur Kenntnis. Vor allem nicht im seit fast 80 Jahren ungebrochenen DFB und unter den Superstars. Und daß man anschließend den schlichten Satz sagen könnte „Die haben besser gespielt" — nein, dazu kann man sich denn doch nicht aufraffen. Daß Deutsche, Spanier und Tschechoslowaken einfach nicht damit gerechnet hatten, daß die anderen vielleicht genauso gut spielen können, besser gar, daß selbst jetzt noch vom „Zwergenaufstand" geredet wird, mehr damit beschäftigt, an den nächsten Werbegag zu denken, einer Rasur bei MacDonalds, als daran, wie man noch anders spielen könnte, als mit dem mittlerweile weltbekannten Schema Hamburg.

„Die Weltmeisterschaft fängt erst in der zweiten Finalrunde an" — auch dies ein Satz vom silberlockigen Bundestrainer. Vielleicht ohne ihn und seine teuren Mannen?

„BILD" trieft der Speichel aus dem Mundwinkel. „Nur zwei Siege können jetzt alles vergessen machen", heißt die Meinung der vornehmeren Blätter. Können sie wirklich? Kann man vielleicht Chiles Pinochet mit Entzug der Geldzuweisung drohen?

Jedenfalls: etwas weniger Chauvinismus, Arroganz und Großmäuligkeit, dafür etwas mehr sportliche Leistung, das wäre die richtige Richtung, jedenfalls vom Standpunkt des Fußballspiels aus. Aber, und der Leser wird es heute wissen, wenn tatsächlich zweimal gewonnen wurde, hat solch ein Standpunkt wieder keine Chance.

hw

78jährige Frau muß wegen Ladendiebstahls ins Gefängnis

Eine 78jährige Frau wurde kürzlich mit der „grünen Minna" von Bremen nach Lübeck transportiert, wo sie für drei Jahre hinter Gefängnismauern verschwinden soll. Das Schicksal der Greisin hat in Bremen und auch in fortschrittlichen Justizkreisen heftige Empörung ausgelöst.

Die Frau war über Jahrzehnte hinweg nie straffällig geworden. Erst im hohen Alter, nach dem Tod ihres Mannes, begann sie mit Ladendiebstählen, wobei sie jeweils nur Dinge von geringem Wert mitgehen ließ. Für diese Klein-Diebstähle wurde sie zu einer Strafe von insgesamt 23 Monaten auf Bewährung verurteilt. Als sie während der Bewährungsfrist erneut einen Ladendiebstahl beging, bekam sie eine Strafe von sieben Monaten ohne Bewährung, die sie nun zusammen mit den 23 Monaten von früher absitzen muß.

Trotz ihres hohen Alters und der besonderen Art der Umstände, die zu den Diebstählen geführt haben, wurde das Urteil rigoros vollstreckt. Weder der Leitende Oberstaatsanwalt noch der Generalstaatsanwalt wollten einer Gnadenbeschwerde stattgeben. Die letzte Möglichkeit auf juristischer Ebene ist nun eine Begnadigung durch den Bremer Justizminister Kahrs.

Der Rechtsanwalt und Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Klischies (SPD) nannte das Verhalten der Justiz gegen die Greisin makaber und erinnerte daran, daß kürzlich ein „Baulöwe" in Bremen wegen Veruntreuung von 150000 Mark zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde. Beispiele wie dieses kann man wahrhaft viele anführen. Man denke nur an die Prozesse gegen die Bankiers Herstatt und Poullain. Wenn sich Kapitalisten in krimineller Form bereichern, können sie immer auf milde Richter rechnen. Aber wenn einfache Menschen ein sogenanntes Eigentumsdelikt begehen — sei es auch noch so geringfügig —, schlägt die Klassenjustiz erbarmungslos zu.

Tips

Sonntag, 27. Juni
21.05 Uhr, ZDF
Die gebrochene Säule. Film über Leben und Werk der mexikanischen Malerin Frida Kahlo, deren Bilder gegenwärtig in einer westberliner Ausstellung zu sehen sind (siehe RM 21/82).

***

Montag, 28. Juni
22.25 Uhr, WDR III
Es werde Licht! Der amerikanische Regisseur John Huston (von dem letzte Woche „Die Spur des Falken" in der ARD zu sehen war) hat 1945 diesen Film über während des Zweiten Weltkriegs psychisch erkrankte US-Soldaten gedreht. Erst jetzt hat das Pentagon den Film, der jahrzehntelang in den Archiven versteckt worden war, freigegeben.

***

Montag, 28. Juni NDR III
Der Überlebende. Erinnerungen an den antifaschistischen Schriftsteller Günther Weisenborn, der während der Nazi-Diktatur einer illegalen Widerstandsgruppe angehörte. Mit Sabine Trooger, Hanns Zischler u. a.

***

Montag, 28. Juni
22.30 Uhr, NDR III
Ein Erbe wird gesichert. Der Film gibt einen Überblick über den Stand der wissenschaftlichen Arbeit, die sich mit den Fragen des Exils deutscher Antifaschisten beschäftigt.

***

Dienstag, 29. Juni
22.30 Uhr, ARD
Die heimliche Kommunikation. Über Kulturzeitschriften in der BRD.

***

Mittwoch, 30. Juni
16.15 Uhr, ARD
Liedermacherinnen. Film von Ann Ladiges mit Bettina Wegner, Erika Pluhar und „Schneewittchen".

***

Mittwoch, 30. Juni
22.15 Uhr, WDR III
Lebensangst. Der türkische Regisseur Yilmaz Güney erzählt in diesem Film die Geschichte eines Mannes, der sich von der Blutrache freikaufen will. Während der Dreharbeiten im Jahr 1974 wurde Güney verhaftet; sein Assistent Serif Gören hat den Film fertiggestellt.

***

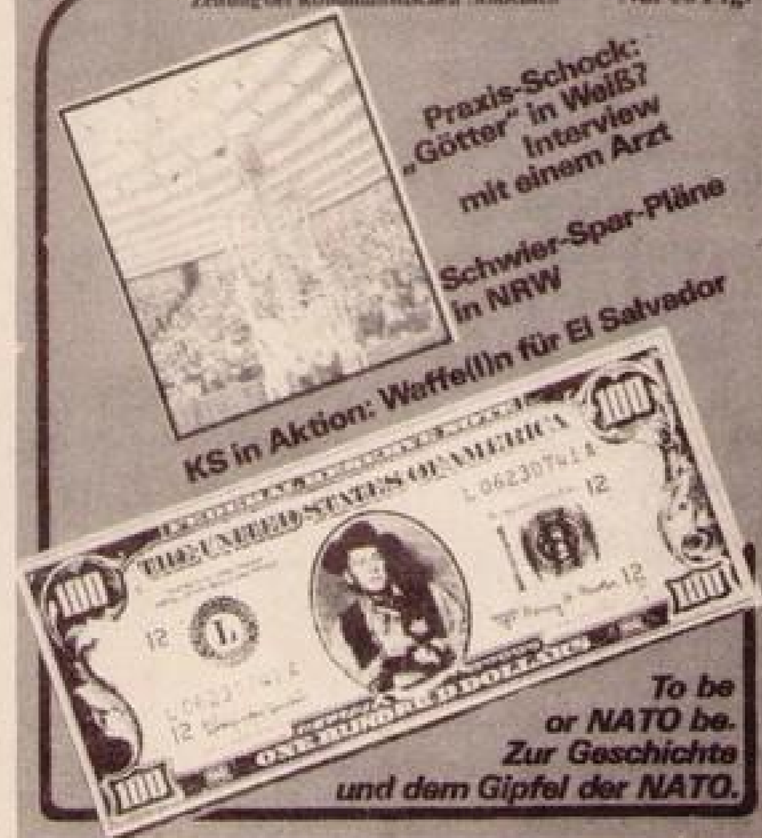
Donnerstag, 1. Juli
20.15 Uhr, WDR III
Die große Illusion. 1937 drehte der französische Regisseur Jean Renoir mit diesem Werk einen der besten pazifistischen Antikriegsfilme. Mit Jean Gabin, Erich von Stroheim, Pierre Fresnay u. a.

***

Donnerstag, 1. Juli
20.15 Uhr, NDR III
Woody der Unglücksrabe. Woody Allen als Gangster, dem alles mißlingt.

***

Freitag, 2. Juli
22.50 Uhr, WDR III
Ein Freiheitsbaum in Deutschland. Bericht über die deutschen Jakobiner, die vor allem in der Pfalz am Ende des 18. Jahrhunderts für die Ideen der französischen Revolution eintraten.



zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Diese Rede Georgi Dimitroffs war und ist eines der wichtigsten Dokumente der Politik der Kommunistischen Parteien in aller Welt.

In einer Lage, da anderthalb Jahre zuvor die Nazis in Deutschland an die Macht gekommen waren, da die faschistische Gefahr vor allem in ganz Europa immer akuter wurde, trat dieser Weltkongreß zusammen, um zu klären, welche Antwort die Arbeiter auf diese Entwicklung geben müssen.

Eine Lage, die, unter anderem, so aussah: „In Deutschland allein wurden während der Herrschaft der Nationalsozialisten über 4200 Personen ermordet, 317800 verhaftet, 218600 antifaschistische Arbeiter, Bauern, Angestellte, Intellektuelle, Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitglieder der oppositioneller christlicher Organisationen wurden verwundet und grausam gefoltert. In Österreich wurden von der „christlichen" faschistischen Regierung seit den Februarkämpfen im vorigen Jahr 1900 Personen getötet, 10000 wurden verwundet und verstümmelt, 40000 revolutionäre Arbeiter wurden verhaftet." (1)

Verbot der Gewerkschaften, Verbot der Arbeiterparteien, Verfolgung jeglichen Widerstands und das beginnende Massaker: Das war die Lage, wie sie nach dem Sieg des Faschismus in den betroffenen Ländern stand. Vor dieser Gefahr standen auch die anderen Länder.

War dies nun ein Naturereignis, eine Diktatur, die für alle Menschen eine Bedrohung darstellte, wer sie auch immer seien? War es eine Erscheinung, die nur in Ländern zutage treten konnte, die keine „große demokratische Tradition" hatten, oder worum handelt es sich?

100. Geburtstag des „Helden von Leipzig"

Georgi Dimitroff — Für die Einheit der Arbeiter gegen Faschismus und Kapitalismus

Am 18. Juni jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Georgi Dimitroffs. In Deutschland wurde er vor allem bekannt und berühmt als Angeklagter in dem von den Nazis inszenierten Reichstagsbrandprozeß. Mit seinem vorbildlichen Wirken während dieses Prozesses durchkreuzte er nicht nur die Nazi-Pläne, die mit dieser Farce ihr Märchen von einer terroristischen kommunistischen Verschwörung beweisen wollten. Er wurde für Millionen Arbeiter in aller Welt, für Kommunisten und Sozialdemokraten wie auch für Parteilose zum Vorbild. Bis in die Reihen der Nazi-Partei hinein wurde seine Haltung bewundert, während er die Hitler und Göring vor Wut zum Schäumen brachte. Aber nicht nur als Angeklagter, der zum Ankläger des Nazi-Regimes wurde, spielte er eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Faschismus. Als Bulgare, aus einem Land stammend, in dem seit 1923 eine faschistische Diktatur herrschte, spielte er auch im Kampf der Arbeiter aller Länder gegen den Faschismus eine herausragende Rolle. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) hielt er auf dem siebten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Anfang August 1935 das Grundsatzreferat über den Kampf gegen den Faschismus und für die Einheit der Arbeiterklasse in diesem Kampf.

Darauf gaben die Kommunisten eine klare Antwort. „Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." (2)

So sagte es Dimitroff auf dem Kongreß. Wer sonst, wenn nicht das Finanzkapital, profitierte vom Verbot und der grausamen Unterdrückung der Arbeiterbewegung, jeglicher Opposition, von Lohnsenkungen und Aufrüstung? Wer sonst, wenn nicht diese Elemente, hatte ein Interesse an der massiven Kriegshetze, an Rassismus und Herrenmenschentum? Und: wer hatte den Machtantritt der Faschisten bezahlt, saß in den führenden Gremien der faschistischen Parteien und Staaten und war auf Du und Du mit den „Führern"? Das war keine „typisch deutsche" oder „typisch italienische" Erscheinung, auch wenn es von Land zu Land Unterschiede gab. Das war der Weg, den diese Elemente des Finanzkapitals überall gehen wollten, wenn sie ihre Stellung gefährdet, ihren Reichtum und ihre Macht bedroht sahen.



Dimitroff gegen Göring — ein Bild, das um die Welt eilte

Und im Angesicht der damaligen europäischen Entwicklung stand sofort als nächstes die Frage vor dem Kongreß: Ist der Sieg des Faschismus zu vermelden? Und wenn ja, wie?

Die Antwort der Kommunistischen Internationale, ausgesprochen von Dimitroff auf diesem Kongreß, war: die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die einheitliche Front der Arbeiter zur Verteidigung ihrer unmittelbarsten Interessen, ohne daß Parteigrenzen daran hindern sollten. Dabei stellte er in seiner Rede eine ganze Reihe von Beispielen einer solchen Politik dar, die sich von Land zu Land sehr stark unterschied, je nach den dortigen Verhältnissen. Die aber immer von diesem einen Gedanken ausging, daß das gemeinsame Handeln der Arbeiter Grundvoraussetzung nicht nur für einen erfolgreichen antifaschistischen Widerstand, sondern überhaupt zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen ist.

„Wir dürfen uns nicht auf bloße Aufrufe zum Kampf für die proletarische Diktatur beschränken, sondern müssen solche Lösungen aufstellen und Kampfformen finden, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen, aus dem Grad ihrer Kampffähigkeit in der gegebenen Entwicklungsetappe ergeben.

Wir müssen den Massen zeigen, was sie heute tun müssen, um sich vor der kapitalistischen Ausplünderung und der faschistischen Barbarei zu schützen." (3)

Es handelte und handelt sich also darum, auf der Grundlage der Lage, wie sie in jedem Land besteht, eine Bewegung — ausgehend von den dabei betroffenen Interessen der Arbeiter — zu organisieren, die sich gegen das Kapital richtet. Die nicht nur eine Lösung, den Sozialismus, die Rätedemokratie, angibt, sondern auch Vorschläge für das Heute macht. Dies wird von diesem siebten Weltkongreß der Komintern, wie auch vom Hauptredner Dimitroff, mit dessen Namen dieser Kongreß stets verbunden sein wird, nicht nur als Taktik im Kampf gegen den Faschismus an der Macht bezeichnet. Nein, auch zur Verhinderung des Faschismus, zur Verhinderung des Weges zum Faschismus, der für die Reichen der Ausweg aus ihrer tiefsten Krise ist, gilt dies.

Dabei spielt hier, wie auch bei allen anderen Überlegungen Dimitroffs, der im Namen des EKKI sprach, die Idee von der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung als Kern der Arbeitereinheitsfront die zentrale Rolle. Denn ohne eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung kann von einer Einheitsfront der Arbeiter keine Rede sein. Auf dieses so wichtige Problem eingehend, sagte Dimitroff und scheute sich dabei nicht, seine Genossen aus anderen Ländern offen zu kritisieren:

„Wenn die deutschen Genossen die Aufgabe der Gewerkschaftsarbeit, von der ihnen Genosse Thälmann wiederholt gesprochen hat, besser begriffen hätten, hätten wir sicher in den Gewerkschaften eine bessere Lage gehabt, als es im Augenblick der Errichtung der faschistischen Diktatur der Fall war. Ende 1932 waren nur 10 Prozent der Parteimitglieder in den freien Gewerkschaften, obwohl die Kommunisten nach dem sechsten Kongreß der Komintern an der Spitze einer ganzen Reihe von Streiks standen. In der Presse schrieben unsere Genossen, es sei notwendig, 90 Prozent unserer Kräfte der Arbeit in den Gewerkschaften zu widmen, aber in der Praxis wurde alles auf die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition konzentriert, die faktsich danach strebte, die Gewerkschaften zu ersetzen. Und nach der Machtübernahme Hitlers? Im Laufe von zwei Jahren weigerten sich viele unserer Genossen hartnäckig und systematisch, die richtige Losung des Kampfes für den Wiederaufbau der freien Gewerkschaften anzunehmen. Ich könnte ähnliche Beispiele aus fast allen anderen kapitalistischen Ländern anführen." (4)



Dimitroff auf der Maikundgebung 1946 in Sofia

Er stellt dagegen den damals erfolgreichen Kampf der österreichischen Kommunistischen Partei für den Wiederaufbau der Einheitsgewerkschaft, die verboten worden war. Von der die sozialdemokratischen Parteiführer sagten, sie könne erst nach dem Faschismus wieder aufgebaut werden. Unter dem Druck der Arbeitermassen mußten sie diese Position aufgeben und mitmachen.

So gibt es in der Rede Georgi Dimitroffs noch sehr viele und sehr konkrete Beispiele davon, wie Einheitsfrontpolitik gemacht wird, was sie bedeutet, und wie sie Erfolge bringen kann.

Die Kommunisten, die an diesem Kongreß teilnahmen, die Kommunistische Parteien aus allen Erdteilen vertraten, diskutierten über fast drei Wochen lang diese Politik. Was tun, wenn der Faschismus an der Macht ist, was, wenn seine Machtübernahme droht? Wie geht man vor, wenn es eine sozialdemokratische Regierung gibt, wie, wenn die Kommunistische Partei nur sehr klein ist, wie, wenn es zwei große Richtungsgewerkschaften gibt — zahlreiche Möglichkeiten werden angesprochen, Lösungsvorschläge gemacht, Erfahrungen ausgewertet.

Und immer wieder steht dafür der Name Georgi Dimitroffs, der sich sehr oft an der Debatte beteiligt, den Kongreß leitet. Immer wieder fordert er von den Kommunisten eines jeden Landes eine konkrete Analyse der Lage, die Abkehr von Formeln und Glaubensbekenntnissen, die Hinwendung zu einer realistischen, revolutionären Politik. Nie verbirgt er, daß die Kommunisten für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für das Rätesystem eintreten. Nie duldet er, daß sich eine kommunistische Partei darauf beschränkt, nur dieses Ziel zu zeigen, stets fordert er die Abkehr von Pauschalurteilen und eine konkret festgelegte Politik.

Und immer wieder spricht er das aus, fordert er das, betont er das, was breite Massen der Arbeiter in vielen Ländern denken, bewußt fordern oder unbewußt fühlen: daß die Einheitsfront der Arbeiter die Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterbewegung vorwärts geht.

Kampf gegen Kapital und Faschismus, Durchsetzung der Gewerkschaftsdemokratie, das ist die einzige Voraussetzung für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung, das untermauert er immer wieder mit zahllosen Argumenten. Ausgehen von dem, was die Massen wollen und nicht von den eigenen Ideen, das, so betont er immer wieder, ist der einzige Weg einer wahrhaft kommunistischen Politik.

Der gemeinsame Kampf der Arbeiter gegen Kapitalismus und Faschismus, für ihre Sofortinteressen, das ist die Grundlage der gesamten Arbeiterbewegung, das unterstreicht er auf diesem Kongreß in seinem historischen Bericht immer wieder. Dabei bleibt er, dafür steht er in all den Jahren danach, bis zu seinem recht frühen Tod im Jahr 1949, den er als Präsident der Volksrepublik Bulgarien erleidet.

Denn er konnte die großen Triumphe der Arbeiterbewegung noch erleben, ihre Siege in vielen Ländern. Siege, die auf der Grundlage der Politik errungen worden waren, wie sie eben auf dem siebten Weltkongreß der Komintern ausgearbeitet worden ist.

Hinweise

Alle Angaben aus Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften, Band 3 auf den Seiten 533, 525, 555 und 586/7.

Ein Beispiel . . .

. . . davon, wie Dimitroff die Lage und das nötige Vorgehen der Kommunistischen Parteien untersuchte, sind die folgenden kurzen Sätze über Schweden, die wir deswegen ausgesucht haben, weil sie in ganz knapper Form dargestellt sind, so daß Kürzungen nicht nötig sind. Solche Beispiele gibt es noch viele, wobei man natürlich unterstreichen muß, daß sich im Konkreten seit damals viel geändert hat. Die Grundzüge einer solchen Politik allerdings bleiben gültig.

In *Schweden* ist zum drittenmal eine sozialdemokratische Regierung an der Macht, aber die schwedischen Kommunisten haben in der Praxis lange Zeit auf die Anwendung der Einheitsfronttaktik verzichtet. Warum? Waren sie denn gegen die Einheitsfront? Natürlich nicht, sie waren grundsätzlich für die Einheitsfront, für die Einheitsfront *im allgemeinen*, aber sie begriffen nicht, aus welchem Anlaß, in welchen Fragen, zur Verteidigung welcher Forderungen man die proletarische Einheitsfront erfolgreich herstellen könnte, wo und wie man anpacken soll. Einige Monate vor der Bildung der sozialdemokratischen Regierung, während des Wahlkampfes, trat die Sozialdemokratische Partei mit einer Plattform hervor, die eine Reihe von Forderungen enthielt, welche eben in eine Plattform der proletarischen Einheitsfront hätten aufgenommen werden können. Beispielsweise die Losungen: *„Gegen die Zölle"*, *„Gegen die Militarisierung"*, *„Schluß mit der Verschleppung der Arbeitslosenversicherung"*, „Sicherung einer *ausreichenden Altersrente*", *„Nichtzulassung solcher Organisationen wie Munch-Corps"* (faschistische Organisation), „Nieder mit den von den bürgerlichen Parteien geforderten *Klassengesetzen gegen die Gewerkschaften*".

Über eine Million Werktätige Schwedens stimmten 1932 für diese von der Sozialdemokratie aufgestellten Forderungen und begrüßten 1933 die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung, in der Hoffnung, daß nunmehr die Verwirklichung dieser Forderungen folgen würde. Was konnte in dieser Situation natürlicher sein und was konnte in größerem Maße den Wünschen der Arbeitermassen entsprechen als ein Herantreten der Kommunistischen Partei an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen mit dem Vorschlag, gemeinsame Aktionen zur *Durchführung dieser von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Forderungen* zu unternehmen?

Wenn es gelungen wäre, die breiten Massen für die Durchführung solcher von den Sozialdemokraten selbst geforderten Maßnahmen wirklich zu mobilisieren, die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, so hätte die *Arbeiterklasse Schwedens* zweifellos nur gewonnen. Die sozialdemokratischen Minister Schwedens hätten sich natürlich darüber nicht sehr gefreut. Denn in diesem Falle wäre die Regierung gezwungen gewesen, wenigstens einige Forderungen zu befriedigen. Auf jeden Fall wäre nicht das eingetreten, was jetzt eingetreten ist, wo die Regierung statt der Aufhebung der Zölle einige Zölle *erhöht* hat; wo sie statt der Einschränkung des Militarismus den Militäretat erhöht und statt der Ablehnung aller gegen die Gewerkschaften gerichteten Gesetze *selber* einen solchen Gesetzentwurf im Parlament eingebracht hat. Allerdings hat die KP Schwedens im Zusammenhang mit der letzten Frage eine gute Massenkampagne im Geiste der proletarischen Einheitsfront durchgeführt und erreicht, daß sich schließlich sogar die sozialdemokratische Parlamentsfraktion gezwungen sah, ebenfalls gegen den Gesetzentwurf der Regierung zu stimmen. Er wurde einstweilen nicht angenommen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 25, 25 Haziran 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

İşyerlerinin yok edilmesi planını protesto etmek amacıyla

AEG işçileri direnişe geçtiler

BATI BERLİN. — AEG kapitalistleri binlerce işyerini yok etmek istemekteler. Patronların işyerlerini yok etme planını protesto etmek amacıyla yüzlerce AEG-Telefunken işçisi direnişe geçti. Batı Berlin'de tüm AEG işletmesinde çalışan işçiler 22 Haziran'da ortaklaşa bir işyeri toplantısı yaptı ve ardından bir yürüyüş düzenlediler. Ayrıca aynı günü AEG'ye bağlı Zanker işletmesinde işçiler belediyenin önünde halka açık bir işyeri toplantısı yaptılar.

AEG işçilerinin, işyerlerinin yok edilmesi planına karşı mücadeleleri sadece Batı Berlin ve Tübingen ile de sınırlı kalmamaktadır. İşyerlerini korumak için bu hafta içinde AEG tekeline ait olan tüm firmalarda işçiler çeşitli biçimlerde direnişe geçtiler. İG Metall'ın Batı Berlin Yönetiminin çağrı yaptığı ve işçileri seferber ettiği eylem, 22 Haziran'da Batı Berlin'de AEG Telefunken hissedarlarının bir toplantı yapmalarından ötürü düzenlendi. Bu toplantıda AEG Telefunken hissedarları, AEG Tekel yönetiminin "AEG '83 taslağı" diye adlandırdığı "reorganisazyon taslağı" üzerine görüştüler.

Bu taslakta, AEG tekelinin, kârlı ve zararlı yanlar diye iki kısma bölünmesi öngörülmektedir. Ayrıca bu dev elektrik tekelinin bankalara olan borcunun ödenmesi için devletin milyarlarca Mark yardım vermesini içermektedir.

Tekelin reorganize edilmesi durumunda, AEG'ye bağlı bir çok işyeri kapatılacak ve toptan çıkışlara gidilecektir. Tekelde büyük payları olan hissedarlar ve alacaklı bankalar, yıllardan beri tekelin içinde bulunduğu durumdan faydalanarak korkunç kârlar sağladıkları gibi şimdi de bu durumda kendilerine ek kârlar sağlayabilirler.

Son üç yıl içinde AEG kapitalistleri toplam 30 bin işyerini yok ederek bu işyerlerinde çalışan işçileri işsizler ordusuna kattılar. İGM Yönetimi ve işyeri işçi temsilciliğinin başındakiler, AEG patronlarının eşi görülmemiş bu rasyonalleştirme terörüne, güya geride kalan 120 bin işyerinin korunacağı sahtekarlığına başvurarak göz yumdular. Ne varki şimdi onların bu hayalleri yerle bir edildi. AEG patronları yeniden işyerlerini yok etmek ve toptan çıkışlara gitmek için korkunç bir rasyonalleştirme dalgasını başlatmış durumdalar. Örneğin bunlardan biri herkesce bilinen Tübingen Zanker firması diğeri ise Gelsenkirchen Küppersbusch firmasıdır. Diğer işletmelerin kapatılma planları ise henüz bilinmiyor.

AEG kapitalistlerinin bu korkunç rasyonalleştirme terörüne karşı durmak, yerli ve yabancı işçilerin mücadele gücünü harekete geçirmek için henüz geç kalınmış değildir. Bunun için İG Metall sendikası bu hafta içinde düzenlenen eylemlere katılmakla yetinmemeli, tüm tekel çapında uzun süreli, yaygın ve kapsamlı eylemlerin örgütlemeli veya mevcut olanları yönlendirmelidir. Örneğin bu yılın başında AEG-Telefunken'e bağlı Ulm Videocolor'da işçilerin işletmeyi işgal ettikleri gibi, kendiliğinden düzenlenen mücadeleci eylemleri İGM Yönetimi kayıtsız şartsız desteklemelidir.

Partimiz KPD, AEG kapitalistlerinin dizginsiz saldırıları karşısında görkemli bir direniş cephesinin oluşturulması için imkânları dahilinde gerekeni yapmaktadır. Partimiz KPD bu anlamda, Devrimci Sendika Muhalefeti RGO'nun, AEG işçileri direniş cephesinin kurulmasını teşvik etmek için başlattığı kampanyayı da desteklemektedir. Kampanya çerçevesinde bu hafta içinde 12 bin adet basılan RGO'nun bir merkezi bildirisi AEG tekeline bağlı Almanya'daki 37 önemli işletmenin önünde dağıtıldı.

Bu bildiride şunlar talep edilmektedir: AEG-Telefunken'in mevcut durumu korunmalı! Tekel bölünmemelidir! Hiç bir yeni satış ya da işbirliği yapılmamalıdır! Bankalar faizlerden ve taleplerinden vaz geçmelidirler! Devlet ortaklığı temelinde işyeri garantisi!

(„Massenprotest der AEG-Beschäftigten")



AEG işçileri, işyerinin kapatılması planına karşı mücadeleye atıldılar.

"Naziler bu şehirden defolun

—artık faşizmden usandık!" Bu vb. sloganlar altın 20 Haziran pazar günü Bad Hersfeld'de 2000 yerli ve yabancı anti-faşist omuz omuza, Hitler'in muhafız kıtası SS'de yer alan faşistlerin bir buluşmasına karşı yürüdü. DGB sendikasının çağrı yaptığı, sendikacıları ve anti-faşistleri seferber ettiği bu eylem şimdiye değin Bad Hersfeld'de düzenlenen eylemlerden daha güçlüydü. Yürüyüşün bitiminde yapılan mitingte konuşan DGB Kaza Birliği Başkanı J. Klausmann, sadece "faşistlerin bu tür arkadaşlık buluşmalarını değil, aynı zamanda tüm Neonazi örgütlerinin genel olarak yasaklanmasını" talep etti. Türkiyeli anti-faşistlerin de güçlü bir şekilde katıldıkları bu mitingte ayrıca bir Türkiyeli arkadaş da yabancı düşmanlığını yeren konuşma yaptı.

IGM, 35 saatlik iş haftası talebinin gündeme alınmasını kararlaştırdı

FRANKFURT. — Geçen hafta içinde IG Metall Merkez Yönetim Kurulu oturumunu yaptı. Bu oturumda IGM, erken emekliye ayrılma talebi yerine, 35 saatlik iş haftası talebinin gerçekleştirilmesi gelecek yıllardaki toplu sözleşmelerde sendikaların temel hedefinin olması gerektiğini kararlaştırdı. Böylece 35 saatlik iş haftası için mücadelenin başlatılmasına yeşil ışık yakılmış oldu.

Hiç kuşkusuz emekliye ayrılma yaşının düşürülmesi de sendikaların gerçekleştirmesi gereken acil hedeflerden biridir. Ama bu asla, bugün giderek işyerlerinde artan baskılar ve kitlesel işsizlik karşısında can alıcı öneme sahip olan günlük ve haftalık iş saatinin düşürülmesi talebine karşı bir alternativ olamaz.

İş saatinin düşürülmesi talebinin gündeme alınması ile birlikte işverenler kampıyla kaçınılmaz olarak çıkacak şiddetli çatışmaları önlemek için DGB'nin sağcı yöneticileri 35 saatlik iş haftası talebini rafa kaldırmaya çalışmaktalar. 1983'ün sonunda bir çok önemli iş kolunda belirlenen 40 saatlik iş haftası toplu sözleşme anlaşmalarının geçerlilik süresi sona ereceğinden ötürü, bu talep uğruna savaşım daha büyük bir önem kazanmaktadır.

Gerçi İGM Yönetim Kurulu'nun bu kararı henüz somut rotayı belirlememesine rağmen - kesin karar önümüzdeki sonbaharda yapılacak oturumda alınacak — bu adım bile DGB sendikası içerisinde 35 saatlik iş haftası uğruna mücadeleyi başlatmak isteyen güçlerin desteklenmesi anlamını taşımaktadır.

35 saatlik iş haftası talebinin kesin olarak gündeme alınmasını sağlamak için şimdi gerek İGM içinde gerekse de diğer sendikalarda savaşımı daha da şiddetlendirmeli ve sendika yönetimlerine baskıyı yoğunlaştırmalıyız.

(„35-Stunden-Woche auf die Tagesordnung!")

NPD kongresine karşı eylem

26/27 Haziran tarihleri arasında faşist NPD Ludwigshafen yakınındaki Gemmersheim'de Rheinland-Pfalz parti kongresini yapmak istiyor. Bu kongrenin engellenmesi amacıyla aralarında partimiz KPD'nin ve DGB'nin de yer aldığı anti-faşist bir eylem birliği oluşturuldu.

Ayrıca DGB eyalet başkanı, faşistlerin parti kongresinin engellenmesi için Eyalet Meclisi'nde temsil edilen partilere bir yazı gönderdi. Ancak bu yazı konusunda şu ana kadar hiç bir partiden çıt çıkmamaktadır

Bu nedenle anti-faşistlerin, NPD kongresini engellemek için mücadeleyi kendi ellerine almaları olumlu bir adımdır. Faşist NPD'nin kongresini engellemek için anti-faşistler 26/27 Haziran'da saat 11'de Gemmersheim Festplatz'da başlayacak iki yürüyüş yapacaklar. Ayrıca onların salona girmesini önlemek için 26 Haziran'da saat 9'da salonun önünde buluşacaklar. Bu eyleme Türkiyeli anti-faşistler de dahil tüm Nazi aleyhtarları katılmalı ve faşistlere hak ettikleri cevabı vermelidirler!

(„Aktion gegen NPD-Parteitag in Gemmersheim")

İsrail'in saldırısına karşı Filistin halkı direniyor

İsrail siyonistleri Lübnan'a karşı giriştikleri vahşice saldırılarını sürdürmekteler. Lübnanlı faşist Flanjist birlikleri ile birleşen İsrail orduları, hafta başında başkentteki azgınca saldırılarını daha da şiddetlendirir ve Batı Beyrut'taki Filistin mevzilerini ele geçirmeye çalışırlarken , siyonistlerin elebaşısı Menahem Begin ise ABD Başkanı Reagan ile Lübnan'a dikte ettirilmek istenen "barışın" sağlanması üzerine görüşmektedir.

Ateşkes anlaşması yapıldığı halde, İsrail birlikleri Filistin Kurtuluş Örgütü'nün bulunduğu Batı Beyrut'u ele geçirmek ve Filistin Kurtuluş Örgütü'nü tamamen dağıtmak için azgınca katliamlarını, bombalı saldırılarını yoğunlaştırmaktadır.

Filistin halkına karşı vahşice ve en barbar bir şekilde soy kırıma girişildiği bir ortamda, güya barışın sağlanması adına ABD emperyalistleri Suriye birliklerinin Lübnan'dan tamamen çekilmesini, Filistin Kurtuluş Örgütü'nün ise kovulmasını talep etmekte ve Lübnan'da bulunan 300000 Filistinli göçmenin, Ürdün'e yerleştirilmesini önermekteler. Bunun ardından ise "özgür ve bağımsız Lübnan'ın güvenliğini" uluslararası bir barış gücünün sağlaması gerektiğini belirtmekteler. Öte yandan AET ise gelecek hafta başında yapacağı Yakın Doğu açıklamasında ABD'nin bu önerisini destekleyeceğini bildirdi. Yunanistan başta olmak üzere bazı ülkelerin İsrail'e karşı ambargo konulması talebini Bonn Hükümeti reddetti.

İsrail siyonistleri en koyu terörü estirmelerine ve şiddetli saldırılara girişmiş olmalarına karşın henüz hedeflerine ulaşmış değiller. Hafta sonunda Lübnan'ın güneyindeki Filistin mülteci kamplarında işgale karşı direnişe geçildi. Ayrıca İsrail siyonistleri Beyrut'un güneyindeki bir kampı da ele geçiremediler. İsrail'in saldırılarına karşı durmak için FKÖ savaşçıları Beyrut'un sokaklarına mayın döşediler. FKÖ lideri Arafat, İsrail siyonistlerinin Batı Beyrut'u kuşatmaya kalkışmaları durumunda, buna karşı direneceklerini belirtti. İsrail'in Batı Beyrut'u kuşatmak için girişeceği bir çatışmada FKÖ'nün galip çıkması ihtimalı vardır.



İsrail siyonistleri Filistin halkı üzerinde en koyu terörü estirmekteler.

Metris Cezaevinde başlatılan açlık grevi sürüyor

BBC radyosunun bildirdiğine göre mayıs ortalarında İstanbul Metris Askeri Cezaevinde başlatılan ve 2300 siyasi tutuklunun katıldığı açlık grevi sürüyor. Siyasi tutuklular bu eylemleri ile faşist cuntanın insanlık dışı muamelelerini protesto etmek, baskı ve zulme karşı sesini tüm yurda ve yurtdışına duyurmak istemekteler. Metris Askeri Cezaevindeki anti-faşistler ve devrimciler geçen yılın 21 Eylül'ünde de, cezaevindeki koşulların düzeltilmesi talebiyle açlık grevine gitmiş ve belirli başarılar elde etmiştiler.

İktidarı ele geçirdiğinden bu yana cezaevlerinde siyasi tutuklular üzerindeki saldırılarını kat kat artıran, insanlık dışı işkencelerini günlük yaşamın bir parçası haline getiren faşist cunta buna rağmen siyasi tutukluları bir türlü teslim alamamakta. Cuntanın baskıları karşısında yılgınlığa kapılmayarak zindanlarda ona karşı kinini haykıran anti-faşistler ve devrimciler çeşitli direniş örnekleri sunmaktalar.

Faşist cuntanın siyasi tutukluların bulunduğu her cezaevinde uyguladığı azgınca baskı, en koyu terör ve işkence Metris Cezaevinde de hüküm sürmektedir. Siyasi tutuklular aylardan beri aileleri ve avukatları ile görüştürülmemekte. Kendilerine gazete, kitap vb. yayınlar rilmemekte, radyo dinlettirilmemektedir. Anti-faşist ve devrimcilere verilen yemekler yenebilecek durumda bile değil. Daracık koğuşlara bir çok siyasi tutuklu dolduruluyor ve bu koğuşlarda pislikten geçilmiyor. Bunun sonucunda sık sık hastalanan siyasi tutuklular ne doktor muayenesi görüyor ne de kendilerine ilaç veriliyor. Onlar en insanlık dışı şartlar altında bulunmaktalar. Savunmalarını hazırlamak için dahi kendilerine gerekli materyaller, kağıt dahil hiç bir şey verilmemekte, savcılık tarafından hazırlanan düzmece ifadelerle ta ki idam cezasına bile varan, cezalara çarptırılmaktalar.

Tüm bu insanlık dışı koşullara boyun eğmeyen siyasi tutuklular cuntaya karşı başkaldırarak mayıs ortalarında açlık grevine gittiler. Cezaevindeki yaşam koşullarının düzeltilmesini, avukatları ve ve aileleri ile görüşme hakkının tanınmasını ve savunmalarını hazırlamak için materyallerin verilmesini talep eden siyasi tutuklular direnişlerini henüz sürdürmekteler.

Anti-faşist ve devrimcilerin başlattıkları direnişi aileleri ve arkadaşları da desteklemekteler. Cezaevindeki insanlık dışı muameleleri protesto etmek amacıyla tutuklu aileleri cezaevi kapısının önünde toplandılar. Ayrıca devlet başkanına taleplerini dile getiren bir yazı ile başvurdular.

Faşist cunta Metris Cezaevindeki açlık grevini bastırmaya kalktıysa da bunda başarılı olamadığı gibi, açlık grevi haberinin de duyulmasını da örtbas etmeye çalıştı. Ama bunu da başaramadı. Çünkü siyasi tutukluların açlık grevi yapmaları ile hapishane kurallarını ihlal ettikleri gerekçesiyle dava açınca, kendi eliyle kendini ele verdi.

Faşist cunta en koyu terörü estirmesine ve sonunun gelmesini biraz daha geçiktirmek için her geçen gün barbarlığın ve zulmün en katısını uygulamasına rağmen, başta Batı Alman emperyalistleri olmak üzere tüm Batı Avrupa Hükümetleri onun "demokrasiye geriye dönüşü hızlandırdığından" dem vurmakta, cuntanın caniyane planlarını desteklemekte ve onun ayakta kalmasını sağlamak için maddi yardımlarını sürdürmekteler. Ancak cuntanın bu yaptıklarının demokrasi ile zerre kadar bir bağının olmadığını aklı başında olan her insan pekâlâ düşünebilmektedir. Bunun için başta Batı Alman emperyalizmi olmak üzere Batı Avrupa Hükümetlerinin faşist cuntayı desteklemelerindeki tek amaç onun ABD ve denetimindeki NATO'nun yakın Doğu'daki ileri karakolu olmasından kaynaklanmaktadır. Nitekim cuntanın ayakta kalmasında Batı Alman emperyalizminin de çıkarı vardır.

Bunun için tüm anti-faşistler ve demokratlar Metris Cezaevindeki siyasi tutuklularla dayanışmaya girmeli ve faşist cuntanın zindanlarındaki baskıları teşhir etmeli ve Bonn Hükümeti'nin cuntaya her türlü yardımının durdurulmasını talep etmelidirler!

(„Hungerstreik im Istanbuler Metris Militärgefängnis")

DGB Sendikaları yabancı düşmanlığına karşı durmalı!

Son dönemlerde bir çok aktiv ve sınıf bilinçli sendikacı yabancı düşmanlığına karşı çıkarak sendikaları bu doğrultuda eylemler örgütlemeye zorlamaktalar. Ancak buna rağmen Alman Sendikalar Birliği, DGB'nin yabancı düşmanlığına karşı izlediği politikanın ve düzenlediği eylemlerin yeterli olduğunu ileri süremeyiz.

Çünkü bugün bazı sendika yöneticileri de verdikleri demeçlerle, attıkları adımlarla yabancı düşmanlığı kervanında yer almakta ve yabancı düşmanlığına katkıda bulunmaktalar. Bunun için de DGB Yönetiminin bir bütün olarak Almanya'daki işçi sınıfının bir halkasını oluşturan göçmen işçilerin horlanmasına, özellikle de bir dizi baskıya tabii tutulmasına karşı kararlı bir tutum takındığından kesinlikle söz edemeyiz.

Örneğin bazı sendika yönetimleri kafalarını işçi sınıfının birliğini nasıl sağlayabileceklerine, patronların sınıfa yönelen saldırılarını nasıl geri püskürtebileceklerine vb. bir dizi can alıcı sorunlara yormaları gerekirken, onlar da kapitalistlerin ve Bonn Hükümeti'nin "yabancılar akınını durdurma, yabancıları ülkelerine geri dönmeye teşvik etme" kervanlarına katılmaktalar. Örneğin bu kervanda yer alan sendika yönetimlerinden birisi IG Kimya sendika yönetimidir. IG Kimya sendika patronları Federal Çalışma Bakanlığı'na bir çağrıda bulunarak "dizginsiz yabancılar akının durdurulmasını" talep etmekte. Sendika patronlarının ihaneti bununla da sınırlı kalmıyor. IG Kimya yönetiminin göçmen işçilere yönelik bu alçakca saldırısını DGB sendikasının haftalık yayın organı "Welt der Arbeit" gazetesi de 3 Haziran tarihli sayısında büyük puntolarla yineliyor.

Aynı tarihli gazetede ayrıca Bonn Hükümeti'nin göçmen işçileri "geriye dönmeye teşvik etme primi" ve bu primin kötüye kullanılmaması üzerine de görüşler yer almaktadır. Sendika yönetimlerinin görevi bunlar değil, yerli ve göçmen işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfının can alıcı sorunlarını çözmek, ve özellikle de bu sınıfın bugün en zayıf halkasını oluşturan göçmen işçilere yönelik her türlü kışkırtmaya karşı çıkarak, göçmen işçilerin tam ve liğini savunmak olmalıdır.

Ancak DGB Yayın Organı'nın sendika hareketine zarar verici ve yabancı işçilere karşı bu tür görüşler savunması hiçte bir rastlantı sonucu değildir. Bu işte DGB Merkez Yöneticilerinin eli var. Bunu Batı Berlin'de yapılan DGB Kongresi de en açıklığıyla kanıtladı. Örneğin bu kongreye misafir olarak katılan yabancı delegeler, yabancılara yerel seçimlere katılma hakkının tanınmasını talep eden önerge verdiler. Ama DGB'nin gerici yöneticilerinin girişimi üzerine kongre bu önergeyi reddetti ki, bunun doğal sonucu olarakta Türkiyeli misafir delegeler protesto ederek kongre salonunu terk ettiler.

DGB'nin gerici yöneticilerinin bu tutumuna karşın olumlu örneklerde var. Örneğin İGM'nin Yayın Organı "metall" 9 Haziran tarihli kapak sayfasını yabancı düşmanlığına ayırdı, ayrıca bu yönde bir yazı yayınladı. Fakat bu kadarını sendikalar için yeterli görebilir miyiz? Asla. Sendikalar yabancı düşmanlığına karşı sadece bir takım çağrılar yapmakla yetinmemeli, bilakis pratik eylemler düzenlemelidirler. Ancak bunu sendika ağalarının kendiliğinden yapmayacakları açık olan bir şeydir. Bu nedenle sınıf mücadeleci sendikacılar, yetkili sendika yönetimlerine gerekli baskıyı yapabilmek ve onları yabancı düşmanlığına karşı kararlı bir tavır almaya zorlamak için harekete geçmeliler.



Yerli ve yabancı işçiler ücretlerinin düşürülmesine karşı tek cephede birleştikleri gibi, yabancı düşmanlığına birlikte karşı durmalı!

Yabancı düşmanlığına karşı örnek bir eylem:

Lokanta işçileri faşistlerin toplantısını engelledi

HANNOVER. — Alman Neofaşistleri, "Yabancıları durdurun Halk İnsiyatifleri" aracılğıyla, Aşağı Saksonya eyaletinde de yabancılara karşı panzehirlerini dökmek ve yabancı düşmanlığını kışkırtmak için harekete geçtiler. Bu amaçları için ilk toplantılarını 3 Haziran perşembe günü Hannover istasyon lokantasında yapmak istiyordular. Ancak lokanta da çalışan emekçiler kapıları bloke ederek faşistleri içeri bırakmadı.

Faşist NPD'nin Gençlik Örgütü olan Junge Nationaldemokraten'in yöneticisi H.-J. Tschunkert istasyon lokantası salonunu "özel bir arkadaşlık çevresinin" buluşması için tutuyor. Salonu tutan faşist gerçek yüzünü ve amacını gizleyerek orada "Bürgerinitiative Ausländerstopp"un halka açık ilk toplantısını yapmak istiyordu. Tschunkert, sözde siyasi bir içeriğinin olmadığını ileri sürdüğü bu toplantıda "Almanya'da yabancılar—Geriye dönüş mü yoksa entegrasyon mu?" konusunun tartışılacağını salonun sahibine bildiriyor.

Hannover'de bazı okullarda dağıtılan Tschunkert'in basın sorumlusu olduğu Junge Nationaldemokraten'lerin bildirisinde faşistler bu toplantılarının amacını daha açık bir şekilde ortaya koyuyorlar: "Almanlar Türk mü olsun? Buna karşı durun! Yabancılar durdurulmalı!"

Neonazilerin bildirisini alan Hannoverli bir gazeteci toplantı tarihinden iki gün önce, toplantı salonunun sahibine giderek eylemin kimler tarafından yapıldığını araştırması üzerine olay açığa çıkarılıyor. Faşistlerin salonu tuttuklarını öğrenen lokanta işçileri, faşistlerin toplantıyı yapmak istedikleri 3 Haziran'da kapılarda nöbet tutup ve içeri girmek isteyenleri tutarlı bir gerekçe göstermedikleri sürece içeri almadılar.

Bir işyeri işçi temsilciliği üyesi, lokanta da çalışan personelin yüzde 40'ının yabancılardın oluştuğunu, onlarla karşılıklı anlaşabildiklerini ve bunun içinde bu tür bir toplantının orada yapılamayacağını açıkladı. 3 Haziran'da bir tek faşisti dahi içeri almayan lokanta emekçileri, ayrıca içerde bir toplantı yaparak bu yabancı düşmanı insiyatifi kınadı. Toplantı salonunda asılı bir pankartın üzerinde şöyle yazılıydı: "Almanlar ve yabancılar, faşistlere birlikte karşı duralım!" Ayrıca 60 kişi de halktan istasyonda bir araya gelerek bu faşist provakasyonu protesto etti.

Salona giremeyen faşistler bu kez de mahkeme kararı aracılığıyla içeri girmeye çalışacaklarını açıkladılar. Bu konuda bir işyeri işçi temsilcisi üyesi şöyle dedi: *"Eğer onlar mahkeme kararı çıkararak içeri girmeye çalışacak olsalardı, o zaman biz de olağanüstü bir işyeri toplantısı yaparak tüm işletmeyi kapatma kararı alırdık."*

Hannover istasyon lokantası emekçilerinin faşist provakasyona karşı izledikleri yol diğer bölgelerde de yankısını bulmalıdır. Bu örnek, Alman ve yabancı işçiler omuz omuza mücadele ettikleri sürece ne Neonazilerin ne de bir başka gücün yabancı düşmanlığı kışkırtmada başarılı olacağını göstermektedir.

(„Gaststätten Belegschaft stellt Posten gegen Neonazis")

KIZIL ŞAFAK

Batı Alman emperyalist burjuvazisinin içine düştüğü ekonomik bunalım giderek derinleşiyor. İşsizlik her geçen gün çığ gibi büyüyor. Kapitalistler ard arda işyerlerini iflas ya da rasyonalleştirme sonucu tamamen ve yahut kısmen kapatarak yüzlerce işçiyi işsizler ordusunun safına itmekteler. Bunların yanı sıra temel eğitimi bitiren binlerce yerli ve yabancı gencin ne bir çıraklık yeri ne de bir işyeri var. Kısacası, kapitalistler ve onların Bonn'daki temsilcileri kendilerinin sorumluları oldukları bunalımın faturasını işçi sınıfı ve emekçi halka ödettirebilmek için bir çok cepheden saldırıya geçmiş durumdalar. Onlar, bir taraftan sosyal hakları kısıtlarken, öte yandan ise çılgınca silahlanmaktalar. Ne varki kapitalistlerin bunalımın faturasını işçi sınıfına ödettirebilmeleri ancak onların işçi sınıfının birliğini ve mücadele gücünü bölmeleri ile mümkündür. İşte bunun içindir ki, bugün sınıfın en zayıf halkasını oluşturan başta biz Türkiyeliler olmak üzere göçmen işçilere karşı kışkırtma kampanyası hızlandırılmakta, yerli işçiler yabancı işçilere düşman edilmektedir. Bu kampanyanın sadece faşistler tarafından sürdürüldüğünü düşünmek büyük bir yanılgı olur. Bugün çeşitli biçimlerde Bonn'daki partilerin tümü yabancı düşmanlığını kışkırtmakta ve ard arda yabancıların hak ve özgürlüklerini kısıtlamaktalar.

Artan yabancı düşmanlığı ve yabancı düşmanlığına karşı mücadele

Resmi makamların yabancı düşmanı tavırlarından cesaret alan faşistler biz, göçmen işçilere karşı sürdürdükleri kışkırtma kampanyalarını daha da yoğunlaştırmakta, hatta bir çok şehirde yaşandığı gibi fiili saldırıla girişebilmekteler.

Bu durumda bir çok insanın kafasına şu sorun takılıyor: Peki yabancı düşmanlığına karşı ne yapmak ve ne gibi bir mücadele metoduna baş vurmak lazım? Alman faşistleri gençliğin işsizlik sorunundan faydalanarak onları kendi çirkin amaçları doğrultusunda kullanmaya ve yabancı gençlere karşı kışkırtmaya çalışmakta ve onların üzerine saldırtmaktalar. Bu durum da mücadele perspektifinden yoksun olan Türkiyeli ya da diğer ülkelerden gelen yabancı gençler de doğal olarak faşist ve ırkçı Alman çetelerine karşı gruplar kurarak onlara saldırma düşüncesi gelişmekte ve bu şekilde yabancı düşmanlığına karşı durabilecekleri, faşistlerin saldırılarını geri püskürtebilecekleri görüşler filizlenmektedir. Ancak bu şekilde ya da yabancı düşmanlığına karşı bireysel bir mücadele metodunun bir şey getiremeyeceği açıkca ortadır. Bugün yabancı düşmanlığına karşı toplumsal yaşamın heralanında; semtte, okulda, çocuk bahçesinde, gençlik yurdunda, fabrikada, sendika içinde, bilinçli, örgütlü ve sistemli siyasi bir faaliyet sürdürülmelidir. Ve bu faaliyetler asla yabancıların kendi arasında sınırlı kalmamalı, Alman anti-faşist ve devrimcileri ile birlikte sürdürülmelidir. Bugün yabancı düşmanlığına karşı mücadeleyi merkezi görevlerinden biri olarak ele alan, milliyet ve dünya görüşlerinden bağımsız olarak tüm anti-faşistleri çatısı altında birleştiren ve onların ortak mücadelesini sağlayan bir örgüt mevcuttur. Bu da gericiliğe, savaşa ve faşizme karşı *Volksfront*'tur. Bunun için başta Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancı anti-faşistler bu örgütün çatısı altında yer alarak yabancı düşmanlığına karşı, Alman anti-faşistleri ile omuz omuza kararlı bir biçimde ve çok yönlü bir mücadele vermelidirler. Ancak böylesi bir örgütün çatısı altında birleşerek semtte, okulda, gençlik yurtlarında, çocuk bahçelerinde sürdüreceğimiz örgütlü, birleşik ve sistemli bir faaliyetle yabancı düşmanlığına karşı savaşımızda başarılar kaydedebiliriz. Sürdüreceğimiz eylemler sokak şenlikleri, konferanslar, yürüyüşler, dostluk geceleri vb. eylem biçimleri temelinde olmalıdır.

Yabancı düşmanlığına karşı işyerlerinde, de kararlı ve sistematik bir savaşım verilmelidir. Bu savaşım gelip geçici olmamalı, sürekli kılınmalıdır. Bu savaşımı vermede sendikalara önemli görevler düşmektedir. Bunun için bir yandan sendika yönetimlerini yabancı düşmanlığına karşı uzun süreli eylemler örgütlemeye zorlarken, öte yandan da işyerlerinde her somut durumdan, örneğin bir işyeri toplantısından ya da sendika temsilcileri toplantısından faydalanarak bugün yabancı düşmanlığının kışkırtılmasında kimin çıkarının olduğunu açıklamalı, patronların saldırılarını geri püskürtebilmek için sınıfın birliğini sağlama yönünde adım atmalıyız. Sendika ve işyeri işçi temsilcilerini, işyerlerinde yabancı düşmanlığına karşı çeşitli biçimde faaliyet örgütlemeye teşvik etmeliyiz. Örneğin partimiz KPD'nin işyeri gazeteleri bugünden bile imkânlar dahilinde Almanca ve Türkçe olarak iki dilde yayınlanmaktalar. Bu, sınıfın birliğinin sağlanması için önemli bir adımdır ve bu adım gelecekte daha da yoğunlaştırılmalıdır. Unutmayalım ki, ancak sürdüreceğimiz sistemli, örgütlü ve birleşik siyasi ve pratik faaliyetlerimizle yabancı düşmanlığına ağır darbeler indirebiliriz.

(„Zunehmende Ausländerfeindlichkeit und der Kampf dagegen")

IGM Sendika Temsilciler Kurulu eylem komitesi kurdu

Zanker'de direniş gelişiyor

TÜBİNGEN. — AEG tekeli yönetim kurulunun çamaşır makinası üreten Zanker'i kapatma planını protesto etmek amacıyla işçiler kendiliğinden işi bırakarak bir gün süren direnişe geçmiştiler. Şimdi ise onlara AEG kapitalistlerinin planlarını boşa çıkarmak için örgütlü ve uzun süreli bir direnişi sağlamaya çalışmaktalar. Kapatılan Ulm Videocolor Grev Komitesi Sözcüsü Udo Tischer'le yapılan bir görüşmeden sonra Zanker IGM Sendika Temsilcileri "Her işyerinin korunması için eylem komitesi"ni kurdular.

Tübingen Zanker işletmesi AEG tekelinin bir şubesidir. AEG patronları, 3 Haziran'da işçilere çamaşır makinası üretimi yapan Zanker'in 1983 yılı sonuna kadar taksim taksim kapatılacağını ve 1000 işyerinin yok edileceğini açıkladılar. Bu durumu öğrenen işçiler kendiliğinden bir protesto grevi düzenledi ve 4 Haziran'da ise Tübingen Marktplatz'ta mücadele azminin alabildiğince yüksek olduğu bir yürüyüş ve miting yaptılar.

Şimdi ise işletmenin kapatılmasını ve 1000 işyerinin yok edilmesini önlemek için uzun süreli ve planlı bir direnişi geliştirmek amacıyla kararlı bir mücadele giderek şekilleniyor. Bu amaca uygun olarak Zanker IGM Sendika Temsilcileri, kapatılan Videocolor Grev komitesi Sözcüsü Udo Tischer ile sürdürdüğü bir günlük görüşmelerin sonucunda 8 Haziran'da "Her işyerinin korunması için eylem komitesi"ni kurdular. Komite, işyerinin kapatılmasını önlemek için önümüzdeki dönemde süresiz grevden tut, ta ki işyerinin işgal edilmesine varan çeşitli direniş eylemlerini örgütlemekle görevlendirildi.

Zanker işçilerinin mücadelesini desteklemek amacıyla bir de 15 Haziran'da Tübingen'de işyerlerinin korunması için halk insiyatifi" kuruldu. Tübingen'de Zanker'in yanı sıra ayrıca Tübingen/Kilchberg'te bulunan Bauknecht şubesinin de kapatılması öngörülmektedir.

Bu Halk İnsiyatifi'nin kurulması planı 10 Haziran'da Reagan'a karşı yürüyüşten geri dönerken Tübingen'den yürüyüşe katılanlar tarafından hazırlanmıştı. Komitenin kuruluş toplantısına, Bonn yürüyüşüne katılanların çağrısına uyarak 180 ile 200 arasında işçi ve emekçi özellikle de Tübingen işletmelerindeki sendika ve işçi temsilciliklerinin yanında bölgesel DGB sendikalarından da yöneticiler katılmıştılar.

Toplantıda Halk İnsiyatifi'nin, Zanker eylem komitesi ile birlikte çalışması kararlaştırıldı. Halk İnsiyatifi'nin beş kişilik Koordinasyon Kurulu'nda Zanker Eylem Komitesi Temsilcileri de yer almaktalar. Halk İnsiyatifi önüne görev olarak Tübingen şehir halkını Zanker işçileri ile dayanışmaya girmeye seferber etmeyi koydu.

Temmuz ayı ortasında Zanker işletmesi toptan 3 haftalık izine giriyor. İşletmede çalışanların çoğunluğunu başta Türkiyeliler olmak üzere çeşitli ülkelerden göçmen işçiler oluşturmaktalar. Bunların büyük çoğunluğu işletme izininden faydalanarak ülkelerine gidecеklerdir. Bunun için komitenin ilk görevi direniş cephesinin yaz izininden ötürü dağılmasını önlemektir.

22 Haziran Salı günü, gazetemizin baskıya verildiği bugün Zanker işçileri Tübingen Marktplatz'da herkese açık bir toplantı yapacaklar! İşyerinde de mücadele giderek kızışıyor. İşçiler, geçen hafta sipariş edilmiş tüm çamaşır makinaların üzerine "Zanker yaşamalı! Biz her işyerinin korunması için mücadele ediyoruz" yazılı pullar yapıştırdılar. Aynı zamanda işletmenin pençereleri, duvarları, çitleri ve tek tek makinalar da bu pullarla donaltıldı.

İşyeri işçi temsilcisinin tutumu da, bu gibi durumlarda çeşitli işyeri işçi temsilcilerinin takındığı tutumdan farklı. Onlar, işletme yönetimine hiç bir şekilde bir sosyal plan üzerine görüşmeyeceklerini, çünkü gündemde tüm işyerlerinin korunması için mücadele olduğunu bildirdiler. Öte yandan İGM Stuttgart Kaza Yönetiminin tutumuna gelince, onlar şimdiye değin işçilerin ve sendika temsilcilerinin düzenledikleri her eyleme ve görüşmeye katıldılar. Aynı zamanda eylem komitesinin kuruluş toplantısında da hazır bulundular. Görüldüğü kadarıyla IGM Stuttgart Kaza Yönetimi Videocolor'da olduğu gibi Zanker işçilerinin mücadelesini de belirli bir seviyeye kadar desteklemekte.

Ancak bununla asla IGM Merkez Yönetiminin Zanker işçilerinin işyerinin kapatılmasına karşı savaşımını her hangi bir şekilde destekleyeceğini kesinlikle kastetmiyoruz.

Zanker işçileri ile dayanışma eylemleri de giderek yaygınlaşıyor. Bu eylemler sadece Tübingen'deki işyerleri ve sendikal kurullarla da sınırlı kalmamakta, Tübingen'in dışına taşmakta. Örneğin Reutlingen/Rommelsbach Bosch Sendika Temsilciler Kurulu Zanker işçilerine bir dayanışma mesajı gönderdi. Dayanışma mesajında Bosch Sendika Temsilciler Kurulu, Zanker'de işyerlerinin korunması mücadelesinde işçilerin yanlarında olduklarını vurgulamakta. Ayrıca salı günü Tübingen Marktplatz'da yapılacak halka açık Zanker personel toplantısına Reutlingen Metal işletmelerinden seferberlik yapılacak.

(„Bei Zanker formiert sich der Widerstand")



Yerli ve yabancı Zanker işçileri, işyerlerinin yok edilmek istenmesine karşı omuz omuza savaşım vermekteler.

İş kazaları artıyor

Thyssen AG'deki iş kazasında iki işçi hayatını yitirdi

DUİSBURG. — 10 Haziran'da Thyssen AG firmasında bir aygıt tamir edilirken, aniden ortalığı alevler sardı. Meydana gelen bu iş kazası sonucunda bir Türkiyeli ve bir Alman işçisi yaşamını yitirirken, bir diğer Türkiyeli işçi de aldığı ağır yaralarından ötürü koma halinde hastaneye kaldırıldı.

Thyssen patronları her iş kazasında olduğu gibi burada da suçu işçilerin üzerine yıkmak istiyorlar. Onlar iş kazasının dikkatsizlik yüzünden meydana geldiğini belirtiyorlar. Ne varki Thyssen patronlarının bu iddiaları bize artık hiç te yabancı gelmiyor. Çünkü şu metod patronların başvurduğu alışılagelmiş metodlardan biridir: Suçu işçilerin üzerine yık ve olaydan kolayca sıyrıl!

İş kazaları sadece Thyssen tekeli ile sınırlı olan bir şey değildir. Bundan daha öncede onlarca işçi iş kazasında hayatını yitirdi. Bunun yakın örneği Wuppertal'daki Kugul Fischer firmasında meydana gelen iş kazasıdır. 3 Nisan'da bu firmada Mustafa Ünal adlı bir Türkiyeli işçi asit kuyusuna düşerek diri diri can verdi. 12 yıldan beri Batı Almanya'da bulunan Ünal arkadaş dört yıldan beri Kugul Fischer firmasında çalışıyordu. Onun bu firmada asit kuyusuna düşerek hayatını yitirmesi hiçte tesadüfi ya da dikkatsizlik sonucu meydana gelen bir iş kazası değildir. Nitekim buradaki iş kazası da şimdiye değin bir çok işletmede meydana gelen iş kazaları gibi aynı noktadan, yani iş kazalarına karşı işyerlerinde önlemlerin alınmamış olmasından kaynaklanmaktadır. Patronlar işyerlerinde, işçilerin can güvenliğini sağlamak için yeterince koruma önlemleri almamaktalar. Belleklerinde kâr, daha fazla kâr şiarını yerleştiren patronlar için işçilerin iş ve can güvenliğini garanti altına almak masrafa yol açan bir faktördür. Onlar sadece kârlarının gelmesine bakmaktalar. Patronlar için işçilerin bir makinadan hiç bir farkı yok. Nasıl ki, bir makina eskidiğinde söküp atılıyorsa, onlar için bir işçi de öyledir. Bir işçi iş kazasında hayatını mı yitiriyor, bu onların umurunda bile değil. Böylece işçilerin işyerlerinde can güvenliği sağlamak için hiç bir koruma önlemi almıyorlar. Çünkü aksi takdirde bir takım masraflar yapmış olacaklardır.

Her iş kazasının ardında patronlar işçilere bağırmakta, onlara çıkış verme tehditi savurarak göz dağı vermeye, işçilerin tepkisini bastırmaya çalışmaktalar. Sendikalarımızın başına çöreklenmiş sendika patronları da bir çok olayda da yaşandığı gibi iş kazalarında, sorunu bir iki kemkümle geçiştirmekte ve patronları iş kazalarının önlenmesi için yeterince önlemler almaya zorlamamaktalar. Bundan ötürü işyerlerinde iş kazalarına karşı önlemlerin alınması için yerli ve göçmen işçiler omuz omuza ortak bir savaşım vermeli ve seslerini yükseltmelidirler. Asla patronun çıkış verme vb. tehditleri karşısında yılgınlığa kapılmamalı ve susmamalıyız. Çünkü bugün arkadaşlarımızın başına gelen iş kazalarına karşı önlemler alınmazsa, pekâlâ yarın bizim başımıza da gelebilir. Bunun için de sendika tabanında birleşerek can güvenliğimizin sağlanması için patronları yeterince önlemler almaya zorlamalıyız.

(„Die Arbeitsunfälle nehmen zu")

Eski VDM işçilerinin çağrısı:

Sosyal planlar değil, işyerleri için mücadele!

31 Mart 1982'de kapatılan Frankfurt VDM işletmesi işçileri yakın geçmişte bir basın konferansı düzenlediler. Mart ayından beri işsiz olan VDM'liler 2 Haziran'da düzenledikleri basın konferansında, işyerlerinin kapatılması tehlikesi ile karşı karşıya kalan işçilere seslenerek "Sosyal planlara güvenmeyin, işyerlerini koruyun!" dediler. Eski VDM işçilerinin bu öğütlerine gerçekten işsizliğin her geçen gün yeni boyutlar kazandığı, işyerleri ard arda iflas ya da rasyonalleştirme sonucu kapatıldığı bir ortamda kulak verilmesi gerekmektedir. Çünkü işyerini kaybeden birisi yeni işyeri bulamamakta, kendisinin ve ailesinin yaşamını üç beş kuruşluk işsizlik ya da sosyal yardımla karşılamak zorunda bırakılmaktadır.

VDM'li işsiz arkadaşlar ayrıca İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun (Arbeitsamt) sosyal planlar sonucu elde edilen tazminatları yüzde 70 oranında işsizlik parasının üzerine hesapladığını da ispatladılar. İş ve İşçi Bulma Kurumu'nun tazminatları işsizlik parasına sayarak, bunun sonucunda işsizlik parasının miktarını belirlemesine bu yılın 1 Ocak'ında yürürlüğe konan İş Bulma Kanunu'nun (AFG) 117. maddesi imkân sağlamaktadır.

Geçen yılın sonbaharında işyerinin kapatılmasını önlemek ve işyerlerini korumak için greve giden ve işyerini işgal eden VDM işçilerinin bu adımı 8 gün süren direnişin sonucunda IGM Yerel Yönetimi sendika patronlarının ihanetiyle başarısızlığa uğradı. Onlar, işyerlerinin korunmasını talep etmek yerine bir sosyal plan hazırlamıştılar. Eski VDM işçilerinden yaklaşık 100 arkadaş şu an bir işsizler insiyatifinde çalışmaktalar.

VDM'li işsizlerin şu an içinde bulundukları durum bize işyerlerimizi uzlaşmaz bir şekilde korumamız gerektiğinin en canlı örneğidir. Bu örnek, aynı zamanda sosyal planların en fazlasından işyerlerinin yok edilmesine hizmet ettiğinin ve bizi, çalışan insanları işsizler ordusuna kattığının en açık göstergesidir. Bunun için tüm fabrikalarda yerli ve yabancı işçilerin önünde duran görev, eski VDM işçilerinin yukarıdaki çağrılarına kulak asmak ve işyerlerinin korunması için kararlı bir savaşım vermektir. İşgücünü satmakla ancak geçimini sürdürebilen işçilerin hayatta kalabilmelerini garantilemek için şundan başka hiç bir seçeneği yoktur: Ya üç beş kuruşluk tazminatı alarak gelecekte açlık ve sefaletle kol kola yaşamak ya da işyerlerimizi ve kazanılmış haklarımızı kararlı bir biçimde koruyarak geçimimizi garantilemek!

(„Ehemalige VDM-Arbeiter: Arbeitsplätze statt Sozialpläne!")

AEG patronlarının işyerlerini yok etme planına karşı

Küppersbusch'da protesto eylemi

GELSENKİRCHEN. — AEG tekeline ait Küppersbusch'da işyerlerinin yok edilmesine karşı mücadele kızışıyor. Mutfak eşyası üretiminin yapıldığı bu firmada AEG patronları gelecek yılın sonuna kadar 600 işyerini yok etmek istemekteler. Patronların bu planını protesto etmek amacıyla işçiler 7 Haziran'da işi yeniden bıraktılar.

Daha önce "Frankfurter Rundschau" gazetesinden patronun işyerlerini yok etme planını öğrenen işçiler 4 Haziran'da işi bırakarak direnişe geçmiştiler. 2000'e yakın yerli ve göçmen işçinin katıldığı bu eylemde işçiler, İşletme İdare binasının önüne kadar yürüyerek hoparlörlerden gür bir şekilde "Küppersbusch'dan elinizi çekin!" sloganını haykırmıştılar.

7 Haziran'da yeniden direnişe geçen işçiler 2 saatliğine üretimi durdurdular. Bu süre zarfında yaklaşık olarak 1500 işçi ve memurun katıldığı olağan üstü bir işyeri toplantısı yapıldı. Bu toplantıda diğer şeylerin yanı sıra, yakın geçmişte işletmenin devletten hiç bir işyerini koruma garantisi vermeden 82 milyon Mark yardım aldığı vurgulandı.

Ayrıca 8 Haziran'da da IGM Sendika Temsilciler Kurulu Yönetimi ve Gelsenkirchen IGM Yönetim Kurulu, İşletme Denetleme Kurulu toplantısının yapılmasından ötürü bir protesto eylemine çağrı yaptılar. Bu eyleme 2000'e yakın Küppersbusch işçisi katıldı.

(„Erneut Protestaktion bei Küppersbusch in Gelsenkirchen")

Arnavutluk SHC'de

Tüketim maddelerinde artış kaydedildi

Varşova Paktı'na üye olan revizyonist ülkelerde halkın en temel ihtiyaçlarını karşılamada, temel gıda maddelerinde sürekli kıtlık kaydedilirken, işçi sınıfının iktidarda olduğu dünyada tek gerçek sosyalist ülke olan Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde halkın temel ihtiyaçlarını ve en temel gıda maddelerini karşılamada düzenli olarak bir artış mevcuttur. Ayrıca temel gıda maddelerinin bollaşmasına paralel olarak halkın alım gücünü artırmak için fiatlar düşürülmekte ve aylıklar yükseltilmektedir. Kısacası, kapitalist ve revizyonist ülkelerde işçi sınıfı ve emekçi halk her geçen gün daha ağır, daha çekilmez bir sefaletin içerisine itilirken, Arnavutluk'ta halkın refahı sürekli artmaktadır.

6 Haziran'da Tiran'da yapılan Arnavutluk Sendikalar Birliği 9. Kongresi'nin arifesinde yayınlanan yeni istatistiklere göre geçen yılın aynı dönemine oranla bu yılın ilk beş ayında pazar için tüketim maddelerinin tedarik edilmesinde yüzde 7,2 bir artış kaydedilmektedir. Örneğin et ve sucuk maddelerinde yüzde 12, sütte yüzde 6, peynirde yüzde 8, meyvalarda yüzde 25, tekstil eşyalarında yüzde 13 ve giyim eşyalarında ise yüzde 7 artış sağlanmıştır.

(„Steigendes Angebot an Konsumwaren in SVR Albanien")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.